

Beginn: 15.44 Uhr - Ende: 19.25 Uhr

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen. Wir haben aufgrund einiger tagesaktueller Vorlagen noch etwas Beratungsbedarf in den Fraktionen gehabt und daher jetzt eine Viertelstunde Verspätung. Das ist okay, aber ich denke, wir sollten jetzt beginnen.

Ich möchte Sie begrüßen und eröffne die 5. Sitzung des Rates in der Ratsperiode 2004/2009. Zu Beginn möchte ich Sie alle, aber insbesondere unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, Bezirksvorsteherinnen und Bezirksvorsteher - soweit sie schon hier sind, aber auch die, die noch kommen werden - und alle Mitglieder des Rates herzlich begrüßen. Soweit mir bekannt ist, fehlen heute die Ratsmitglieder Frau Ulke, Herr Hoffmann und Herr Sörries. Ebenso krankheitsbedingt fehlt unser Beigeordneter Herr Dr. Schulte.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich für heute Frau Dresler-Graf, Herrn Ciesla-Baier und Herrn Schmidt. Soweit erforderlich, bitte ich auch, dass sich als weitere Zählerinnen und Zähler Herr Reppen, Frau Wolter, Herr Detjen und Frau Cromme bereithalten. Ich hoffe, dass Ihr Einsatz nicht unbedingt erforderlich sein wird.

(Martin Börschel [SPD]: Sie hätten es verdient!)

Wie in den vergangenen Sitzungen schlage ich Ihnen auch heute vor, im Sinne eines geordneten Sitzungsablaufs von den Möglichkeiten unserer Hauptsatzung nach § 7 Abs. 3 Gebrauch zu machen und die Redezeiten in Geschäftsordnungsangelegenheiten, abweichend von § 19 Abs. 5, auf drei Minuten und in der Sachdebatte, abweichend von § 18 Abs. 4, auf fünf Minuten zu beschränken. Ich wiederhole das, weil es bei einigen immer noch nicht angekommen ist: Wenn wir so beschließen, dann dürfen Sie in der Sache fünf Minuten reden - auch wenn von einigen gebetsmühlenhaft behauptet wird, nur drei Minuten seien erlaubt. Wir haben damit in den letzten Sitzungen gute Erfahrungen gemacht. Alle können zu Wort kommen und die Arbeitsfähigkeit des Rates bleibt erhalten. Ich hoffe, das findet so Ihre Zustimmung. - Ich sehe, dass das der Fall ist. Danke schön! Damit sind die Redezeiten für heute wie vorgetragen festgelegt.

Meine Damen und Herren, der Entwurf der Tagesordnung liegt Ihnen vor und zeigt in den entsprechenden Spalten und fettgedruckt die nachträglichen Zu- und Absetzungen. Die nachträglich noch eingegangenen Änderungsanträge liegen Ihnen auf gelbem Papier ungedruckt vor und werden bei den jeweiligen Punkten in der Tagesordnung mit behandelt.

Die Verwaltung zieht die Vorlagen 16.5 bis einschließlich 16.7 sowie die Vorlage 9.25 zurück. In der Reihenfolge wird vorgeschlagen, die Punkte 5.1.5 und 5.2.1 gemeinsam unter 5.1.5 zu beraten und dann getrennt darüber abzustimmen.

Aus dem Kreis der Ratsmitglieder liegen mir folgende Anträge auf Änderung der ursprünglichen Tagesordnung vor, über die wir jetzt zu beraten haben.

Zum Thema „Zukunft des Musical Domes“ wurden zwei Dringlichkeitsanträge vorgelegt; ursprünglich stand zu diesem Thema als Tagesordnungspunkt 9.15 eine Verwaltungsvorlage auf der Tagesordnung. Diese Vorlage wurde im Ausschuss Kunst und Kultur zurückgestellt. Zunächst hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen am 27.1.2005 einen Dringlichkeitsantrag vorgelegt, der eine wenn auch knappe schriftliche Begründung der Dringlichkeit enthält. Dieser Antrag ist unter Ds.-Nr. 0140/005 vorgelegt und liegt umgedruckt als Tagesordnungspunkt 2.5 vor.

Hierzu hat dann die FDP-Fraktion heute einen Änderungsantrag vorgelegt. Zum gleichen Thema haben die Fraktionen von CDU und SPD mit Datum vom 31.1.2005 ebenfalls einen Dringlichkeitsantrag gestellt, der mit der Ds.-Nr. 0149/005 und der Kennzeichnung als Tagesordnungspunkt 2.6 versehen wurde. Hier soll die Begründung für die Dringlichkeit noch mündlich erfolgen. Wer spricht hier für die Dringlichkeit?

(Martin Börschel [SPD]: Spricht jemand dagegen?)

- Das Thema ist als solches dringlich und wenn ich es richtig sehe, spricht auch keiner dagegen. Wir können insofern großzügig damit umgehen.

Es gibt keine Gegenstimmen und keine Enthaltungen, wie ich sehe. Damit ist eine Behandlung der Anträge unter 2.5. vorgesehen und beschlossen. -

Mit Datum vom 31.1. wurde ein gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zum Thema „Besuchsprogramm ehemaliger Zwangsarbeiter“ vorgelegt. Dieser ist mit der Ds.-Nr. 0154/005 versehen und liegt Ihnen unter Tagesordnungspunkt 2.7 vor. Er enthält eine Begründung für die Dringlichkeit. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von PK. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so aufgenommen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat mir heute schriftlich ihre Bedenken gegen die Behandlung von Tagesordnungspunkt 9.5 mitgeteilt. Hier geht es um die Feststellung der Gültigkeit der Kommunalwahlen. Eine Anfrage der Fraktion im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen sei noch nicht beantwortet worden. Daher bittet die Fraktion um Vertagung des Tagesordnungspunktes in die nächste Sitzung am 15. März. Ich bitte den Stadtkämmerer als den zuständigen Dezernenten, hierzu kurz Stellung zu nehmen: Ist eine Vertagung aus der Sicht der Verwaltung notwendig?

**Stadtkämmerer Peter Michael Soénius:** Die Stellungnahme der Wahlverwaltung bezieht sich zunächst darauf, dass die Vorwürfe, die da gemacht worden sind, letztlich in keinem Fall dazu führen würden, dass das Wahlergebnis geändert werden müsste. Das muss hier als Erstes festgehalten werden.

Im Einzelnen nehmen wir wie folgt Stellung: Die Verwaltung hat für den betreffenden Einzelfall Strafanzeige gegen Unbekannt gestellt. Wir haben noch keine weitere Mitteilung der Staatsanwaltschaft über den Fortgang der Angelegenheit. Aus den Pressemitteilungen und der Anfrage der FDP-Fraktion im AVR gehen hervor, dass das betroffene Deutsch-Griechische Kulturzentrum eine Art „Sammelbestellung“ von Briefwahlunterlagen gemacht haben soll. Dies entspricht - das muss man deutlich sagen - nicht den Tatsachen. Wir haben festgestellt, dass es sich um 194 individuelle und handschriftlich unterzeichnete Einzelanträge der Wahlberechtigten handelt, die - wie alle formlosen Briefwahanträge insgesamt - über einen Zeitraum von fünf Wochen einzeln im Wahlamt eingegangen und einzeln von unterschiedlichen Sachbearbeitern bearbeitet wurden. Die Häufung der identischen Versandanschrift fiel lediglich zufällig auf.

Ich bin gern bereit, weitere Fragen zu beantworten.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Repgen hat eine Nachfrage.

**Dietmar Repgen (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Herr Dezernent, Sie haben ja gerade die Zahl 194 genannt. Ihrem Eingangsstatement, wonach dies wahrscheinlich keine Auswirkungen auf das Wahlergebnis habe, möchte ich mit einer Frage begegnen: Ist Ihnen bekannt, dass, was zum Beispiel die FDP betrifft, in verschiedenen Bezirken zwischen 30 und 40 Stimmen gefehlt haben, um ein zweites Mandat zu erreichen, und halten Sie vor diesem Hintergrund Ihre Aussage, dass dieser Sachverhalt keine Auswirkungen auf das Ergebnis der Wahl hat, aufrecht?

Ich möchte dazu noch anmerken, dass wir das etwas befremdlich finden. Wir haben nämlich ebenfalls im AVR eine Anfrage zu diesem erst zu nehmendem Thema gestellt. Wie die Verwaltung damit umgeht, ist für mich sehr fragwürdig. Sie selbst waren in der AVR-Sitzung nicht anwesend. Das mag seine Gründe gehabt haben. Aber Fakt ist: Wir haben bis heute keine Antwort auf unsere umfangreichen Fragen erhalten. Das finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall bei FDP und Bündnis 90/Die Grünen)

**Stadtkämmerer Peter Michael Soénius:** Herr Repgen, jetzt reden wir über unterschiedliche Tatbestände. Bisher habe ich Ihnen gesagt, dass es um einen Einzelfall geht. Das heißt, es hätte hier eine einzelne Stimme - anderes ist mir nicht bekannt - Auswirkungen haben müssen. Das ist in keinem Fall möglich. Das habe ich Ihnen gerade gesagt.

Wenn Sie jetzt unterstellen - das tun Sie -, dass unter Umständen Unregelmäßigkeiten im Umfang von 30 bis 40 Stimmen vorliegen könnten, dann machen Sie es bitte namhaft. Das ist mir als zuständigem Ordnungsdezernenten nicht bekannt. Es gibt keinen Hinweis darauf, dass hier mehr als eine Unregelmäßigkeit vorliegen könnte.

(Ralph Sterck [FDP]: Sie haben doch 194 Fälle benannt!)

- Nein, das habe ich nicht getan, Herr Sterck. Ich habe nicht 194 Fälle genannt, sondern klagestellt, dass es sich um 194 individuelle Anträge handelt.

(Ralph Sterck [FDP]: Alle an denselben Empfänger!)

- Nein, auch das ist nicht richtig. Ich habe Ihnen das gerade zitiert: Es gab keinen Sammelantrag und es gab auch niemals eine Sammelverschickung, sondern es handelte sich um Einzelanträge.

(Petra Grah [CDU]: Wir sind bei der Festlegung der Tagesordnung und nicht in der Sachdebatte!)

Die einzige Gemeinsamkeit war ein gemeinsames Formblatt. Das hat aber doch nichts damit zu tun, dass es sich um individuelle Anträge handelt.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Es liegen weitere Wortmeldungen vor; ich gehe in der Reihenfolge vor. Es ist hier nicht die Sache zu diskutieren. Wenn wir das wollen, müssen wir bei der Tagesordnung in die Diskussion einsteigen. Hier geht es um die Aufnahme dieses Punktes in die Tagesordnung bzw. um die Vertagung. - Herr Börschel, dann Herr Frank und Herr Rouhs.

**Martin Börschel (SPD):** Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir finden die Debatte, die gerade begonnen hat, inhaltlich zwar sehr interessant, glauben aber, dass die inhaltliche Reichweite dieser Fragen so groß ist, dass wir sie auf Grundlage der schriftlichen Beantwortung durchführen sollten.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Wir schließen uns deshalb dem Vertagungsantrag an.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das heißt, wir könnten die Diskussion dann entsprechend führen.

**Stadtkämmerer Peter Michael Soénius:** Moment! Ich muss darauf hinweisen, dass es hier um ein staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren geht. Eine Vertagung bis zur Klarstel-

lung durch die Staatsanwaltschaft hinsichtlich des Ergebnisses des Ermittlungsverfahrens ist natürlich nicht möglich. Darum muss heute entschieden werden.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Rückverweis in den AVR! Dann ist er auf der Tagesordnung am 15. März! - Repgen [FDP]: Nur bis zu Ihrer schriftlichen Antwort! Das reicht uns schon!)

- Ich werde Ihnen im AVR keine anderen Antworten geben können als hier und heute.

(Petra Grah [CDU]: Aber bitte schriftlich!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Der Rat möchte gern schriftlich darüber informiert werden. Das ist sicherlich möglich.

**Stadtkämmerer Peter Michael Soénius:** Setzen wir uns doch unter dem Tagesordnungspunkt damit auseinander, aber hier und heute!

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Der Antrag auf Vertagung ist ja schon von zwei Seiten gestellt worden. Würden die anderen ihre Wortmeldungen zurückziehen, wenn wir uns auf den Vertagungsantrag einigen könnten?

(Martin Börschel [SPD]: Bekommt es denn der Kämmerer hin, die schriftliche Antwort zum Tagesordnungspunkt vorzulegen?)

**Stadtkämmerer Peter Michael Soénius:** Natürlich!

(Ralph Sterck [FDP]: Aber wir kriegen sie doch nicht gewertet!)

- Sie können zu dem Tagesordnungspunkt von mir Informationen bekommen und können darüber auch inhaltlich diskutieren. Ich weiß nicht, was dagegen spricht. Im AVR können Sie nichts anderes tun.

(Martin Börschel [SPD]: Wir wollen es nur schriftlich haben!)

Ich sage Ihnen noch einmal: Es hätte in keinem Fall irgendeine Auswirkung auf das Wahlergebnis. Insofern finde ich das Ansinnen

merkwürdig, die Sache in irgendwelchen Ausschüssen diskutieren zu wollen. Sie kommen zu keinem anderen Ergebnis.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Der Rat möchte es schriftlich haben. Das liegt jetzt nicht vor. Deswegen ist Vertagung in den AVR beantragt. Ich lasse jetzt darüber abstimmen.

**Stadtkämmerer Peter Michael Soénius:** Ich biete Ihnen noch einmal an, bis zum Aufruf des Tagesordnungspunktes 9.5 das schriftlich verteilen zu lassen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, wir müssen das in der Fraktion beraten!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ich lasse über die Vertagung abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig so beschlossen. Der Punkt wird in den nächsten AVR vertagt.

Als Tagesordnungspunkt 16.1.4 gekennzeichnet liegt Ihnen umgedruckt ein Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vom 28.1.2005 vor. Thema ist die Nachwahl von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern. Sofern wir die Aufnahme beschließen, könnte der Tagesordnungspunkt unter 16.1.4. behandelt werden. Zu diesem Antrag muss noch eine mündliche Begründung für die Dringlichkeit erfolgen. Wer spricht dafür? - Herr Börschel.

**Martin Börschel (SPD):** Es geht um die Plätze, die der SPD-Fraktion nach dem im Rat einheitlich festgestellten Verfahren zustehen. Wir möchten nunmehr zur Besetzung kommen. Damit das schon bei der nächsten Ausschussrunde gelten kann, möchten wir vom üblichen Recht aller Fraktionen Gebrauch machen, das hier und heute zu behandeln.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist, wie ich sehe, nicht der Fall. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann nehmen wir dies als 16.1.4. auf die Tagesordnung.

Zum Thema sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner haben die Fraktionen von CDU,

SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP einen gemeinsamen Dringlichkeitsantrag vorgelegt. Inhalt ist die Erweiterung der Zahl der sachkundigen Einwohner im Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün, Ds.-Nr. 0161/005. Dieser Antrag wurde irrtümlich als 16.1.4. gekennzeichnet. Es handelt sich hier formal nicht um eine Wahl, sondern um einen Beschluss, der für spätere Wahlen von Bedeutung ist; inhaltlich gehört er aber im weitesten Sinne schon zu Tagesordnungspunkt 16. Sofern die Erweiterung der Tagesordnung um diesen Punkt beschlossen wird, sollten wir ihn also nicht bei den üblichen Anträgen, sondern gesondert unter 16.1.5. behandeln. Der Antrag enthält ebenfalls eine Begründung der Dringlichkeit.

Gibt es Wortmeldungen hierzu? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer gegen die Dringlichkeit ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Damit ist er dringlich und unter Punkt 16.1.5 auf die Tagesordnung gesetzt.

Als Tagesordnungspunkt 16.9 gekennzeichnet liegt Ihnen umgedruckt ein Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vom 1.2.2005, also vom heutigen Tage, vor. Thema ist die Nachwahl von Aufsichtsratsmitgliedern für die Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung. Hier fehlt ebenfalls noch eine mündliche Begründung für die Dringlichkeit. Darf ich hierum bitten!

**Martin Börschel (SPD):** Auch hier machen wir vom üblichen Recht der Fraktionen Gebrauch. Die beiden Aufsichtsratsmitglieder Frau Schmerbach und Herr Kluth sind zurückgetreten und deshalb wird eine Nachwahl zur nächsten Sitzung des Aufsichtsrates erforderlich.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön. - Gibt es hier Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist die Aufnahme des Tagesordnungspunktes 16.9 beschlossen.

Sind Sie mit der so geänderten Tagesordnung insgesamt einverstanden, meine Damen und Herren? - Ich sehe, das ist der Fall. Gibt es noch Wortmeldungen? - Nein. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist die Tagesordnung einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

**1. Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften****1.1 Schenkung eines PKWs der Marke Ford Transit im Wert von 16 000,00 bis 17 000 Euro durch die Rotary-Clubs Köln am Rhein, Köln-Bonn Millennium, Köln-Dom, Köln-Hahnenort, Köln-Römerturm und Köln-Ville anlässlich des 100-jährigen Jubiläums von Rotary International an das Städtische Kinderheim  
Ds-Nr. 0105/005**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen. Der Rat der Stadt Köln bedankt sich bei den Rotary-Clubs für diese großzügige Spende im Namen der Kinder.

(Beifall)

Ich rufe auf:

**2. Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen****2.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 15. Dezember 2004 betreffend „Ehemalige belgische Schule an der Stadthalterhofallee Alfons-Novak-Straße“  
Ds-Nr. 1731/004**

Hierzu hat die Antrag stellende Fraktion mit dem heutigen Datum einen Änderungsantrag gestellt, also einen Ersatzantrag. Die Ds.-Nr. 0162/005 ersetzt also den bisherigen Antrag.

Mir liegen hier Wortmeldungen vor, und zwar von Herrn Breite für die Antrag stellende Fraktion und von Herrn Frank für Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Zunächst Herr Soénius für die Verwaltung, bitte schön.

**Stadtkämmerer Peter Michael Soénius:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion hat ihren Antrag vom 15. Dezember nunmehr dahin gehend geändert - jedenfalls habe ich das so verstanden -, dass nicht mehr beantragt wird, das hier genannte Gelände der ehemaligen belgischen Schule für Schulzwecke zu erwerben, sondern die Option zum Erwerb zu verlängern, ohne auf eine bestimmte Nutzung einzugehen.

Hierzu der Hinweis, dass die Liegenschaftsverwaltung der Stadt Köln solche Liegenschaften nur dann erwerben kann, wenn eine konkrete Nutzungsabsicht besteht. Es besteht aber erkennbar und nach Abfrage der Verwaltung - das ist bekannt - keine derartige Nutzungsabsicht. Daher halte ich es für ausgeschlossen, dieses Gelände zu erwerben.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön. - Herr Breite.

**Ulrich Breite (FDP):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist anscheinend wirklich sehr schwierig, die Verwaltung zu überzeugen, hier wenigstens eine Option aufrechtzuerhalten, und das bezogen auf einen Kaufpreis, der dank des Bundesvermögensamtes nur halb so hoch liegt.

Die Verwaltung hat seinerzeit gesagt: Jawohl, wir möchten mit den Bürgerinnen und Bürgern in Junkersdorf in Verhandlungen darüber eintreten, ob der Bedarf für eine Schule vorhanden ist oder nicht. Die Verwaltung war sich sehr sicher, dass es diesen Bedarf nicht gibt. Die Bürgerinnen und Bürger in Junkersdorf hingegen haben die Auffassung vertreten - weil dort viel gebaut wird und viele junge Familien dorthin ziehen -, dass ein Bedarf sehr wohl gegeben ist.

Die FDP wollte mit diesem neuen Formulierungsvorschlag wenigstens erreichen, dass die Stadtverwaltung angesichts der Verhandlungen und Diskussionen, die mit dem Schulvermögensamt geführt werden, beim Bundesvermögensamt anruft und sagt: Wir möchten die Option gern aufrechterhalten, bis wir ein Ergebnis haben. Ich kann mir auch vorstellen, dass die Verwaltung das Gelände anderweitig nutzen könnte, und kann nicht verstehen, dass die Verwaltung erst zugestimmt und dann zurückgezogen hat. Es gab einen Beschluss der Bezirksvertretung Lindenthal, den das Bundesfinanzministerium - ich habe hier ein entsprechendes Schreiben vom Parlamentarischen Staatssekretär Karl Diller vorliegen - kennt, wonach man das Grundstück erwerben will. Der Bund selber hat schriftlich zugesagt, dass er dem Erwerbsinteresse der Stadt Köln weiterhin aufgeschlossen gegenübersteht.

Darum finde ich es sehr bedauerlich, dass der Chef der Liegenschaften in Köln, der Dezer-

nent Soénius, sagt: Ausgeschlossen! Die FDP-Fraktion möchte sich dem Beschluss der Bezirksvertretung Lindenthal anschließen. Wir möchten schlicht die Option aufrechterhalten, um die Entwicklung zu beobachten. Es soll auch in Köln schon vorgekommen sein, dass sich die Verwaltung geirrt hat und nachher zu einer anderen, besseren Erkenntnis gekommen ist.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Breite. - Die Verwaltung will sich noch einmal zu Wort melden. Frau Bredehorst, bitte.

**Beigeordnete Marlis Bredehorst:** Ich möchte mich jetzt nicht dazu äußern, in wie vielen Fällen sich die Verwaltung irrt oder nicht. Aber für diesen konkreten Fall kann ich für die Schulverwaltung ausdrücklich erklären: Es gibt keinen Bedarf für Schulzwecke, da auf dem Gelände der vorhandenen Schule ein Erweiterungsbau geplant ist und für die Übergangszeit - das war wohl eine Zeit lang in Klärung - anderweitige Räume gefunden worden sind. Insofern wird das Grundstück der ehemaligen belgischen Schule nicht benötigt.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Bredehorst. - Frau Moritz hat sich noch gemeldet, bitte schön.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Soénius, wie ich den FDP-Antrag verstehe, geht es hier um eine Option. Auch wir haben natürlich versucht, uns kundig zu machen. Uns ist die Antwort der Schulverwaltung bekannt; schließlich hat sich Herr Dr. Schulte bereits in der letzten Ratssitzung dazu geäußert.

Wenn ich aber lese, dass auf dem anderen Grundstück Erweiterungsbauten notwendig sind, und mich dann mit Leuten vor Ort unterhalte, die die Lage sehr detailliert und gut kennen, frage ich mich, ob nicht vielleicht anzuraten ist, dieses besser geeignete Grundstück vom Bundesvermögensamt anzukaufen und das andere Grundstück, welches sich in städti-

schem Eigentum befindet, zu veräußern. So etwas wäre ja durchaus vorstellbar. So lange das noch nicht geprüft ist, sollte man sich diese Option lassen.

Hinzu kommt, dass die Zustände der beiden Schulen nicht geprüft worden sind. Wenn ich „Erweiterungsbauten“ höre, denke ich für gewöhnlich an Baracken bzw. an Container, wie sich das heutzutage nennt. Ich habe als Lehrerin 20 Jahre in solchen Baracken unterrichten müssen, die für den Übergang geplant waren.

Dieses Grundstück, von dem wir reden, hat eine ausgesprochen günstige Lage. Es ist mit sehr viel Grün umgeben und liegt genau, wo die Leute wohnen. Die FDP beantragt nicht mehr, als die Option zu verlängern. Ich kann nicht verstehen, warum Sie sich mit Händen und Füßen dagegen wehren. Das ist mir unverständlich.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Das haben Sie uns noch nicht plausibel machen können.

Die anderen bitte ich: Setzen Sie sich dafür ein, dass wir eine Verlängerung der Option bekommen! Damit haben wir noch nicht gekauft und uns nichts vergeben.

Danke.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Moritz. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

(Jörg Detjen [PDS]: Die Koalition ist sprachlos!)

Dann lasse ich abstimmen - -

(Karl Klipper [CDU]: Dazu muss der Kämmerer etwas sagen!)

- Herr Kämmerer?

**Stadtkämmerer Peter Michael Soénius:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe doch gerade schon einmal gesagt: Die Fachverwaltungen einschließlich der Gebäudewirtschaft haben den Bedarf geprüft. Ich gehe davon aus, dass es mit der üblichen

Sorgfalt der Verwaltung geschehen ist. Davon darf ich auch ausgehen. Die Liegenschaftsverwaltung selbst würde lediglich als Erwerber, nicht aber als Nutzer auftreten können. Nutzer könnten die Fachverwaltungen sein; es könnte auch die Gebäudewirtschaft anstelle der Fachverwaltungen sein. Ansonsten gibt es keine Möglichkeit.

Eine Entwicklung dieses Grundstücks ist ja nicht ausgeschlossen. Es gibt genug private Investoren, die da etwas machen können. Die Stadt hat, wie ich vermute - weil jedes Vorhaben auf diesem Gelände planbedürftig wäre -, alle Möglichkeiten, hier Einfluss zu nehmen. Ich kann dazu nicht mehr sagen.

Wir kaufen grundsätzlich Grundstücke nur dann, wenn es eine konkrete Nutzungsabsicht gibt. Ich kann doch nicht heute Grundstücke für unabsehbare Nutzungen in der Zukunft kaufen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Es geht um eine Option!)

- Ich kann aber nicht eine Option wahrnehmen, wenn es keine entsprechenden Nutzungsabsichten gibt. Ich sehe sie einfach nicht.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Kämmerer. - Frau Grah, bitte.

**Petra Grah (CDU):** Vor dem Hintergrund der Ausführungen des Kämmerers und der Argumente, die hier von den Antragstellern und von Frau Moritz genannt worden sind - denen wir uns nicht verschließen können -, möchten wir vorschlagen, dass der Antrag in den Liegenschaftsausschuss verwiesen wird. Da ist der richtige Ort, um über dieses Thema zu diskutieren. Bis dahin hat man auch noch Zeit, mögliche Bedarfe, die bis jetzt noch nicht zur Sprache gekommen sind, abzuchecken.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Grah. - Frau Moritz, bitte.

**Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen):** Dem könnten wir zustimmen, wenn der Kämmerer sicher sagen kann, dass bis dahin die Option nicht verbaut ist. Ich habe es nämlich auch schon erlebt, dass man sich durch ein Aussitzen der Möglichkeiten beraubt hat.

(Martin Börschel [SPD]: Aber doch nicht beim Kämmerer!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Bis zum nächsten Liegenschaftsausschuss, meinen Sie jetzt? - Herr Stadtkämmerer? - Er weiß es nicht. Dann lasse ich über den Vertagungsantrag abstimmen - -

**Stadtkämmerer Peter Michael Soénius:** Moment, ich mache Ihnen einen Gegenvorschlag. - Ich kann es derzeit nicht sagen, ob die Option bis zur nächsten Sitzung des Liegenschaftsausschusses abläuft. Aber wenn diese Option zu verfallen droht, bevor der Ausschuss getagt hat, werde ich aufgrund des breiten politischen Willens hier die Verlängerung der Option wahrnehmen. Dann können wir uns darüber weiter unterhalten.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen und FDP sowie bei Teilen der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Okay, danke schön. - Dann stimmen wir jetzt über den Antrag ab, die Sache in den Liegenschaftsausschuss zu verweisen, mit der Zusage des Kämmerers, die Option zu verlängern, falls es vorher brennt. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zu:

## 2.2 Antrag der Fraktion pro Köln vom 23. Dezember 2004 betreffend „Strafrechtliches Ermittlungsverfahren gegen den Oberbürgermeister“ Ds-Nr. 1753/004

Herr Rouhs, bitte.

**Manfred Rouhs (pro Köln):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Politik steht insgesamt beim Bürger seit vielen Jahren in einem schlechten Ruf, in dem Ruf, mehr für die eigenen Vorteile zu tun als für die Belange der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land. Gerade im Falle der Kölner Kommunalpolitik ist der Ruf seit geraumer Zeit völlig ruiniert. Da mag manch einer denken, das sei eine tolle Lage, weil es sich dann völlig ungeniert lebt.

Wir haben von der heutigen Tagesordnung drei Punkte zurückgezogen, in denen es um die

Besetzung von Beiräten in Abfallentsorgungsbetrieben ging. Das war ein klassischer Fall: Für drei Sitzungen im Jahr sollte eine Vergütung von 7 500 Euro bezahlt werden. Keinem Menschen ist vermittelbar, dass das in einem vernünftigen Verhältnis steht. Jedermann gewinnt den Eindruck: Hier sollen Politiker auf Kosten der Allgemeinheit alimentiert werden. Das kann so nicht richtig sein.

Der Unternehmer Eberhard von Brauchitsch hat in einem anderen Zusammenhang einmal eine sehr treffende Formulierung gewählt, als er darüber sprach, warum aus der Wirtschaft Zuwendungen an die Politik fließen. Herr von Brauchitsch sagte: Wir machen das, um die politische Landschaft zu pflegen. - Das ist eine schöne, harmlose Formulierung. Landschaftspflege bedeutet: Wenn sich ein Unternehmen engagiert, wird nicht etwa ein Geldbetrag X an einen Politiker Y für die Gegenleistung A oder B bezahlt, sondern man sieht zu, dass man sich politische Parteien oder auch einzelne Politiker gefügig macht, sie längerfristig auf die eigene Seite herüberholt. Das Kalkül ist: Die Betroffenen werden im Wesentlichen schon dafür sorgen, dass Entscheidungen so getroffen werden, wie das im Interesse der jeweiligen Unternehmung liegt.

Eine solche Form politischer Landschaftspflege gibt es ganz offensichtlich seit vielen Jahren auch hier in Köln. Wenn aus dem Spektrum der etablierten Parteien behauptet wird, dass die Großspende, um die es hier geht, nämlich die des Kölner Bauunternehmers Hohr für den OB-Wahlkampf 2000, nicht in eine solche Kategorie hineinfällt, dann, meine Damen und Herren und Herr Oberbürgermeister Schramma, muss ich Sie fragen: Für wie dumm halten Sie eigentlich die Menschen draußen in der Stadt, dass Sie denken, so etwas könne man Ihnen noch glauben?

Der Bauunternehmer Hohr hat zur Stadt Köln umfangreiche geschäftliche Beziehungen. Er hat ständig mit dem Land zu tun, er hat regelmäßig mit der Stadt zu tun. Wir haben im Ausschuss Bauen und Wohnen eine Anfrage gestellt, die seine Beziehung zur Stadt im Einzelnen aufschlüsseln soll. Diese Anfrage ist, wie bei komplexeren Themen allgemein üblich, nicht zeitnah von der Verwaltung beantwortet worden. Wir sind sehr gespannt auf die Einzelheiten, die der Antwort zu entnehmen sein werden. Aber eines ist klar: Herr Hohr ist im Bereich des sozialen Wohnungsbaus in Köln tätig. Folgerichtig ist er darauf angewiesen,

dass ihm die Kölner Kommunalpolitik allgemein gewogen ist.

Wenn ein solcher Unternehmer für Zigtausende von Euro für Sie Plakate drucken lässt, ist es völlig klar, dass er sich davon etwas verspricht. Deshalb ist es genauso offensichtlich, dass Sie eine solche erhebliche Wahlkampfuwendung nicht annehmen sollten. In dem hiesigen konkreten Fall war es zudem so, dass es sich um eine Zuwendung handelte, die weder von der Wahlkampf führenden Partei, der CDU, als Parteispende vereinnahmt worden ist noch von Ihnen, Herr Schramma, persönlich als Schenkung verbucht wurde. So oder so liegt hier ein unrechtmäßiges Verhalten vor.

Die Staatsanwaltschaft Köln hat in Ihrem Fall, Herr Oberbürgermeister, den Anfangsverdacht einer möglicherweise strafbaren Verhaltensweise bejaht und ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Am Zustandekommen des Ermittlungsverfahrens ist pro Köln nicht ganz unschuldig gewesen. Wir waren diejenigen, die den Strafantrag gestellt haben, weil wir der Auffassung waren: Hier muss geklärt werden, warum eine solch erhebliche Zuwendung erstens geflossen ist und zweitens in keinem Rechenschaftsbericht offiziell auftaucht. Gerade in Köln müssen in einem solchen Fall alle Alarmglocken läuten. Ich kann den Phlegmatismus der anderen, insbesondere der kleineren Ratsfraktionen nicht verstehen, die einem solchen Vorgang völlig tatenlos zusehen. Ich verstehe da Ihre Motivationslage nicht. Jeder, dem das Wohl und Wehe dieser Stadt am Herzen liegt,

(Karsten Möring [CDU]: Zeit!)

müsste hier doch auf die Barrikaden gehen und lautstark eine Gegenposition beziehen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Als Sitzungsleiter muss ich Sie auf die Redezeit hinweisen.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Gut. - Herr Schramma, dass Sie sich das nicht allzu lange anhören wollen, kann ich rein menschlich verstehen. Aber - -

(Dem Redner wird das Mikrofon abgeschaltet - Beifall bei CDU, SPD und FDP)



**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ich habe als Sitzungsleiter Ihnen das Wort entzogen, weil Ihre Redezeit überschritten war. Wenn Sie nicht hören wollen, muss ich solche Maßnahmen ergreifen.

(Beifall bei der CDU)

Weitere Wortmeldungen? - Herr Gey, bitte. Auch Sie haben fünf Minuten Zeit.

**Herbert Gey (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich bin überzeugt davon, dass die meisten - außer den vier Leuten von PK - dieses Geschwätz nicht hören wollen und in der Form, wie es gebracht wird, auch gar nicht verstehen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte Folgendes dazu sagen: Ich bin überzeugt davon, dass alle Demokraten in diesem Hause den Antrag ablehnen werden. Wenn man sich den Antrag betrachtet, merkt man, dass er spiegelbildlich für die Qualität der Politik und Arbeit von PK steht. Nach unserer Auffassung besteht nicht der geringste Anlass, dass der Oberbürgermeister seine Amtsgeschäfte ruhen lässt. Zum einen gilt für ihn - wie für jeden - die Unschuldsvermutung, zum anderen gibt es weder eine rechtliche noch eine moralische Verpflichtung, seine Amtsgeschäfte aufgrund einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft ruhen zu lassen. Meine Damen und Herren, das hat einen guten Grund: Andernfalls läge es nämlich in der Hand eines Anzeigenerstatters, die Arbeit von Behördenleitern beliebig einzuschränken oder ganz lahm zu legen. Das geht weder bei Oberstaatsanwälten noch bei Regierungspräsidenten oder Oberbürgermeistern.

Sie begründen den Antrag damit, dass das Amt des Oberbürgermeisters durch ein strafrechtliches Verfahren nicht beschädigt werden dürfe. Dabei sind Sie es doch gewesen: Gerade durch Ihre Strafanzeige haben Sie das Amt des Oberbürgermeisters erst beschädigt. Heute gehen die Vertreter von PK noch einen Schritt weiter und beschädigen das Ansehen des gesamten Rates.

(Lachen bei pro Köln)

- Sie mögen lachen, aber ich fühle mich als Ratsmitglied durch Ihren Antrag beschädigt.

(Beifall bei CDU und SPD sowie bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Für einen derartigen Missbrauch rechtsstaatlicher und geschäftsordnungsmäßiger Instrumente sollten Sie sich schämen und sich bei uns, dem Rat und dem Oberbürgermeister, entschuldigen.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Gey. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Rouhs noch einmal.

**Manfred Rouhs (pro Köln):** Herr Gey, dass Sie als Vorsitzender der CDU-Fraktion gar nicht anders können, als Herrn Schramma in Schutz zu nehmen, liegt auf der Hand. Noch zwei, drei Fälle dieser Art und Fritz Schramma hat in der Öffentlichkeit ein ähnlich tolles Image wie meinetwegen Ihr Herr Dr. Bietmann. Dass Sie weder mit Herrn Bietmann noch mit einer ähnlich beschädigten anderen Person - wer immer das sein mag - in die nächste OB-Wahl hineingehen können, liegt auf der Hand.

Nicht derjenige, der auf Missstände aufmerksam macht und Strafanträge stellt, beschädigt das Ansehen der Kölner Kommunalpolitik, sondern diejenigen politischen Parteien unisono, die „Landschaftspflege“ so aufgeschlossen gegenüberstehen, wie SPD und CDU in Köln das tun. Die beschädigen das Ansehen der Politik. Das wird in der Öffentlichkeit so auch richtig verstanden.

Auslöser unseres Antrages ist nicht das Faktum der Strafanzeige an und für sich. Das wäre in der Tat völlig abenteuerlich - da gebe ich Ihnen Recht, Herr Gey -, wenn jeder x-beliebige Strafantrag, den ja jedermann stellen kann, wie er will, solche Prozesse auslösen könnte. Grundlegend für unseren Antrag ist vielmehr, dass die Staatsanwaltschaft den Anfangsverdacht einer Straftat bestätigt und ein förmliches Ermittlungsverfahren eingeleitet hat. Das ist hier der ausschlaggebende Punkt.

In Wuppertal hat auf ähnlicher Ebene Bürgermeister Kremendahl schließlich auch einsehen müssen, dass er nicht weitermachen konnte. Die Fälle sind ansonsten in Teilen nicht vergleichbar, aber auch dort war Grundlage der Rücktrittsforderung - die dort auch aus den Reihen der etablierten Parteien erhoben worden ist - die Einleitung eines förmlichen staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens.

Sie drehen die Dinge um und verstecken Ihr Gesicht in diesem Fall. Sie glauben, dass Sie mit Wegsehen und Untertauchen hier durchkommen, nach dem schönen alten Motto „Et kütt, wie et kütt“ und „Et es noch emmer joot jejeange“. In letzter Zeit ist bei Ihnen vieles nicht mehr gutgegangen. Ich gebe Ihnen Gelegenheit, mit einem Votum für unseren Antrag weiteren Schaden von unserer Stadt abzuwenden und eine Ausdehnung der Katastrophe sowie weiteren Vertrauensverlust in die Kommunalpolitik insgesamt, insbesondere aber in die Kölner Politik, abzuwenden. Das ist es, was die Stadt nötig hat - nicht aber Ihre Strategie des Verleugnens und Wegguckens.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die PK-Fraktion. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung des Republikaners ist dieser Antrag mit den übrigen Stimmen des Rates mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe auf:

**2.3 Antrag von Ratsmitglied Ludwig vom 17. Januar 2005 betreffend Notprogramm gegen die Auswirkungen von Hartz IV  
Ds-Nr. 0087/005**

**Änderungsantrag der PDS vom 27. Januar 2005  
Ds-Nr. 0160/005**

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der PDS vor. Zunächst Herr Ludwig, der Antragsteller, bitte schön.

**Claus Ludwig** (Gemeinsam gegen Sozialraub): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Seit dem 1. Januar ist Hartz IV in Kraft. Wir haben uns in diesem Hause schon häufiger damit beschäftigt. Die Auswirkungen werden jetzt für einige Zehntausend Menschen in Köln konkreter. Wir von Gemeinsam gegen Sozialraub sind der Meinung, die Kommune hat die Pflicht, wenn mehrere Zehntausend Menschen der Stadt ein geringeres Einkommen haben und von Armut bedroht sind, dagegen anzugehen, anstatt dies durch weitere Kürzungsmaßnahmen zu verstärken.

Deswegen schlagen wir zunächst einmal vor, dass die Stadt Köln bzw. die Arge aus der Agentur für Arbeit und der Stadt Köln vor Ort die vollen Wohnkosten übernimmt, samt aller Mietnebenkosten, also Strom, Gas und Wasser, was bisher nicht vorgesehen ist. Dies nämlich ist nötig, um den finanziellen Absturz der Betroffenen nicht so hart zu machen.

Des Weiteren schlagen wir vor, dass es eine klare Aussage gibt, was die Frage der Zwangsumzüge wegen zu großer Wohnungen angeht. Diese Frage wird schon seit August letzten Jahres thematisiert. Seitdem die Dezernentin Bredehorst auf einer Montagsdemo Rede und Antwort gestanden hat, heißt es immer nur: Man wisse ja, dass die Wohnungssituation in Köln nicht so einfach sei, es gebe nicht so viele günstige Wohnungen; deshalb werde man eine Art kölsche Lösung finden, ohne allzu viele Härten. Für die Betroffenen aber reicht das nicht aus. Es geht nicht darum, zu hoffen, dass irgendwann eine kölsche Lösung gefunden wird, sondern wir wollen eine klare Aussage, dass es keine Zwangsumzüge für von Hartz IV Betroffenen geben darf. Nur dann sind die Betroffenen sicher: Okay, ich habe weniger Geld, aber zumindest kann ich in dieser Wohnung bleiben. Wir schlagen daher vor, dass ein deutliches Signal vom Rat ausgeht, jegliche Zwangsumzüge abzulehnen.

Des Weiteren fordern wir, dass die bei der Stadt eingerichteten so genannten Integrationsjob, besser bekannt als 1-Euro-Jobs,

(Dr. Lothar-Theodor Lemper [CDU]:  
Das ist falsch! Sie kriegen ja Geld!)

in tarifliche Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden. Es heißt, die 1-Euro-Jobs führten nicht zur Vernichtung von festen Arbeitsplätzen und seien kein Ersatz für feste Arbeitsplätze. Wenn ich mir aber die Antwort der Verwaltung auf meine Anfrage zum Thema des städtischen Grünflächenamtes angucke, wird sehr wohl deutlich, dass in den letzten Jahren Arbeitsplätze abgebaut wurden - 77 an der Zahl -, dass weitere Arbeitsplätze abgebaut werden und dass in diesem Bereich 1-Euro-Jobs geschaffen werden sollen. Was anderes ist das als der Ersatz von vollwertigen, möglicherweise tariflich bezahlten Arbeitsplätzen durch 1-Euro-Jobs?

Natürlich - das weiß ich auch - werden Sie nicht heute jemanden rauswerfen und morgen dafür einen so genannten Integrationsjob schaffen, aber auch das ist ein Teil des Pro-

zesses, in dessen Zuge reguläre, tariflich entlohnte Arbeitsverhältnisse abgebaut und durch eine Form von Zwangsarbeitsgelegenheit ersetzt werden.

Deswegen sagen wir: Wir brauchen hier kein Signal, dass Leute in Zwangsarbeit geschickt werden; wir brauchen das klare Signal, dass in der Stadt Köln Arbeitsplätze geschaffen werden - im öffentlichen Dienst, tariflich entlohnt -, die den Leuten eine Perspektive bieten, mit- samt der Möglichkeit zur Ausbildung und Weiterbildung, und sie wirklich für den ersten Arbeitsmarkt qualifizieren.

Dazu noch folgende Information: Die Diakonie in Baden-Württemberg hat in einer Rechnung ermittelt, dass 1-Euro-Jobs gesamtwirtschaftlich teurer sind als reguläre Arbeitsverhältnisse. Schließlich ist der Aufwand an Verwaltungskosten relativ hoch; zudem werden 500 Euro an die Träger dieser 1-Euro-Jobs bezahlt. Im Grunde handelt es sich hier um eine relativ teure Schaffung von schlechten Arbeitsgelegenheiten, die dazu führt, dass reguläre Jobs abgebaut werden. Das werden wir so nicht hinnehmen. Deswegen möchte ich Sie bitten, unserem Antrag zu folgen.

Danke.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Ludwig. - Herr Mendorf hatte sich für die FDP gemeldet.

(Zuruf Marco Mendorf [FDP])

- Er zieht zurück. Dann Herr Kellner zum Änderungsantrag, bitte schön.

**Michael Kellner (PDS):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die PDS/Offene Liste kann dem Antrag von Gemeinsam gegen Sozialraub nicht in der vorgelegten Form und nicht in allen Punkten zustimmen.

Punkt 3 zum Beispiel enthält im Kern eine Ungleichbehandlung derjenigen, die einen Integrationsjob annehmen, und treibt einen Keil zwischen diejenigen, die bei einer städtischen Einrichtung Arbeit finden und demnach tariflich bezahlt werden müssten, und diejenigen, die sich in anderen Einrichtungen mit eineinhalb Euro abfinden müssen.

Wir haben deshalb einen Änderungs- und Ergänzungsantrag formuliert, in dem wir vor allem die Probleme ansprechen, mit denen viele bei der Umsetzung von Hartz IV in Köln konfrontiert werden. Wir sind diesbezüglich sowohl von Betroffenen angesprochen worden als auch von solchen, die in Beratungsstellen arbeiten und täglich mit diesen Problemen konfrontiert werden.

Es ist sicher verständlich, dass die Zusammenarbeit von Agentur für Arbeit und Sozialamt in der Arge an vielen Stellen noch nicht reibungslos klappt, dass es immer wieder zu Koordinierungs- und Kommunikationsschwierigkeiten kommt und dass noch nicht alle auftauchenden Probleme gelöst und geklärt werden konnten.

Allerdings wirkt sich das zum Beispiel für diejenigen, denen man keine Auszahlung ihres bereits bewilligten Geldes ohne komplizierte Bescheinigung zugesteht, bitter aus; ebenso für diejenigen, die plötzlich mit hohen Mietnebenkostennachzahlungen aus den Jahren 2003 und 2004 konfrontiert werden. Dazu kommen Frauen in Not- und Trennungssituationen, die formal noch zur alten Bedarfsgemeinschaft zählen, oder Migrantinnen und Migranten, die ohne Beratung mit einem neuen Antrag nach Hause geschickt werden, obwohl sie einen - unter anderem fehlerhaft ausgefüllten - bereits eingeschickt haben.

Ein weiteres Problem stellen Umzugskosten in Verbindung mit hohen Kauttionen dar, die von den neuen Arbeitslosengeld-II-Beziehern nur mit teuren Darlehen bezahlt werden können. Viele fangen dadurch schon in diesem Jahr mit den Schulden an. Ich könnte mit dieser Liste fortfahren - immer mit dem Blick auf jeden Einzelnen, der von dem geschilderten Problem betroffen ist und nicht weiter weiß.

Es geht uns aber noch um etwas Grundsätzliches. Wir sind der Meinung, dass die Integrationsjobs freiwillig sein müssen und dass sie reguläre Arbeit nicht verdrängen dürfen. Längerfristige Praktika bei Arbeitgebern des ersten Arbeitsmarktes sind mit Sicherheit kontraproduktiv, ganz zu schweigen von den Tätigkeiten bei Schulsanierungen, von denen uns aus anderen Städten berichtet wurde.

Ein weiterer Punkt: Die Arbeitslosengeld-II-Empfänger erhalten kein Mobilitätsticket, das sie aber dringend benötigen, sobald sie einen Integrationsjob annehmen. Die Arge sollte sich deshalb dafür einsetzen, dass diese vom Trä-

ger der Einrichtung, bei der sie arbeiten, ein Jobticket erhalten. Die Übernahme der Kosten sollte zusätzlich zur Mehraufwandsentschädigung vereinbart werden.

Noch ein Letztes: Ihrer Streichliste, Herr Soénius, ist zu entnehmen, dass Sie den Arbeitslosengeld-II-Beziehern und -Bezieherinnen das Geld auch weiterhin aus der Tasche ziehen wollen. Als Beispiel nenne ich nur die Reduzierung der Unterkunftskosten für Empfänger von Arbeitslosengeld II. Die PDS/Offene Liste erhebt gegen ein derartiges Vorgehen schärfsten Einspruch. Sie werden in diesem Punkt auch weiterhin mit unserem Widerstand rechnen können.

Danke.

(Beifall Jörg Detjen [PDS])

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Kellner. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Bredehorst für die Verwaltung, bitte schön.

**Beigeordnete Marlis Bredehorst:** Zu den beiden Anträgen möchte ich für die Verwaltung kurz Stellung nehmen.

Zum Ersten möchte ich zu dem Antrag von Gemeinsam gegen Sozialraub sagen, dass es sowohl von der Gesetzeslage als auch von der tatsächlichen Lage her keine Zwangsumzüge gibt. Allenfalls gibt es keine Mietkostenübernahmen. Dies bemisst sich laut Gesetzeslage - daran kann der Rat der Stadt Köln auch nichts ändern - nach den angemessenen Unterkunftskosten. Das muss auch so sein, weil im Einzelfall unangemessen hohe Mietkosten nicht übernommen werden können. Das würde unseren finanziellen Rahmen sprengen.

Zum Zweiten: Die Wohnnebenkosten werden wiederum laut Gesetzeslage übernommen - auch daran kann der Rat der Stadt Köln nichts ändern. Vom Gesetz her werden Kaltwasser- und Heizungskosten übernommen und dem entspricht auch die Praxis. Selbstverständlich werden Warmwasser- und Stromkosten nicht übernommen werden, weil sie im Regelbedarf enthalten sind. Wir können daran nichts verändern; das alles ist Bundesgesetzlage.

Zu den Integrationsjobs habe ich häufig genug im Rat Stellung genommen. Wir können zwangsläufig aus finanziellen Gründen - wir

haben inzwischen eine andere Finanzierung und können nicht mehr wie in der Sozialhilfe mischen - keine tariflich bezahlten Beschäftigungsverhältnisse mehr eingehen, weil wir dann nur einen kleinen Teil der Menschen fördern könnten, die wir fördern müssen.

Zu dem PDS-Antrag möchte ich ergänzend noch Folgendes sagen: Aus meiner Sicht besteht kein Handlungsbedarf und es bedarf auch keines Ratsbeschlusses. Denn was die aufgeworfenen Probleme angeht, verfahren wir in der Regel so, wie es sich die PDS wünscht: Wir halten - das gilt für die akuten Notsituationen; hier hat sich nichts geändert - an der Praxis der alten Sozialhilfegewährung fest. Wenn es hier einmal Probleme gegeben hat, dann muss das in den ersten zwei oder drei Wochen nach der Hartz-IV-Einführung gewesen sein. Darum allerdings bitte ich um Verständnis: Es war ein Gewaltakt für alle Behörden, dieses hinzubekommen. Ich finde, dafür haben wir es gut gemacht.

(Beifall bei der CDU, SPD und FDP)

An der anfänglich überlasteten örtlichen Telefon-Hotline wurde gearbeitet und es ist besser geworden.

Was die Nebenkostennachzahlungen angeht, so werden diese, wie bisher bei der Sozialhilfe, im Einzelfall - wenn es zum Beispiel notwendig ist, um Obdachlosigkeit zu vermeiden - übernommen. Das entspricht der bisherigen Praxis.

Für Frauen in Notsituationen gibt es vom Bundeswirtschaftsministerium eine Richtlinie, die genau das beschreibt, was die PDS fordert. Für Migrantinnen und Migranten machen wir passgenaue Einzelfallhilfe und hier werden zum Beispiel auch die Problematiken, die aufgrund der Sprache auftreten, in Angriff genommen. Und wir haben auch spezielle Hilfen für diese Gruppe.

Ich sollte zu den Integrationsjobs - Punkt 5 des Antrages der PDS - insgesamt etwas sagen: Was Sie beantragen, entspricht der Gesetzeslage. Das Gesetz schreibt zwingend vor, dass Integrationsjobs zusätzlich sein und im öffentlichen Interesse liegen müssen. Auch dafür bedarf es keines Ratsbeschlusses.

Auch die Vorgaben zu Arbeitsschutz und Arbeitszeit sind gesetzlich zwingend anzuwenden. Bei den Integrationsjobs praktizieren wir das schon. Auch wenn wir keine tariflich bezahlten Jobs anbieten, sondern Beschäfti-

gungsverhältnisse im Rahmen der Arbeitsgelegenheiten anbieten, versuchen wir, die Arbeitsbedingungen so ähnlich wie möglich nach einem richtigen Arbeitsverhältnis zu gestalten. Schließlich ist es ja gerade unser Ziel, die Menschen in die Arbeitswelt zu integrieren.

Zuletzt zum Punkt Jobticket: Hier haben wir das Problem, dass das Jobticket, wie es von der KVB oder dem VRS angeboten wird, ganz bestimmte Voraussetzungen erfordert, die hier nicht erfüllt sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön Frau Bredehorst. - Herr Helling, bitte.

**Ossi Helling** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die PDS hat in ihrem Änderungsantrag als Ergebnis einer Fleißarbeit - Herr Kellner hat es dargestellt - eine Reihe von Einzelproblemen und Tendenzen in der Umsetzung von Hartz IV genannt.

Wir haben in dem Beitrag der zuständigen Dezernentin gehört, dass einiges aufgrund bundeseinheitlicher Vorgaben nicht machbar ist und dass manches in diesem Antrag entweder erledigt oder auf einem positiven Weg ist.

Ich möchte nur das Beispiel der Frauen in Not-situationen aufgreifen. In diesem Punkt gibt es Bewegung, die unter anderem - das muss man dazusagen - von Köln aus angeregt worden sind.

Ich glaube, dass wir vor diesem Hintergrund an die Antragsteller der PDS appellieren sollten, ihren Antrag zurückzuziehen. Das Anliegen ist zwar richtig, aber nach Aussage der Verwaltung sind die wesentlichen Sachen in die Wege geleitet worden. Von daher ist eine gesonderte Beschlussfassung im Rat überflüssig.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Helling. - Ich blicke zur PDS - keine Reaktion. Dass heißt also, dass der Antrag so aufrechterhalten bleibt. Ich lasse über beide Anträge abstimmen, zunächst über den von Herrn Ludwig von GGS. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist Herr Ludwig selbst. Gegenstimmen? - Gegen die

übrigen Mitglieder des Rates. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der PDS ist der Antrag abgelehnt.

Wir stimmen nun über den Änderungsantrag der PDS ab. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die PDS selbst und Herr Ludwig. Gegenstimmen? - Auch hier gegen den Rest des Rates. Enthaltungen? - Keine. Auch dieser Antrag ist mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

#### **2.4 Antrag der FDP-Fraktion vom 18. Januar 2005 betreffend Ladenöffnung und Außengastronomie beim Weltjugendtag und Confederations Cup Ds-Nr. 0089/005**

Für die Antrag stellende FDP-Fraktion hat sich Herr Repgen gemeldet, danach sprechen für die CDU Herr Gey, für die SPD Herr Kaske, für die Grünen Herr Wolter und für die PDS Herr Detjen. Bitte schön.

(Zuruf von der FDP: Herr Marco Mendorf!)

- Sie haben getauscht. Dann Herr Mendorf, bitte.

**Marco Mendorf** (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Köln wird in diesem Jahr mit dem Weltjugendtag und dem Confederations Cup im Mittelpunkt der Weltöffentlichkeit stehen. Uns geht es darum, den Charakter der beiden Veranstaltungen zu stärken. Bei der einen Veranstaltung geht es um den Glauben und bei der anderen um den Fußball.

(Ralph Sterck [FDP]: Ich dachte, um die Hoffnung! - Josef Müller [CDU]: Er ist aufgelaufen, es hat mit auflaufen zu tun!)

- Das habe ich nicht verstanden.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Sie müssen nicht auf allen Zwischenrufe reagieren.

(Heiterkeit)

**Marco Mendorf** (FDP): Ich reagiere auf die qualitativ anspruchsvollen Zurufe.

(Jörg Detjen [PDS]: Das ist aber neu im FDP-Programm, das mit der Stärkung des Glaubens!)

- Wir haben nichts dagegen, wenn Sie sich beteiligen wollen, Herr Detjen.

Wir wollen im Sinne der beiden Veranstaltungen handeln und zusätzlich etwas für die Stadt bewegen. Dabei haben wir folgende drei Ziele:

Zum Ersten geht es um einen gastfreundlichen Empfang. Wir sind aufgeschlossene Gastgeber; es passen aber aufgeschlossene Gastgeber und geschlossene Ladentüren nicht zusammen.

Wir wollen - zweitens - für Köln werben. Die Veranstaltungen sollen über die Tage und die Jahre hinaus für Köln werben. Wenn wir über Köln, über Marketing für Köln und KölnTourismus reden - beispielsweise von der Einkaufs-city Köln -, dann passt die geschlossene Ladentür nicht in dieses Konzept. Die Türen sollten nicht gerade an den Tagen geschlossen sein, wenn die Welt zu uns schaut.

Wenn wir etwas für Köln tun wollen und in diesem Zusammenhang von der Wirtschaft reden, dann müssen wir - drittens - auch etwas für die Wirtschaft tun. Wirtschaft ohne Handel - auch das passt nicht. Deshalb sollten wir uns für diese Tage einen besonderen Ruck geben.

Wir beantragen - das können Sie nachlesen -, dass wir an den beiden Sonntagen gesamtstädtisch die Stadt öffnen, die Geschäfte zum Leben erwecken und diese Stadt positiv in der Welt präsentieren.

(Lachen bei der PDS)

Wir meinen auch, dass man sich etwas bemühen kann, weitere Ausnahmetatbestände des Ladenschlussgesetzes oder des Landesimmissionsschutzgesetzes, was die Außen-gastronomie angeht, zu nutzen. Des Weiteren kann man überlegen, ob innerhalb der Woche die Ladenöffnungszeiten über 20 Uhr hinaus verlängert werden.

Diejenigen, die sich mit dem Tagesordnungspunkt beschäftigt haben - es steht ja in diesem Zusammenhang ein weiterer Punkt auf der Tagesordnung, über den wir noch diskutieren werden -, wissen, dass wir von der FDP uns an die Ergebnisse der Konsensrunde halten wollen, auch wenn es uns schon ein bisschen viel ist, einen riesigen Kriterienkatalog aufzustellen, sodass festgelegt ist, welche Voraussetzungen

erfüllt werden müssen, bevor man die Geschäfte öffnen darf. Aber selbst wenn man diesen Kriterienkatalog zur Grundlage macht, um eine Erweiterung der Ladenöffnungszeiten bei Weltjugendtag und Confederations Cup zu prüfen, sind alle Kriterien erfüllt: Es handelt sich um große Ereignisse mit traditioneller Bedeutung. Wir können das soziale Gefüge der Stadt stärken, wir können etwas für die Vororte tun und wir können den Einzelhandel einbeziehen. Selbst die Kirchen sind mit im Boot; auch das war ein wichtiges Kriterium der Konsensrunde.

Denken Sie doch einmal an die Gäste - viele von Ihnen werden welche aufnehmen -, die aus Brasilien, aus Ungarn, aus dem katholischen Polen oder aus Italien zu uns kommen! Selbst die Gäste aus dem Vatikan würden sich wundern, wenn sonntags die Geschäfte geschlossen wären. Das wollen wir nicht, sie sollen sich in der Stadt wohl fühlen und dazu gehören auch offene Türen.

(Beifall bei der FDP - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Und was ist mit den Ladendiebstählen?)

Wir als FDP möchten den Sonntag als Ruhe- und Familientag nicht grundsätzlich infrage stellen, aber wenn wir über diese Weltereignisse sprechen, sollten wir uns bemühen und dazu durchringen, etwas dafür zu tun. Die ersten Schritte sind eingeleitet und ich habe gehört, dass der Confederations Cup bereits im Konsensbereich liegt. Wir sollten uns bemühen, auch den Weltjugendtag dafür zu nutzen. Das wäre auf jeden Fall eine wichtige Sache für Köln.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herzlichen Dank Herr Mendorf. Herr Gey hatte sich gemeldet, bitte schön.

**Herbert Gey (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Liebe Kollegen von der FDP! Sie reißen bei uns geschlossene Ladentüren auf.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir sind grundsätzlich mit dabei. Aber wir sind der Meinung, dieses Thema ist so interessant, dass wir die Diskussion auf die Weltmeister-

schaft ausweiten sollten. Wenn wir uns überlegen, wie wir die Gäste der Stadt sinnvollerweise in die Läden bringen, sodass Geschäfte und Umsatz gemacht werden können und sich die Gäste wohl fühlen, weil sie einkaufen können wie in ihren Heimatländern, dann sollten wir bei diesen Überlegungen die WM 2006 einschließen.

Wir als CDU wollen diesen Antrag deshalb in den Wirtschaftsausschuss verweisen, damit er mit dem Ergebnis beraten werden kann, dass auch die Weltmeisterschaft 2006 berücksichtigt wird.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Gey. Es kommt nun Herr Kaske für die SPD, bitte.

**Axel Kaske (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Auch wir verschließen uns nicht dem Anliegen der FDP, aber auch wir sind der Meinung, dass wir den Antrag in den Wirtschaftsausschuss verweisen sollten und sich die Konsensrunde damit beschäftigen sollte. Denn noch gibt es keine einheitliche Meinung; immer wieder gab es im Vorfeld Irritationen und Unruhe.

Ich bin der Meinung, dass sich zuerst die betroffenen Verbände - vor allem der Einzelhandelsverband - damit beschäftigen sollte, was sie denn wollen. Wenn dort eine Einigung herbeigeführt wurde, können wir einen Beschluss fassen. Ich bitte Sie nochmals darum, das auf diesem Wege zu machen: Verweisung in den Wirtschaftsausschuss, dann Konsensrunde. Anschließend können wir das so beschließen.

(Ralph Sterck [FDP]: Hauptsache, wir schaffen es noch vor der WM!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Kaske. Nun kommt für die Grünen Herr Wolter, - Nein, Frau Thelen, bitte.

**Elisabeth Thelen (Bündnis 90/Die Grünen):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich denke, gegen die Verweisung des Antrages kann man nichts haben. Aber schon

heute kann ich Ihnen sagen: Wir sind eindeutig gegen einen solchen Beschluss.

(Ralph Sterck [FDP]: Alles andere hätte mich auch enttäuscht!)

- Ich will Sie nicht enttäuschen, Herr Sterck.

Herr Mendorf hat soeben darauf Bezug genommen, dass am 9. Dezember - das ist noch keine zwei Monate her - die so genannte Konsensrunde tagte. Sie hat versucht, einen Kompromiss zwischen allen Beteiligten, die mit dem Thema zu tun haben, zu finden. Dort waren der Einzelhandelsverband, die Interessensgemeinschaften des Einzelhandels der Stadtteile, die Kirchen, die Gewerkschaften, die IHK, die Stadtverwaltung, die Fraktionen beteiligt; und auch Herr Mendorf war dort, wenn ich mich recht erinnere.

Es ist damals klar festgehalten worden, dass es im nächsten Jahr einen Stadtteilbezug bei Regelungen von Sonntagsöffnungen und keinen stadtweiten offenen Sonntag geben soll.

Herr Mendorf hat gesagt, der Katalog sei lang und kompliziert. - Ich finde das nicht so, denn man kann ihn mit einem Satz zusammenfassen: Einbettung der Sonntagsöffnungen in das soziale Gefüge der Stadtteile!

(Ulrich Breite [FDP]: Sollen wir die Brasilianer wieder nach Hause schicken?)

Wenn Sie heute hier etwas anderes beantragen und mit einem solchen Antrag vorprechen, widersprechen Sie dem Ergebnis dieser Konsensrunde.

Es ist kein Geheimnis, dass wir als Grüne - darin sind wir uns unter anderem mit Vertreterinnen und Vertretern der Kirche einig - keine Verfechter der Sonntagsöffnungen sind. So wurde das auch im Rahmen der Konsensrunde vorgetragen; darauf möchte ich auch heute deutlich hinweisen.

Diese allgemeine Diskussion ist aber heute nicht das Thema, Thema ist das Image der Stadt und wie man mit einem Verfahren umgeht, das wir gefunden haben, um für Ausgleich zu sorgen. Sie sollten alle überlegen, ob Sie Bestehendes einfach über den Haufen werfen wollen. Denn das ganze Verfahren würde so auf den Kopf gestellt. Es ist eben nicht so - wie vorgesehen -, dass es eine Antrag stellende IG gibt, die darlegt, in welchem Zusammenhang eine Sonntagsöffnung ge-

wünscht ist. Mir ist nicht bekannt, dass Citymarketing-Köln oder eine andere IG in der City eine Sonntagsöffnung beim Weltjugendtag überhaupt befürwortet;

(Walter Grau [CDU]: Muss das denn sein?)

ebenso wenig wollen die Organisatoren des Weltjugendtags eine Sonntagsöffnung. Was also soll das, dass Sie das hier so vortragen?

(Ditmar Repgen [FDP]: Das stimmt doch gar nicht!)

- Wir können uns im Wirtschaftsausschuss näher darüber unterhalten. Uns liegt - wie Ihnen sicherlich auch - ein Schreiben der Organisatoren des Weltjugendtags vor, worin ausdrücklich erklärt wird, dass eine Sonntagsöffnung nicht gewünscht wird.

Auf den Confederations Cup will ich hier nicht näher eingehen; dazu ist mir nichts bekannt. Wenn ein solcher Wunsch besteht, dann kann dieser im Rahmen des Ergebnisses der Konsensrunde abgehandelt werden und es könnte einer der drei möglichen offenen Sonntage in diesem Jahr sein.

Ich will noch kurz auf den FDP-Antrag konkret eingehen: Ich bin in der Begründung auf den Begriff „Dienstleistungswüste“ gestolpert. Sie sagen, Köln solle sich nicht als Dienstleistungswüste präsentieren. Ich meine, wir sollten für die Stadt Köln ein Image fördern, das jenseits des Begriffes „Dienstleistungswüste“ liegt. Wir wollen uns im Rahmen des Weltjugendtages als weltoffen, gastfreundlich, liebenswert präsentieren und als lebendige Stadt voller Kulturgüter und Angebote.

In diesem Zusammenhang mit Begriffen wie „Dienstleistungswüste“ und „geschlossenen Ladentüren“ zu operieren, geht vollkommen am Thema vorbei. Denn wer die Euphorie erlebt, die es in der Vorbereitung auf das Programm des Weltjugendtags gibt, der weiß, dass es um Begegnung, Gebet, Gemeinsamkeit, Spiritualität und gemeinsames Feiern geht. Sicher tritt in diesem Zusammenhang der Konsum in den Hintergrund.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Thelen. Es kommt nun Frau Wilden von PK als nächste und dann Herr Detjen von der PDS.

**Regina Wilden** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die beiden genannten Veranstaltungen sind ganz unterschiedlicher Art. Wenn es um die Sportveranstaltung geht, könnte ich mir vorstellen, dass Leute in die Stadt kommen, die über einigermaßen Kaufkraft verfügen. Die Sportveranstaltungen finden nicht in der Innenstadt statt; eine Öffnung der Geschäfte könnte ich mir da vorstellen.

Zum Weltjugendtag kommen junge Leute aus der ganzen Welt, die nicht über eine hohe Kaufkraft verfügen. Sie sind am Sonntag zudem anderweitig beschäftigt, und zwar nicht in der Innenstadt. Es sollen Versammlungen an großen Orten rund um Köln stattfinden und es ist noch nicht sicher, ob eventuell der Papst durch die Stadt fahren bzw. gefahren wird.

Bei Veranstaltungen, wo Umzüge in der Stadt stattfinden, sind normalerweise die Geschäfte geschlossen. Es gibt also keinen Grund, ausgerechnet in diesem Fall die Geschäfte zu öffnen. Des Weiteren habe ich gehört, dass die Veranstalter des Weltjugendtages keine Öffnung möchten. Daher gibt es für mich keinen Grund die Geschäfte aufzumachen.

Ich bitte also, für die Schließung der Geschäfte am Weltjugendtag zu stimmen. Bei Sportveranstaltungen kann verfahren werden, wie man will.

Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Detjen hat als nächster das Wort. Gibt es danach noch Wortmeldungen? - Herr Mendorf.

**Jörg Detjen** (PDS): Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Der vorliegende Antrag der FDP ist in jeder Hinsicht ein alter Hut. Bereits vor einem halben Jahr ist im Weltjugendtagsbüro über die Frage von längeren Ladenöffnungszeiten diskutiert worden und man hat sich dort eindeutig dagegen ausgesprochen. Die Jugendlichen kommen nicht zum Shopping nach Köln.

(Josef Müller [CDU]: Doch! Auch!)

Herr Gey, ich hätte es für klug gefunden, vorher einmal mit dem Katholikenausschuss zu telefonieren, bevor Sie in die Arena preschen.



Das wäre für die Diskussion ein bisschen besser gewesen.

(Josef Müller [CDU]: Man kann doch auch mal seine eigene Meinung haben!)

Sie haben in Ihrem Lager genug Zoff, insofern würde ich mich ein bisschen damit abstimmen, was dieser Interessenverband - der Ihnen sehr nahe steht - glaubt.

Meine Damen und Herren von der FDP, ich meine, dass Sie dringend Ihre Glaubentheorie, aber auch ihre Wirtschaftspolitik überprüfen sollten.

(Widerspruch bei der FDP)

Ihre Wirtschaftstheorie „Laden auf, Umsatz hoch“ ist einfach falsch. Das sieht man auch schon an der momentanen Diskussion im Einzelhandel über die Frage, ob mehr Touristen mehr Weihnachtsgeschäft bringen.

(Ralph Sterck [FDP]: Aber Laden zu heißt Umsatz gleich null!)

Es ist bewiesen, dass viele Touristen im Rahmen des Weihnachtsgeschäfts eben nicht zu mehr Umsatz führen. Das sollten Sie sich einmal vergegenwärtigen!

Meine Damen und Herren von der FDP, es ist doch gar nicht Ihr Anliegen, sich um die Versorgung der Menschen Gedanken zu machen und sich darum zu kümmern. Herr Mendorf, in der letzten Ratssitzung haben Sie offen gelegt, worum es der FDP eigentlich geht; seien Sie stolz darauf, dass ich Sie zitiere! Herr Oberbürgermeister, Sie waren angesprochen, ich zitiere:

Lassen Sie uns bitte auch darüber reden, Herr Oberbürgermeister, vielleicht nicht heute, aber in den nächsten Tagen und Wochen, ob wir den Weltjugendtag nutzen können,

- nutzen können! -

über die Ladenöffnungszeiten zu sprechen.

Darunter heißt es in Klammern: „Beifall bei der FDP“.

(Beifall bei der FDP)

- Genau! Daran kann man erkennen, dass die Diskussion über den Weltjugendtag für Sie nur

ein Mittel ist, um die Ladenöffnungszeiten zu verlängern. Es geht Ihnen darum und alles andere ist doch Barock.

In Sachen Glaubentheorie, Herr Mendorf, empfehle ich Ihnen: Lesen Sie die Freiburger Thesen, darin steht dazu etwas anderes. Dies soll doch der Türöffner sein, um bei Gay Games, CSD, Fußball-Weltmeisterschaft usw. längere Sonntagsöffnungen zu organisieren. Ich kann Ihnen nur sagen: Da machen wir nicht mit. Meine Damen und Herren von der FDP, Ihre Politik ist Sachen Ladenöffnung ist unwirtschaftlich, unsozial und sektiererisch.

(Lachen bei der FDP)

Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Detjen. Nun hatten sich noch Herr Mendorf von der FDP und Herr Wolter von den Grünen gemeldet.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt ist der schon wieder dran! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das kann ja gar nicht sein! Spricht der Herr Mendorf auch für die Sozialräuber?)

**Marco Mendorf (FDP):** Nein, ich spreche für die Liberalen, deswegen haben wir auch nichts mit Glauben in dem Sinne zu tun, dass wir irgendetwas glauben, sondern wir haben eine Idee von einer freien Gesellschaft und von einer freien und offenen Wirtschaftspolitik. Das ist der Unterschied zwischen uns.

(Beifall bei der FDP - Jochen Ott [SPD]: Das kann auch ein Glaube sein!)

Das heißt auch, dass nicht Sie entscheiden, wann die Läden geöffnet haben - übrigens auch nicht der Katholikenausschuss -, sondern diejenigen, die dazu berufen sind, in dieser Stadt Entscheidungen zu treffen. Deswegen sage ich Ihnen: Das hat natürlich auch etwas mit der Konsensrunde zu tun. Wir nehmen diesen Ball auf und diskutieren auch darüber, aber grundsätzlich muss es doch in diesem Rat erlaubt sein, Herr Oberbürgermeister, -

(Jörg Frank [Bündnis 90/ Die Grünen]:  
Quatsch zu erzählen?)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Es ist immer erlaubt.

**Marco Mendorf (FDP):** - dass diejenigen, die gewählt worden sind, um Politik zu machen, Ideen einbringen. Wir sind politisch der Meinung, dass wir offen sein sollten für eine Verlängerung der Öffnungszeiten. Sie sind es nicht, weil Sie meinen, besser entscheiden zu können, was für die Leute gut oder schlecht ist. Wir meinen, dass die Leute selbst entscheiden sollen, ob sie einkaufen oder nicht.

(Jörg Frank [Bündnis 90/ Die Grünen]:  
Soweit kommt es noch! - Heiterkeit)

- Ja, genau!

Übrigens, Frau Thelen, ist es nicht nur eine Frage der Konsensrunde und deren Kriterien. Wenn wir über die Außengastronomie sprechen, dann sind auch andere gesetzliche Regelungen zu nutzen, und die müssen eben nicht in das Raster der Konsensrunde eingepasst werden. Wir als Stadt können das Landes-Immissionsschutzgesetz heranziehen, um gewisse Ausnahmetatbestände zu nutzen.

Es ist mir neu, dass die Organisatoren des Weltjugendtages die Öffnung am Sonntag grundsätzlich ablehnen. Es kann sein, dass Sie da mehr wissen als ich. Aber ich habe heute mit der Geschäftsführung des Weltjugendtages telefoniert und dort hat man mir gesagt, dass sie sich grundsätzlich nicht öffentlich dazu äußern würde, ob sie dafür oder dagegen ist. Das interpretiere ich so, dass sie sich damit nicht großartig beschäftigen.

Wie Sie wissen, bin ich einer von vielen Bürgerinnen und Bürgern, welcher die Stadt nach außen repräsentieren möchte. Ich wünsche mir, dass die Läden geöffnet haben, sei nun der Weltjugendtag dafür oder dagegen. Wir holen die Menschen in die Stadt und ich möchte dazu beitragen, dass sie sich wohl fühlen. Bitte unterstützen Sie die Initiative! Herr Gey, herzlichen Dank für Ihre Bereitschaft, das noch einmal im Wirtschaftsausschuss zu diskutieren. Aber passen Sie auf, dass es keine Beerdigung zweiter Klasse wird. Wir sollten etwas im Sinne dieser Initiative tun.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Mendorf. Ich rufe nun Herrn Wolter auf, bitte.

**Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Mendorf, ich empfinde es als eine Geisterdebatte, wenn Sie sagen, dass wir durch die Sonntagsöffnung am Weltjugendtag die Menschen in die Stadt holen. Es ist aber so, dass am Weltjugendtag die Jugendlichen am Samstagmorgen nach Frechen bzw. nach Kerpen pilgern und erst Sonntagnachmittag oder Sonntagabend wiederkommen. Was den Weltjugendtag anbetrifft, ist diese Debatte obsolet und überflüssig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Wolter. - Herr Ludwig, bitte.

**Claus Ludwig (Gemeinsam gegen Sozialraub):** Es ist doch eindeutig, dass es der FDP darum geht, den Hebel generell in Richtung von längeren Ladenöffnungszeiten zu drücken. Das ist auch kein Geheimnis, das steht in allen Programmen und Reden der FDP.

(Manfred Wolf [FDP]: Da sind wir aber froh, dass Sie das begriffen haben!)

- Ich glaube, das haben noch ein paar mehr Leute begriffen. Wir reden davon, wer darüber entscheiden sollte, wie lange und wann die Läden aufmachen. Dabei sind es in erster Linie nicht die Gäste und Touristen, die damit zu tun haben, sondern die Beschäftigten die dort arbeiten. Sie waren schon von den in den letzten Jahren verlängerten Ladenöffnungszeiten wenig begeistert und haben auch immer wieder mit ihren Gewerkschaften dagegen demonstriert.

(Dietmar Repgen [FDP]: Ach, die können das selber entscheiden?)

- Richtig, die entscheiden selber.

(Christtraud Kirchmeyer [FDP]: Die haben dann die Arbeitsplätze nicht mehr lange!)

- Vielen Dank für die Drohung an die Beschäftigten!

Lassen Sie uns nicht so diskutieren, als würden nur Touristen und Gäste darüber entscheiden. Es geht auch darum, das Leben in dieser Stadt gut zu organisieren. Deswegen meine ich: Ausschlaggebend sind die Interessen der Menschen, die in den Läden arbeiten und die sich oft genug gegen verlängerte Ladenöffnungszeiten ausgesprochen haben.

Danke.

(Beifall bei der PDS)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Ludwig. - Frau Wilden, bitte.

**Regina Wilden** (pro Köln): Noch ein Satz zu dem CSD.

(Heiterkeit)

- Ich gebe Ihnen erst Gelegenheit auszuweichen. Was erhoffen Sie sich jetzt von dem, was ich sage?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Nur Schlimmes!)

Den CSD betreffend wäre ich dafür, dass man die Läden öffnet. Denn es heißt ja, dass man den CSD veranstaltet, damit Geld in die Stadt kommt. Wenn das so ist, sollte man den Leuten Gelegenheit geben, möglichst viel auszugeben.

Merkwürdigerweise haben der CSD und der Weltjugendtag noch eine Gemeinsamkeit; ich könnte Sie jetzt dreimal raten lassen und Sie kämen nicht darauf. Aber wir wollen hier nicht Händchen Theater machen, sondern eine Ratssitzung halten.

(Beifall Dr. Hans-Georg Bögner  
[SPD])

Am Fühlinger See wird eine kleine Zeltstadt zum Weltjugendtag aufgebaut. Bei beiden Veranstaltungen sind die Betten getrennt: beim Weltjugendtag die Zelte und beim CSD die Hotelzimmer.

Vielen Dank.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Nachdem wir die Problematik von allen Seiten beleuchtet haben, ist dem Rat klar geworden, dass es um ein wichtiges Thema geht, das in den Wirtschaftsausschuss verwiesen werden sollte. Ich bitte den Vorsitzenden, bis dahin die Stellungnahmen der Betroffenen einzubeziehen. Es ist ein differenziertes Thema, bei dem von CSD über Weltjugendtag und Confederations Cup bis zur WM viel zusammengewürfelt worden ist. Das sind zwar alles große Ereignisse, die aber getrennt zu betrachten sind. Insofern sollte man die entsprechenden Stellungnahmen der Veranstalter zumindest berücksichtigen, auch wenn der Rat letztlich die Entscheidung zu treffen hat.

Mir liegt also der Antrag auf Verweisung in den Wirtschaftsausschuss vor. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von PDS und GGS. Enthaltungen? - Enthaltungen gibt es keine. Damit ist der Antrag mit deutlicher Mehrheit von den übrigen Mitgliedern des Rates verwiesen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe auf:

**2.5 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27. Januar 2005 betreffend Verlängerung des Gestattungsvertrages für den Musical Dome**  
**Ds-Nr. 0140/005**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 01. Februar 2005**  
**Ds-Nr. 0163/005**

**2.6 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion vom 31. Januar 2005 betreffend „Köln – Zukunftsfähigkeit der Musikwirtschaft sichern!“**  
**Ds-Nr. 0149/005**

Es liegen mir mehrere Anträge vor:

- ein Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27. 01.
- ein Antrag der Fraktion der CDU und SPD vom 31. 01.
- ein Änderungsantrag von der FDP-Fraktion zum erstgenannten Antrag der Grünen vom 01.02.2005

Wir hatten vor Eintritt in die Tagesordnung beschlossen, dass wir die Vorlagen gemeinsam

beraten wollen. Danach richtet sich auch die Reihenfolge der Wortmeldungen: Zunächst hat Frau Moritz für den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen das Wort, dann sprechen Herr Dr. Lemper und Herr Dr. Bögner für den Antrag von CDU und SPD und anschließend Herr Sterck für die FDP-Fraktion. - Bitte schön, Frau Moritz.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn sich einer über den U-Bahn-Bau und seine Folgen mit Recht ärgern darf, dann sind wir es - die Grünen, die seinerzeit, als die Weichen für diese Planung gestellt wurden, als Einzige dagegen argumentiert und gestimmt haben. Alle Argumente wurden in die Waagschale geworfen, die lange Bauzeit, die enormen Finanzmittel und der geringe Gegenwert.

Wenn heute Matthias Pesch in seinem Kommentar im „Kölner Stadt-Anzeiger“ schreibt, dass sich immer mehr Kölner - ich füge ein: und Kölnerinnen - fragen, ob der Nutzen der neuen Trasse die Nachteile aufwiegt, so könnte ich mit Genugtuung sagen: Das haben wir immer schon gesagt.

(Jochen Ott [SPD]: Warte mal ab!)

Die Vertreter von CDU und SPD müssten sehr kleinlaut sein, wenn es um Pannen beim Bau geht oder um im Prinzip voraussehbare Verzögerungen. Sie müssten den Mumm haben, wenigstens richtige Folgeentscheidungen zu treffen. Wenn man A zur U-Bahn sagt, dann muss man auch B sagen. Das heißt konkret, dass die Baustelleneinrichtungen am Breslauer Platz nach Auskunft der Verwaltung - ich glaube nicht, dass die uns beschummelt - nicht vor 2009 verschwindet. Welchen vernünftigen Grund gibt es, dem Musical die Vertragsverlängerung bis zu diesem Zeitpunkt zu verweigern? Wollen Sie unbedingt eine weitere innerstädtische Brache an einem prominenten Ort à la Neumarkt schaffen? Wir müssten eigentlich froh sein, dass eine Zwischennutzung dieser Art, die viele Besucher und Besucherinnen anzieht und daher einen wirtschaftlichen Nutzen für die Stadt hat, die unschöne Großbaustelle dahinter gnädig abschirmt.

Es entbehrt nicht einer gewissen Tragikomik, wenn sich ausgerechnet der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU nach 16 Jahren christdemokratischer Stadtplanung über das Erscheinungsbild der Stadt beklagt und gleich-

zeitig die Voraussetzung für die nächste Blamage eingefädelt wird.

Es ist vernünftig, sich bereits jetzt Gedanken über den neuen Standort zu machen, insofern ist der CDU/SPD-Antrag unter Tagesordnungspunkt 2.6 völlig unschädlich. Die Verwaltung soll prüfen - dafür ist sie ja da; das verschlägt nichts -, aber wir müssen uns mit dem Thema trotzdem auf jeden Fall auseinandersetzen. Ich denke, Herr Streitberger wird es nicht anders sehen.

Der Breslauer Platz wäre unter Umständen auch nach seiner Neugestaltung ein passender Ort für ein Musicaltheater; denn er ist sehr gut mit dem öffentlichen Nahverkehr zu erreichen. Einen vergleichbar geeigneten Ort gäbe es allenfalls in Deutz.

Nach Abbau des Zeltens muss die Neugestaltung des Breslauer Platzes unverzüglich beginnen. Deshalb erwarten wir, dass der Wettbewerb überarbeitet wird.

Die FDP plädiert mit ihrem Antrag dafür, dass der Stadtentwicklungsausschuss ein neues Verfahren beschließen soll. Das machen wir uns voll zu Eigen. Herr Streitberger wird uns einen Vorschlag machen, wie das vonstatten gehen soll, ob etwa der Träger des ersten Preises von damals mit einer Neubearbeitung beauftragt wird. Wie auch immer, angesichts unserer Finanzlage müssen wir ein Verfahren finden.

Im Übrigen - für die, die nicht im Stadtentwicklungsausschuss sitzen und die auch noch nicht so lange im Rat sind -: Der Träger des ersten Preises sah ein kleines Hochhaus in der Nähe des Domes vor; den können wir bestimmt nicht nehmen.

Sollte im nächsten Jahr absehbar sein - wie ich das im Severinsviertel verfolge, ändern sich die Planungsprognosen der KVB wöchentlich -, dass auch dieser Zeitraum nicht einzuhalten ist, dann spricht auch nichts dagegen, den Vertrag bis 2010 zu verlängern. Deshalb würde ich den FDP-Antrag insofern übernehmen, als in meinen Antrag unter Punkt 1 das Wort „mindestens“ eingefügt werden sollte: Der Vertrag wird bis mindestens 2009 verlängert. Sollte sich der Abbau der Baustelleneinrichtung weiter verzögern, dann spricht nichts gegen 2010.

Den Punkt 2 der FDP übernehmen wir.

Noch ein Wort zur Beleuchtung: Stellen Sie sich auf die andere Rheinseite und versuchen

Sie, anhand der Beleuchtung zu erkennen, welches das prominenteste Bauwerk dieser Stadt ist. Dann müssten Sie eigentlich auf den Musical Dome kommen. Wenn dieser vielen nicht gefällt, dann sollten wir für die verbleibende Zeit zumindest erreichen, dass sich dieses Bauwerk dem Dom gegenüber mit einem angepassten Beleuchtungskonzept respektvoll zurücknimmt. Hierzu schlägt die FDP vor, außer der Dombaumeisterin auch den Gestaltungsbeirat damit zu beschäftigen. Dagegen habe ich nichts einzuwenden; denn je mehr Fachleute uns beraten, umso besser ist es. Insofern: Unser Punkt 3 wird in diesem Sinne ergänzt.

Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Moritz. - Herr Dr. Lemper bitte für die CDU-Fraktion.

**Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrte Damen und Herren! Frau Moritz hat ein bedingt gutes Beispiel dafür geliefert, wie man politische Entscheidungen möglichst nicht treffen soll: nämlich in der Bedienung nach allen Seiten. Ihre eigene Position ist völlig ungeklärt. Liebe Frau Moritz, es ist sehr wichtig für den Städtebau, die Stadtästhetik und die Stadtgestaltung, dass man klare Rahmenbedingungen schafft. Eine dieser Rahmenbedingungen besteht darin, dass die Koalition möchte, dass die von der Verwaltung vorgeschlagene Beschränkung des Gestattungsvertrages von 2008 auf 2010 zu ändern, abgelehnt wird. Damit nämlich wird allen Beteiligten klar: Dieser Platz ist ab 2008 für städtebaulich interessante Optionen frei.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch Quatsch, das ist doch eine U-Bahn-Haltestelle!)

- Das ist überhaupt kein Quatsch. Was machen Sie denn beispielsweise, wenn die Oberflächenwiederherstellung der U-Bahn-Haltestelle vor 2008 oder bis 2008 stattfindet?

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Kennen Sie den Wettbewerbsentwurf? Sie schießen aus der Hüfte!  
- Gegenruf von Josef Müller [CDU]: Er trifft aber!)

- Vielen Dank, Herr Müller.

Nochmals: Es geht schlicht um die Frage, dass sowohl die Betreiber des Musical Domes als auch die, die sich mit einer alternativen städtebaulichen Planung am Breslauer Platz befassen, wissen: Verwaltung und Politik suchen nach einer Alternative für das Musicaltheater ab 2008 und wollen ab diesem Zeitpunkt mit der städtebaulichen Planung am Breslauer Platz beginnen.

Der Gestattungsvertrag ist 1996 das erste Mal - auf zwei Jahre begrenzt - genehmigt worden. Lesen Sie die öffentlichen Verlautbarungen des damaligen Oberbürgermeisters Norbert Burger und des Bürgermeisters und späteren Oberbürgermeisters Harry Blum: Alle haben von einem Provisorium gesprochen. Das Provisorium des Standortes des Musical Domes dauert von 1996 bis heute an und soll nach Vorstellung der Verwaltung bis mindestens 2010 dauern. Das hat nichts mehr mit einem Provisorium zu tun, sondern ist Ausdruck einer Mentalität des ständigen Verlängerns und der Unsicherheit anstatt klarer Entscheidungen.

(Beifall bei der CDU - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sind U-Bahn-Bau-Folgen!)

Wenn wir den Zeitpunkt jetzt bis 2010 ausdehnen würden, wie die Verwaltung es vorgeschlagen hat, denn landen wir - das wissen Sie auch - bei 2015 oder 2020. Jedes Mal lässt sich ein weiterer, nachvollziehbarer Grund für die Verlängerung dieses Gestattungsvertrages finden. Möglicherweise käme man in die Situation, dass dieser Standort, der als zeitlich befristetes Provisorium geplant war, unter Denkmalschutz gerät. Das wollen wir in der Tat verhindern.

Weil die Argumentationsebene eben etwas verschoben worden ist, möchte ich klar stellen: Wir sind glühende Anhänger des Musicals; denn es ist ein Beitrag zur Vielfalt der kulturellen Angebote dieser Stadt und ein gutes Aushängeschild dieser Stadt. Deswegen - weil wir dieses Musical aus kulturellen, aus wirtschaftlichen und aus touristischen Gründen für notwendig erachten - werden wir uns in die Pflicht nehmen und zusammen mit der Verwaltung nach einer vernünftigen, tragfähigen und langfristigen Alternative suchen. Daran werden wir arbeiten. Wir werden Ihnen zeigen, dass das mit dem Erhalt der Musicalwirtschaft zusammengeht. Gleichzeitig möchten wir - um es

noch einmal zu sagen - die Möglichkeit schaffen, den Breslauer Platz vernünftig zu gestalten und ihn gestalterisch näher an den Rhein heranzubringen, um damit einen guten städtebaulichen Akzent zu schaffen.

Das ist nur möglich, wenn wir Klarheit haben: Klarheit über die Planungen von Musical Dome, Klarheit darüber, dass keine neue Produktion am alten Standort stattfindet. Wir wollen das Musical Dome Theater weiterhin in Köln haben, allerdings mit der von uns dargestellten notwendigen Alternative.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Dr. Lemper. - Herr Dr. Bögner, bitte.

**Dr. Hans-Georg Bögner (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich würde gern zu dem Thema des Antrags von CDU- und SPD-Fraktion sprechen, nämlich zur Zukunft der Musicalwirtschaft in Köln. Ich glaube, wir sollten in der Diskussion versuchen, das Thema des Breslauer Platzes zum einen und das des Musical Dome zum anderen auseinander zu halten. Denn einen kausalen Zusammenhang dieser beiden Themen sollte man nicht unbedingt diskutieren.

Herr Lemper hat gerade gesagt, dass man 1996 von einem Provisorium ausgegangen ist. Dieses ist, weil sich in den vergangenen Jahren keiner mit dem Thema eines anderen Musical-Standortes beschäftigt hat, immer weitergeführt worden.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wegen der U-Bahn!)

- Nicht nur wegen der U-Bahn, sondern weil sich keiner intensiv damit auseinander gesetzt hat, wo es mögliche Standorte gäbe.

Ein Musicaltheater steht, sowohl aus kulturpolitischen wie auch aus touristischen Überlegungen heraus, einer Millionenstadt wie Köln gut zu Gesichte. Daher sollten wir für dieses Thema eintreten. Es gibt wunderbar funktionierende Musical-Häuser in Düsseldorf, in Essen; Starlight Express in Bochum spielte lange Jahre, und eine Stadt wie Hamburg hat drei Musi-

cal-Theater, die bestens florieren. Wir sollten also, Anstrengungen unternehmen, um das Thema einer Musical-Wirtschaft in unserer Stadt aktiv zu halten und entsprechende Möglichkeiten zu bieten.

(Beifall bei der SPD)

Unser Antrag lässt deshalb eine zeitliche Option ganz bewusst offen. Denn wenn dieses Provisorium automatisch wieder verlängert würde, dann wäre für eine intensive Auseinandersetzung mit der Sache kein Druck da.

Wenn wir bei einer Prüfung darauf kommen, Frau Moritz, dass der Breslauer Platz erst 2009 zur Verfügung steht, dann wird man zu der Entscheidung kommen, die lautet: Okay, der Vertrag läuft noch bis Ende 2009. Wir sollten aber den Druck verspüren, uns des Themas einmal anzunehmen und dafür zu sorgen, dass das Musical einen Platz in dieser Stadt hat.

Ich möchte Sie deshalb bitten, unserem Antrag zuzustimmen: Es muss eine Prüfung aufgenommen und es muss in Verhandlungen mit dem Betreiber - wir haben mit ihm gesprochen; er kann sich dieser Auffassung durchaus anschließen - eingetreten werden.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ihr Schreiben hört sich aber anders an!)

- Wir haben diese Aussage bekommen. Insofern sollten wir versuchen, zeitnah zu prüfen und über Alternativen mit dem Betreiber nachzudenken. Gegebenenfalls sollten wir die Sache auch ausschreiben; denn das Musical Geschäft ist, wie wir wissen, ein sehr konjunkturabhängiges und launiges Geschäft. Das heißt, es hat nur Sinn, einen Betreiber zu finden, der im Besitz von Urheberrechten ist, denn sonst lohnt sich das Ganze nicht. Dies ist ein weites Spektrum das zu prüfen ist. Danach können wir entscheiden, wo ein möglicher Standort ist und ob es noch einmal zu einer Verlängerung des Provisoriums kommen muss. Wichtig ist, dass wir das Thema grundsätzlich angehen und darum gibt es diesen gemeinsamen Antrag.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Dr. Bögner. - Nun für die FDP-Fraktion Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Was den gemeinsamen Antrag von CDU und SPD angeht, so sind wir uns sicher alle einig, was dessen Aussage zum Musical-Standort Köln und die Suche nach Alternativstandorten betrifft. Dafür wird sich eine breite Mehrheit finden; diesbezüglich brauchen wir keine weiteren Worte mehr zu verlieren.

Der Knackpunkt ist der Antrag der Grünen und der Änderungsantrag meiner Fraktion: Ich hätte kaum erwartet, dass die Kollegin Moritz und ich uns einig finden, sich für die Erhaltung des „blauen Müllsacks“, wie der Musical Dome des Öfteren im Stadtentwicklungsausschuss bezeichnet wurde, einzusetzen. Zu den großen Fraktionen grenzen wir uns insofern ab, als Sie, meine Damen und Herren von CDU und SPD, ihn so schnell wie möglich und wir ihn so schnell wie nötig weghaben möchten. Denn wir wollen die vom Musical-Standort abhängigen Einnahmen für die Gastronomie und Hotellerie in Köln möglichst lange nutzen.

Herr Bögner hat gerade schon angedeutet, wohin die Reise gehen wird: Wenn genügend Gras über den populistischen Kahlschlag des Kollegen Lemper gewachsen ist und man merkt, dass der U-Bahn-Bau noch ein bisschen länger braucht, wird man feststellen, dass man einer Verlängerung des Vertrages zustimmen kann. Es ist okay, wenn wir diese Pirouetten noch drehen müssen.

Da Sie von dem Betreiber sprechen: In dem Schreiben - ich nehme an, Sie haben das heute auch bekommen; zumindest steht Herr Gey als Empfänger auf dem Schreiben - steht genau das Gegenteil von dem, was Sie eben behauptet haben, nämlich dass man mit dem von Ihnen eingeschlagenen Kurs einverstanden sei. Wen das hier im Rat noch näher interessiert und wer von seinem Fraktionsvorsitzenden nicht so informiert worden ist, wie es bei uns üblich ist, dem kann ich gerne tieferen Einblick geben.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Börschel?

**Ralph Sterck** (FDP): Nein, die brauche ich nicht, danke sehr.

(Martin Börschel [SPD]: Haben Sie heute um 14 Uhr auch mit Herrn Krauth telefoniert, Herr Sterck, so wie ich?)

- Ja ich habe mit ihm telefoniert.

(Martin Börschel [SPD]: 14 Uhr??)

- Die Uhrzeit habe ich mir nicht aufgeschrieben. Ich habe sogar zweimal mit ihm telefoniert. Das Schreiben ist bei uns um 14.48 Uhr als Fax eingegangen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Na also, ist doch aktuell!)

Es geht einfach darum, dass Herr Dr. Bögner gesagt hat, der Betreiber sei mit Ihrem Antrag so einverstanden. Dabei geht aus dem Schreiben ganz klar etwas anderes hervor: Er möchte Planungssicherheit haben. Das Jahr 2009 ist für ihn - Wermutstropfen hin oder her - sicher das Maximum, was er sich vorgestellt hat.

Ich möchte noch auf die Punkte 2 und 3 in unserem Antrag hinweisen: Wenn Sie, Herr Lemper und Herr Dr. Bögner, in Ihrer Argumentation konsequent sind und annehmen, dass die U-Bahn möglicherweise schneller fertig wird, dann müssen wir doch wissen, was wir mit dem Breslauer Platz machen und was wir dort an Nutzungen haben wollen. Soll da das World Trade Center, soll da wieder ein Musical-Theater hin, soll da ein großer Busbahnhof entstehen oder soll der Busbahnhof gar in ein Untergeschoss?

(Josef Müller [CDU]: Kann man doch alles prüfen!)

- Josef Müller sagt jetzt: Das haben wir doch schon alles. - Kennst du das, was es hierzu gibt? Ich habe die Broschüre mitgebracht, die zeige ich dir gleich einmal. Glaubst du, dass wir der UNESCO dieses Hochhaus am Breslauer Platz verkaufen können? - Da schüttelst du den Kopf. Ich glaube das nämlich auch nicht.

Diesen Wettbewerb von Anfang der 90er-Jahre können wir getrost in die Tonne klopfen.

(Josef Müller [CDU]: Na, eben!)

Wir brauchen Inhalte, wir brauchen städtebauliche Planungen für den Breslauer Platz. Wir Grüne und FDP starten deswegen gemeinsam die Initiative: Die Verwaltung soll Nutzungsvor-

schläge machen und sagen, wie ein Verfahren zu schaffen ist, mit welchem wir durch einen Wettbewerb mit Architekten zu anderen städtebaulichen Lösungen kommen können; das ist der zweite Teil des Antrages, den wir hier eingebracht haben. Gerade wenn Sie der Meinung sind, dass es mit dem U-Bahn-Bau viel schneller gehen kann, dann möchte ich Sie bitten, diesem Änderungsantrag zuzustimmen.

Für Punkt 3 müssten Sie eigentlich auch sein; denn es war der Kollege Waschek, der der Verwaltung als Erster ins Stammbuch geschrieben hat: Kümmern Sie sich um die neue Beleuchtung des Musical Domes. - Nichts ist passiert. Dann habe ich das noch einmal aufgegriffen und es ist wiederum nichts passiert. Jetzt kommt Frau Moritz und greift es wieder auf. Ich bin gespannt, was Sie dazu sagen; ich höre, Sie wollen Punkt 3 ablehnen. Der Rat sollte, weil bei den letzten beiden Versuchen, an der Beleuchtung etwas zu ändern, nichts passiert ist, heute den Punkt 3 des Antrages der Grünen mit der Änderung der FDP beschließen, damit die Verwaltung einen klaren Verhandlungsauftrag hat, das Licht - Frau Moritz hat es schön beschrieben - etwas herunterzudimmen.

Was den Punkt 2 angeht: Wir können uns alle miteinander nicht vorstellen, dass wir das noch bauen wollen. Deswegen lassen Sie uns zu neuen Lösungen kommen. Geben Sie dem gemeinsamen Punkt 2 in den Anträgen von Grünen und FDP Ihr Jawort. - Danke schön.

(Beifall bei FDP und Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Sterck. - Als nächste Frau May vom KBB und danach noch einmal Herr Dr. Bögner.

**Petra May** (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Städtebaulich hat Köln wahrlich andere Probleme als den Musical Dome. Wenn man aus dem Erftkreis kommt und auf der Höhe der Raststätte Frechen die Autobahn Richtung Aachen fährt, kann man über ganz Köln sehen. Da wird einem das ganze Trauerspiel bewusst: Planung hat über Jahre hinweg nicht stattgefunden.

In diesem Rahmen ist der Musical Dome kein Problem. Er wird von den Menschen ange-

kommen, ist attraktiv. Mir ist auch noch nicht aufgefallen, dass an der Beleuchtung etwas auszusetzen wäre, das höre ich zu ersten Mal. Wenn etwas den Glanz des Domes beeinträchtigen kann, dann sind es die Hochhausprojekte in dieser Stadt, die zahllos und wahllos angedacht und umgesetzt werden.

Ich finde den Vorstoß von Herrn Dr. Lemper mutig, der kritisiert hat, was hier jahrelang stattgefunden hat. Es ist mutig, denn die Zeitung hätte es nicht abgedruckt, wenn er es nicht gesagt hätte; er hat Recht und sagt, was viele Kölnerinnen und Kölner denken.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber seine Partei hat es selbst zu verantworten!)

Gerade der Musical Dome hat seinen Vorteil, denn so lange er dort steht, sieht man nicht das dahinter verborgene Gunnewig Kommerz Hotel. Das nämlich ist das städtebauliche Problem. Allein aus diesem Grund sollte man es dem Musical Dome gestatten, bis 2009 oder 2010 zu bleiben. Ich finde den Antrag der FDP sehr sinnvoll und auch, dass sich die Grünen dem anschließen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Andersherum!)

Das ist der richtige Weg. Wir brauchen kein weiteres städtebauliches Loch; davon haben wir schon genug. So lange nicht etwas vernünftig Neues geplant ist - ich gebe da dem Punkt 2 der Anträge Recht -, sollte man nichts abreißen, was zur Attraktivität der Stadt beiträgt.

Im Übrigen: Im Dunkeln sieht die „Mülltüte“ richtig nett aus. Die meisten haben sich daran längst gewöhnt. In der Verwaltungsvorlage - ich habe sie gelesen - war zu lesen, dass man daran gedacht hat, im Musical Dome kurzfristig das Opernhaus unterzubringen. Auch diese Chance hätte man so verspielt.

(Herbert Gey [CDU]:  
Das geht gar nicht!)

Die Oper hat auch einmal in der Universität gespielt. Lassen Sie uns hier quer und in Alternativen denken. Es geht sowohl rechts- als auch linksrheinisch nicht, von heute auf morgen einen Standort für den Musical Dome zu finden und einen neuen Musical Dome zu bauen. Der Betreiber braucht - Herr Sterck hat zu Recht darauf hingewiesen - Planungssicherheit für seinen Betrieb. Warum wagt man bei dem



Gebäude nicht neue Konzeptionen und denkt quer, denn die Oper kostet viel Geld und wir müssten auch eine Sanierung oder ein neues Opernhaus finanzieren. Einen Investor für das Musical finden Sie auf jeden Fall, wohingegen es bei der Oper dahingestellt sei, denn hierfür müssen die Städte eintreten. Ich schätze das Musical, das ich oft besucht habe, genauso wie unsere Oper, die an Qualität einiges zu bieten hat. Wir sind in Zeiten knapper Kassen und man sollte sich nicht durch die kurzfristige Idee, den Musical Dome wegzunehmen, Optionen berauben, die wir später brauchen könnten.

Deswegen: Das Kölner Bürger-Bündnis unterstützt die ersten beiden Punkte der FDP und fügt verschärfend hinzu: So lange kein anderer Standort gefunden ist und keine neue Planung für den Breslauer Platz in Sicht ist, sollte der Musical Dome nicht abgerissen werden. Sind die ersten beiden Punkte in diesem Sinne, dann stimmen wir dem zu; die Sache mit der Beleuchtung sehe ich aber anders.

Danke schön.

(Beifall Anita Cromme [Kölner Bürger-Bündnis])

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau May. - Es hatte sich noch einmal Herr Dr. Bögner gemeldet.

**Dr. Hans-Georg Bögner (SPD):** Herr Sterck, ich habe in meinen Ausführungen ganz bewusst zwischen dem Thema der Stadtentwicklung und dem Thema der Musical-Wirtschaft differenziert.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das haben wir verstanden!)

Ich denke, Sie akzeptieren, dass wir das auseinander halten möchten. Deshalb möchte ich vorschlagen, dass wir das Thema des Breslauer Platzes in den Stadtentwicklungsausschuss verweisen und dort diskutieren. Im Gegenzug schließen wir uns dem Punkt 3 Ihrer Anträge, der die Beleuchtung am Musical Dome betrifft, an.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen? -

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Es wird nur Ziffer 3 beschlossen!)

Wollen wir den Beschluss nur zu einem Punkt fassen und den Rest verweisen? - Wenn ich das richtig sehe, sind sich Grüne und FDP in den Begriffen einig und insofern sind die Anträge identisch.

(Unruhe)

Ich lasse zunächst insgesamt über den Antrag der Grünen und der FDP mit den entsprechenden Ergänzungen abstimmen.

(Barabara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber bitte einzeln!)

- Bitte, Frau Moritz.

**Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen):** Herr Dr. Bögner, ich weiß nicht, ob ich Sie richtig verstanden habe. Darum wiederhole ich einmal, wie es bei mir angekommen ist: Sie schlagen vor, dass die ersten beiden Punkte, zumindest soweit sie die Stadtentwicklung betreffen, in den Stadtentwicklungsausschuss verwiesen werden, und dem dritten Punkt stimmen Sie zu?

(Unruhe)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Moment, es wird jetzt sehr kompliziert. Herr Dr. Lemper, bitte.

**Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Es muss erst einmal über den Antrag von CDU und SPD entschieden werden. Dieser Antrag lautet wie folgt:

Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig

1. eine geeignetes Grundstück/eine geeignete Liegenschaft für die Errichtung/den Betrieb eines Musical-Theaters sowie geeigneter zusätzlicher Freizeitnutzungen nachzuweisen,

2. ggf. das für die Realisierung notwendige Planungsrecht vorzubereiten

- das hängt nämlich mit Punkt 1 zusammen -  
und

3. ggf. das Projekt eines Musical-Theaters europaweit auszuschreiben.

Das ist eine gesetzliche Vorschrift, die berücksichtigt werden müsste.

Das ist der Kern unseres Dringlichkeitsantrages, über den abzustimmen wäre. Wenn dieser Dringlichkeitsantrag erweitert wird um den Gesichtspunkt,

(Petra Grah [CDU]: Nein, nein, Punkt weg!)

dass die städtebauliche Diskussion in den Stadtentwicklungsausschuss gehört, sollte das nicht Gegenstand einer Abstimmung werden; denn das ist doch eine Selbstverständlichkeit und eine Folge dessen, was wir hier zu beschließen haben.

**Petra Grah [CDU]:** Vielleicht darf ich noch etwas ergänzen,

(Beifall Ralph Sterck [FDP])

Herr Oberbürgermeister. Der Kollege Lemper hat zu Recht auf den Antrag unter Punkt 2.6 hingewiesen. Der steht ohne Ergänzung und unverändert zur Abstimmung, wenn auch erst danach

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Über den hätte ich zuletzt separat abstimmen lassen.

**Petra Grah [CDU]:** Nun wollen wir zu dem Punkt 2.5 kommen, wo es um den Änderungsantrag der FDP und den Dringlichkeitsantrag der Grünen geht. Wenn ich das richtig verstanden habe, sind diese Anträge zusammengeführt worden, weil die drei Punkte inhaltlich fast deckungsgleich sind. Welcher war nun der Originalantrag?

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Unser!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Der Antrag der Grünen ist der erste.

**Petra Grah [CDU]:** Von diesem möchten wir die Punkte 2 und 3 in den Stadtentwicklungsausschuss verweisen.

(Ralph Sterck [FDP]: Das hörte sich aber eben anders an!)

- Ja, der Kollege hatte den Zettel nicht vor Augen. Dem Punkt 1, wo es um die Verlängerung geht, stimmen wir ausdrücklich nicht zu und lehnen ihn ab. Dort heißt es:

1. Der Gestattungsvertrag für den Musical Dome wird bis zum 31.12.2009 verlängert.

Diesen Punkt lehnen CDU und SPD ab und deshalb habe ich eben Einzelabstimmung beantragt.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das können wir machen, aber zunächst lasse ich über die Verlängerungszeit abstimmen.

**Petra Grah [CDU]:** Ja, Einzelabstimmung, das war mein Wunsch.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das ist okay.

Zunächst also zur Abstimmung über die Vertragslaufzeit. Sie wissen, dass ich selbst eine Vorlage gemacht hatte, wonach eine Laufzeit ursprünglich bis 2010 vorgesehen war. Meine Information dazu ist - bis zum heutigen Tage habe ich keine andere -, dass bis Ende 2009 nichts passieren kann. Wir sind zwar alle der Meinung, dass so schnell wie möglich etwas passieren muss. Aber wenn es nun einmal nicht eher möglich ist, dann können wir daran nichts ändern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da wir das schon heute wissen, werde ich mich - damit das klar ist - nicht dagegen stellen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Oberbürgermeister stimmt unserem Antrag zu!)

Jetzt stimmen wir über die Vertragslaufzeit ab. Die Anträge von Grünen und FDP sind sich diesbezüglich einig; das betrifft den Punkt 1. Darüber lasse ich separat abstimmen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ergänzt um das Wort „mindestens“!)

- Das Wort „mindestens“ ist ergänzt.

Ich lasse über diesen Punkt des Antrages zum Thema Vertragslaufzeit abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Ralph Sterck [FDP]: Sie dürfen mitstimmen, Herr Oberbürgermeister!)

- Ich werde mich enthalten, weil ich für 2010 war, wartet doch ab. - Gibt es Gegenstimmen?

-

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber „mindestens 2009“ ist die Teilmenge!)

Gegen die Stimmen von CDU und SPD. Enthaltungen? - Enthaltungen bei Herrn Ludwig und mir, ich enthalte mich.

(Heiterkeit)

Leute, Ihr werdet euch nächstes Jahr wieder darüber unterhalten müssen. Glaubt mir, das Thema kommt.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Da hat er Recht, das stimmt!)

Der Antrag ist abgelehnt.

Es gibt einen Antrag von CDU und SPD, den Punkt 2 und den Punkt 3 der Anträge von Grünen und FDP gemeinsam in den StEA zu verweisen. Ich bin der Meinung, dass das richtig ist. Wer für die Verweisung in den StEA ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind sehr viele. Gegenstimmen? Gibt es nicht. - Enthaltungen? - Enthaltungen gibt es nicht.

Es ist klar, dass die Verwaltung das Thema sofort aufgreifen muss, um das Musical in Köln zu erhalten, denn das ist die Intention.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann brauchen wir den nächsten Antrag gar nicht mehr!)

Jetzt gibt es noch den gemeinsamen Antrag von CDU und SPD - -

(Unruhe - Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen]: Er ist doch überflüssig!)

- Nein, der ist nicht überflüssig. Ihr habt doch gerade gesagt, dass ihr alle einer Meinung seid und zustimmen wollt. Also machen wir das jetzt auch. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? Gegen

die Stimmen von den Grünen. Enthaltungen? - Herr Ludwig enthält sich. Er ist mit deutlicher Mehrheit beschlossen.

Das heißt: Erstens. Die Verwaltung ist beauftragt. Zweitens. Das Thema Breslauer Platz kommt sofort in den StEA. Drittens. Es wird sich des Themas der Beleuchtung angenommen. Viertens. Die Vertragslaufzeit ist offen, es gibt aber Sicherheit bis 2008.

Ich hoffe, dass wir zum letzten Punkt definitive Aussagen bekommen. Mir liegt ein Schreiben der KVB vor, wonach vermutlich bis Ende 2009 nichts gemacht werden. Schlusssatz dort ist: Es kann aber sein, dass es noch länger dauert.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie die Severinstraße!)

Wir haben bis nächstes Jahr Zeit zur Diskussion und dann haben wir auch deutlichere Aussagen zum Fortschritt bei der KVB. Die Betreiber können - das ist mir sehr wichtig - sicher sein, dass wir in Köln auf Dauer Musicals durchführen wollen. Ich mache Sie aber darauf aufmerksam, dass es nicht ausreicht, allein einen Standort auszuweisen; denn Sie brauchen auch einen Investor und einen Betreiber: Das wird das Thema sein, das wir unverzüglich angehen werden. Die Stadt Köln wird kein Musicalhaus bauen, das können wir uns aufgrund der Haushaltslage abschminken. Ich meine, dass darüber Einvernehmen herrscht. So können wir verbleiben. - Danke schön.

Ich rufe auf

### **2.7 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und FDP-Fraktion vom 31. Januar 2005 betreffend Besuchsprogramm ehemaliger Zwangsarbeiter in Kölner Lagern Ds-Nr. 0154/005**

Hier liegen mir folgende Wortmeldungen vor: Frau Dr. Christiansen für die Verwaltung, Herr Sterck und Herr Rouhs.

**Beigeordnete Dr. Ursula Christiansen:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wenn Sie diesen Antrag beschließen sollten, dann bitte ich darum, 50 Prozent des Haushaltsansatzes freizugeben. Denn der erste Besuch ist für April avisiert und der Zweite für September, aber der erste kostet schon die Hälfte der Mittel. Es ist alles vorbereitet, aber

noch sind keine Verpflichtungen eingegangen worden. Doch wenn das Besuchsprogramm durchgeführt werden soll, müssen wir schon jetzt über 50 Prozent der Mittel verfügen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Es gab noch weitere Wortmeldungen. Zunächst Herr Frank als Antragsteller und dann Herr Rouhs, bitte.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir gehören ja zu den Antrag stellenden Fraktionen. Wenn die Dinge aber so sind, wie Frau Christiansen es dargestellt hat, dann haben wir kein Problem damit, es um 50 Prozent zu erhöhen. Wir haben uns eng an die Vorgaben der Gemeindehaushaltsverordnung hinsichtlich der vorläufigen Haushaltsführung gehalten. Aber wenn wir diesen Punkt mit breiter Mehrheit tragen, ist eine Abweichung aufgrund der außergewöhnlichen Situation sicher machbar.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön. - Jetzt Herr Rouhs, bitte.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Fraktion pro Köln wird diesem Antrag nicht zustimmen.

(Jochen Ott [SPD]: Pfui!)

Die Ratsfraktionen halten die Verwaltung alle naselang zum Sparen an. Gespart werden muss natürlich zuvörderst bei den Sachen, die für den städtischen Betrieb nicht unmittelbar sind. Diese Sachen müssen aufrechterhalten werden. Nun ist die Stadtverwaltung kreativ und schaut reihum, wo es vielleicht möglich ist, nicht ganz nötige Sachen einzusparen.

(Dr. Hans-Georg Bögner [SPD]: Das ist aber zwingend nötig!)

Das ist, wie ich finde, der Verwaltung hiermit auch gelungen. Die Kommunalpolitik sollte dann, bitte schön, auch konsequent sein und diesen Sparkurs stützen.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön. Frau Grah, bitte schön.

**Petra Grah** (CDU): Ich schließe mich gerne dem Vorschlag von Jörg Frank von Bündnis 90/Die Grünen an. Wenn die Tatsachen so sind, dass man jetzt eine höhere Mittelfreigabe benötigt, um das Besuchsprogramm durchzuführen, dann macht es keinen Sinn, einen anderen Beschluss zu fassen. Insofern gebietet es die Logik, dem zu folgen. Wir schließen uns dem gerne an.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Wir haben gerade in diesem Jahr einen ganz besonderen Anlass, auf dieses Besuchsprogramm nicht zu verzichten.

(Beifall bei CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich lasse über diesen gemeinsamen Antrag in der durch die Anmerkung von Frau Dr. Christiansen geänderten Fassung, wonach die eine Hälfte der Mittel jetzt schon freizugeben ist, abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist eine große Mehrheit. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von PK. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von Herrn Brennek ist das mit großer Mehrheit so beschlossen.

### 3. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

#### 3.1 Anfrage der PDS-Gruppe vom 13. Januar 2005 betreffend Aktivitäten der Stadt Köln zum Ende des zweiten Weltkrieges nach 60 Jahren Ds-Nr. 0057/005

Die Beantwortung hat das Dezernat VII vorgelegt. Gibt es dazu Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Ich rufe auf:

#### 3.2 Anfrage der Fraktion pro Köln vom 17. Januar 2005 betreffend Absperrungen am Butzweiler Hof Ds-Nr. 0072/005

Gibt es dazu Nachfragen? - Herr Rouhs.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Zunächst einmal: Wir sind nicht „PK“, sondern die Fraktion pro Köln. Ansonsten können wir gerne dazu übergeben, künftig von der „C-Fraktion“ oder von der „G-Fraktion“ zu reden.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das überlasse ich Ihnen.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Sinnvoll wäre es auch, von „dem OB“ zu reden; das wäre eine sinnvolle Abkürzung. Es nützt Ihnen sowieso nichts, Herr Schramma, wenn Sie versuchen, den Namen pro Köln zu unterschlagen. Spätestens 2009 werden Sie ihn in der Stadt so massiv plakatiert sehen, dass Sie ohnehin nicht daran vorbei schauen können.

Ich habe eine Nachfrage an die Verwaltung.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Dafür sind Sie jetzt auch aufgerufen.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Ja, danke schön. So brav bin ich, dass ich mich daran halte.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das würde ich Ihnen auch raten.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Sie sind in der Lage, uns unter Punkt 3 zu sagen, dass das alles Geld kostet. Was hindert die Beantwortung unserer Frage nach der Höhe der Kosten?

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ich darf den Stadtkämmerer bitten, zu antworten, was dagegen spricht - wenn etwas dagegen spricht!

**Stadtkämmerer Peter Michael Soénius:** Dagegen spricht eigentlich nichts. Wir werden das sicher in einem der nächsten Ausschüsse nachtragen können. Aber wegen der Vielzahl der Beteiligten und der Maßnahmen war es bis zu dem heutigen Tage nicht möglich, die genaue Höhe - ich gebe Ihnen ja nicht irgendwelche Zahlen bekannt - zu ermitteln. - Danke.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gehen Sie also davon aus, dass die konkreten Zahlen noch kommen.

Ich rufe auf:

**3.3 Anfrage von Ratsmitglied Herrn Ludwig vom 27. Januar 2005 betreffend Weltjugendtag 2005  
Ds-Nr. 0136/005**

Die Antwort liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Ich rufe auf:

**3.4 Anfrage von Ratsmitglied Herrn Ludwig vom 27. Januar 2005 betreffend „Personelle Situation Grünflächenamt und Friedhöfe“  
Ds-Nr. 0137/005**

Auch hier liegt die Antwort vor. Gibt es dazu Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Nun rufe ich auf:

**3.5 Anfrage von Ratsmitglied Herrn Ludwig vom 27. Januar 2005 betreffend „Kommunale Ausgaben für Hartz IV“  
Ds-Nr. 0138/005**

Das ist eine weitere Anfrage von Herrn Ludwig bezüglich kommunaler Ausgaben für Hartz V:

(Heiterkeit)

- Entschuldigung, das war ein freudscher Fehler. Es ist immer noch Hartz IV, die Antwort gibt aber Dezernat V - mea culpa.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen:  
Hartz V bis X sind in Vorbereitung!)

Die Antwort liegt vor. Gibt es dazu Nachfragen? - Bitte schön, Herr Ludwig.

**Claus Ludwig** (Gemeinsam gegen Sozialraub): Es leuchtet mir ein, dass jetzt noch keine detaillierten Zahlen vorliegen, aber gibt es schon eine Einschätzung? Ich gehe davon aus, dass in Zeiten knapper Kassen Einschätzungen über die kurz- und mittelfristige Bedeutung für den städtischen Haushalt getroffen werden.

Noch ein Hinweis: Herr Schramma, vorhin hatten Sie so schön „GGs“ und „Gemeinsam gegen Sozialraub“ gesagt, jetzt sind wir wieder bei „Herr Ludwig“, bleiben Sie doch bei der

Benennung unseres Wählerbündnisses. - Danke.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ach ja, ich schaue mal. - Frau Bredehorst.

**Beigeordnete Marlis Bredehorst:** Ich muss mich auf die schriftliche Antwort beziehen, weil die Zahlen tatsächlich noch nicht vollends einzuschätzen sind. Ansonsten verweise ich auf den vom Kämmerer vorgelegten Haushalt. Dort sind die anderen Zahlen zu entnehmen.

Die Stadt Köln ist insofern in einer guten Lage, als sie im Gegensatz zu anderen Kommunen in der Arbeitsgemeinschaft den größten Teil des Personals stellt. Da aufgrund des Personalbewirtschaftungskonzepts überzählige Stellen von Mitarbeitern in einem Stellenpool gesammelt wurden, bekommen wir entsprechend Personalkosten erstattet.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön.

### 3.6 Anfrage des Kölner Bürger Bündnisses vom 26. Januar 2005 betreffend Findungskommission Kulturdezernent/in Ds-Nr. 0139/005

Die Antwort wurde vom Dezernat gegeben. Gibt es dazu Nachfragen? - Frau Cromme, bitte.

**Anita Cromme** (Kölner Bürger-Bündnis): Ich habe keine Nachfrage, sondern einen Dank an die Verwaltung, denn die Nachfrage wurde wie üblich juristisch stringent beantwortet. Gleichwohl hält sich meine Begeisterung in Grenzen. Ich werde später zu der Dringlichkeitsentscheidung noch etwas sagen. - Vielen Dank.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Vielen Dank. - Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

## 5. Ortsrecht

### 5.1 Satzungen

und ich rufe auf

#### 5.1.1 Satzung über die Aufhebung von Festsetzungen für ehemalige Wirt-

#### schaftswege im Bereich der heutigen Friedrich-Naumann-Straße in Köln-Porz-Eil Ds-Nr. 1747/004

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

#### 5.1.2 Satzung über die Aufhebung einer durch ein Auseinandersetzungsverfahren begründeten Festsetzung für den Verbindungsweg zwischen der St.-Martin-Straße und der Straße Unterm Berg in Köln-Porz-Zündorf Ds-Nr. 1393/004

Gibt es hier Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Es ist einstimmig so beschlossen.

#### 5.1.3 8. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln Ds-Nr. 1709/004

Gibt es hier Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Es ist einstimmig so beschlossen.

#### 5.1.4 Änderung der Satzung für die Verleihung des Heinrich-Böll-Preises der Stadt Köln Ds-Nr. 1715/004

Gibt es hier Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von PK. Enthaltungen? - Keine. Es ist mit deutlicher Mehrheit so beschlossen.

#### 5.1.5 Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln (Friedhofssatzung) Ds-Nr. 0015/005

#### 5.2.1 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln Ds-Nr. 0014/005

Hierzu gebe ich zunächst folgende Mitteilung: Zu dem aufgerufenen Punkt der Neufassung der Friedhofssatzung - 5.1.5 - hatten der Umweltausschuss und der AVR die Verwaltung um die Klärung offener Fragen im Zusammenhang mit der Bestattung Obdachloser gebeten. Mit heutigem Datum hat die Verwaltung eine Stellungnahme vorgelegt, aus der sich ergibt,

dass mit der Interessengemeinschaft „Bestattung Obdachloser Menschen“ eine Einigung im Sinne der Initiative erzielt werden konnte. Das Schreiben der Initiative liegt Ihnen ebenfalls vor. Wir können jetzt also über diese Vorlage abstimmen.

Zu dem Tagesordnungspunkt 5.2.1 noch ein Hinweis, welcher die Neufassung der Friedhofsgebührensatzung betrifft: Die im Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün vom 20. Januar aufgeworfene Frage hat die Verwaltung beantwortet. Ich verweise auf die heutige Mitteilung zu diesem Tagesordnungspunkt. Nach rechtlicher Überprüfung bestehen daher gegen eine Beschlussfassung über die in der Vorlage genannte Alternative keine rechtlichen Bedenken. Die Berechnung mit einer reduzierten Zuschussquote von 15 Prozent ist daher beschlussfähig. Ich schlage auch hier vor, über die Alternative in der Vorlage abzustimmen.

Es gibt Wortmeldungen dazu: zunächst für die CDU-Fraktion Herr Dr. Paul, dann für die Grünen Frau Dr. Müller, für die FDP Herr Sterck und für die PDS Herr Kellner; anschließend noch Herr Bacher. Bitte schön, Herr Dr. Paul.

**Dr. Michael Paul** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte in der heutigen Debatte nur zwei Punkte ansprechen, die auch in den letzten Wochen im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses standen: Das ist zum einen die Frage der Gebührenerhöhung und zum anderen die Frage der würdigen Bestattung von Obdachlosen in Köln.

Ich darf voranschicken, dass Friedhöfe in Köln eine wichtige Rolle spielen, nicht nur als Stätten des Gedenkens, sondern auch, weil sie als Parks genutzt werden und weil sie Teil unserer langen Kultur sind. Es ist, über die Fraktionen hinweg, unser gemeinsames Ziel, die Struktur unserer Friedhöfe zu erhalten. Das schließt ein, dass wir es in Köln mit einer Vielzahl von Friedhöfen, insbesondere auch Ortsfriedhöfen, zu tun haben. Es sind insgesamt 55 Friedhöfe.

Das kostet etwas, natürlich. Wenn Sie die Vorlage zur Gebührensatzung lesen, dann werden Sie feststellen, dass es nicht ein Problem der Kostenerhöhung ist, welches uns umtreibt - diese beträgt nur 1,8 Prozent -, sondern andere Entwicklungen: zum einen die demographische Entwicklung - wir haben in Köln weniger Bestattungsfälle - und zum anderen ist es die Entwicklung, dass Bestattungen anderenorts vorgenommen werden. Das

sind Entwicklungen, die wir genau beobachten müssen und denen wir durch eine vernünftige Gebührenpolitik entgegenwirken müssen.

Im Hauptvorschlag der Verwaltung zur Gebührensatzung ist eine erhebliche Gebührensteigerung für eine „normale Bestattung“ vorgesehen gewesen - bei einer Sargbestattung im Wahlgrab sind es über 17 Prozent. Eine derartige Gebührensteigerung ist, um es klar zu sagen, mit uns nicht zu machen.

Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass hier eine Haushaltssanierung auf dem Rücken der Hinterbliebenen erfolgt. Aus diesem Grund haben wir auch im Umweltausschuss darauf bestanden, dass wir eine rechtlich und fachlich einwandfreie Herleitung des städtischen Anteils an den Kosten der Friedhöfe, nämlich den Anteil des öffentlichen Grüns, bekommen. Wir haben nun eine Mitteilung der Verwaltung vorgelegt bekommen, in der eine nachvollziehbare Begründung dafür gegeben wird, warum nicht der Hauptvorschlag, sondern der Alternativvorschlag richtig ist. Darum werden wir dem Alternativvorschlag zustimmen. Dies bedeutet zwar eine spürbare Steigerung der Gebühren, aber wir halten sie in dem Maß für vertretbar. Allerdings werden wir auch in Zukunft den Gebührenanteil des öffentlichen Grüns sehr aufmerksam beobachten.

Zum zweiten Punkt, der Frage der Obdachlosenbestattung: Wir sind uns doch in Köln darüber einig, dass es nicht zu einer Frage des Geldes werden darf, welche Art der Bestattung die Hinterbliebenen wählen. Ethische und religiöse Gründe sollen den Ausschlag geben. Es darf nicht der Geldbeutel entscheidend sein, ob eine Sarg- oder Urnenbestattung von den Hinterbliebenen bevorzugt wird.

Aus diesem Grund war es vollkommen richtig, dass wir vor drei Jahren eine grundsätzliche Gebührenstrukturreform durchgeführt haben, welche mehr auf die Fallzahlen anstatt auf die Fläche abhob. Damit haben wir den Trend, der von der Sargbestattung zur Urnenbestattung ging, gestoppt. Diese Gebührenordnung hat mittlerweile sogar überregional als „Kölner Modell“ Anerkennung gefunden. Diese Gebührenstruktur ist richtig.

Richtig ist auch, dass wir im Rahmen der Friedhofsatzung eine Anpassung an das System vornehmen, wonach wir nur zwei anstatt sechs Urnen pro Grabstätte zulassen. Dass wir dadurch möglicherweise in einen Konflikt gekommen sind, der mit dem Thema

der würdigen Bestattung Obdachloser in Köln zusammenhängt, haben wir erkannt. Wir sind froh darüber, dass wir das Ziel setzen konnten - und einen entsprechenden Auftrag an die Verwaltung formuliert haben -, gemeinsam mit der Obdachloseninitiative ein Konzept zu erarbeiten, sodass auch in Zukunft das ermöglicht wird, was wir wollen: Wir wollen, dass auch obdachlosen Menschen in Köln eine würdige Bestattung zuteil wird.

Ich bin dankbar, dass es der Verwaltung gemeinsam mit der Obdachloseninitiative in kurzer Zeit gelungen ist, ein Konzept zu erarbeiten, dass das sinnvolle bürgerschaftliche Engagement dieser Initiative nicht nur erhält, sondern stärkt. Wir werden als CDU-Fraktion beiden Satzungen zustimmen - der Gebührensatzung in der Alternativform.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Dr. Paul. - Es spricht nun für die SPD Herr Bacher, bitte.

**Götz Bacher (SPD):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Obwohl im Fachausschuss intensiv sowohl über die Neufassung der Friedhofssatzung als auch über die Gebührensatzung, dessen exorbitante Gebührensteigerung betroffen macht, diskutiert wurde - im Umweltausschuss haben wir zwei Stunden diskutiert -, möchte ich einige Anmerkungen zu den beiden Vorlagen machen:

Die SPD-Fraktion trägt die von der Verwaltung gemachten Vorschläge zur Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage mit. Sie enthält zum einen redaktionelle Anpassungen und zusätzliche Angebote - wie die anonyme Urnenbestattung an einem Baum auf dem Waldfriedhof in Brück oder eine Regelung für die sarglose Grablegung - und zum anderen die gebührenrechtlich notwendige Korrektur zur Urnenbestattung. Diese Satzungsanpassung hatte sowohl beim Katholikenausschuss, wie Kollege Paul schon gesagt hat, als auch bei der direkt Betroffenen Obdachloseninitiative aus dem Severinsviertel große Unruhe und Sorge hervorgerufen, weil man das Aus für die Obdachlosengrabstätten befürchtete.

Gott sei Dank konnten aber die Ängste und Irritationen der Initiative und ihrer Unterstützer zu unser aller Zufriedenheit beseitigt werden. Die Fachverwaltung hat den Auftrag aus dem gemeinsamen Antrag von CDU- und SPD-Fraktion in sehr kurzer Zeit mit viel Kreativität umgesetzt und ein mit der Initiative abgestimmtes Konzept entwickelt, das sowohl satzungsrechtlich einwandfrei ist, als auch der Initiative Vorteile bringt.

Mit der Gebührensatzung haben wir uns allerdings wesentlich schwerer getan; denn auch der Alternativvorschlag birgt noch die erschreckende Erhöhung von 11,33 Prozent auf in der Spitze 23,26 Prozent. Um es einmal in Euro auszudrücken: Das bedeutet für die Hinterbliebenen eine Mehrbelastung von bis zu 425 Euro. Dies erfüllt uns nach wie vor mit großer Sorge. Gebührensteigerungen in dieser Höhe lassen die Bestattungskosten Dimensionen erreichen, die für manchen - erst recht nach der Streichung der Sterbehilfe - kaum noch bezahlbar sind.

Die Folge: Immer mehr suchen nach Alternativen und flüchten in würdelose Discount-Bestattungen, wie sie zum Beispiel in Holland angeboten werden - mit der Folge, dass die Bestattungszahlen in Köln weiter zurückgehen, womit die nächste Gebührenerhöhung vorprogrammiert ist.

Die Gebührenspirale dreht sich immer schneller. Schon jetzt klafft die Schere zwischen Sterbefällen und Bestattungsfällen in Köln bedenklich auseinander. Aktuelle Zahlen weisen gerade einmal einen Bestattungsanteil von circa 85 Prozent aus. Dies sind erste Signale für einen jetzt schon vorhandenen Leichen- bzw. Bestattungstourismus. Für uns ist - schon aus den vorgenannten Gründen - nur der Alternativvorschlag zu beschließen. Dieser bringt aufgrund der Gebührensystematik, der rückläufigen Fallzahlen und trotz nur geringfügig gestiegener Leistungskosten eine erschreckende Erhöhung für die Nutzungsberechtigten mit sich. Dass die willkürliche Reduzierung des öffentlichen Grünanteils im Hauptvorschlag rechtlich fragwürdig ist, kommt für uns daher nur noch als verstärkendes Argument hinzu. Der Hauptvorschlag kommt für uns in keinem Fall infrage.

Es entlastet zwar den Haushalt, den öffentlichen Grünanteil als Variable zu benutzen, aber es belastet die wenigen Nutzungsberechtigten über Gebühr. Der öffentliche Grünanteil ist eine feste Größe, die auch einer gerichtlichen Ü-



berprüfung standhalten muss. Ich bin mir sicher, dass wir mit der stufenweisen Reduzierung in den letzten Jahren von, wenn ich nicht täusche, 30 Prozent auf nun 15 Prozent die Grenze erreicht, wenn nicht sogar überschritten haben. Offenbar sehen das die städtischen Juristen nach Überprüfung nun ebenso.

Ein weiterer Leistungskostenpunkt stößt uns bitter auf, der in dieser Vorlage nicht explizit ausgewiesen ist, und zwar betrifft dieser die Mieten, die an die Gebäudewirtschaft zu zahlen sind: 1,2 Millionen Euro Miete muss für größtenteils marode, geradezu heruntergekommene Trauerhallen und Arbeiterunterkünfte gezahlt werden; dies sind immerhin 5 Prozent der gesamten Leistungskosten von 24 Millionen Euro und ist damit in erheblichem Maße gebührenrelevant. Offenbar berechnet man die Mieten auch bei desolaten Immobilien nach einem Wiederbeschaffungswert, als handele es sich bei Friedhöfen um hochwertiges Bauland in bester Innenstadtlage. Das scheint uns nicht korrekt, weil es einseitig zulasten der Gebührenzahler geht. Darauf werden wir bei Gelegenheit zurückkommen müssen.

(Beifall Jörg Detjen [PDS])

Es sind zwei Vorlagen, Herr Oberbürgermeister, daher dauert es ein bisschen länger.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ach so, du meinst, dass du dann doppelt reden könntest.

**Götz Bacher (SPD):** Genau, ich dürfte eigentlich doppelt so lange reden - will ich aber nicht und da Sie mich auffordern, sind es genug der Worte.

Wir werden, wie erwähnt, der Neufassung der Satzung für Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln sowie, trotz einiger Bauchschmerzen, der Friedhofsgebührensatzung - hier allerdings dem Alternativvorschlag - zustimmen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Siehst du, es klappt doch.

(Heiterkeit - Götz Bacher [SPD]: Der Oberbürgermeister muss mich nur bitten und schon höre ich!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herzlichen Dank, Herr Bacher. - Frau Dr. Müller, bitte.

**Dr. Sabine Müller (Bündnis 90/Die Grünen):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir sind uns sicher einig, dass wir die vielen Friedhöfe in Köln mit ihren wichtigen städtebaulichen, kulturellen, sozialen, klimatischen, gesellschaftlichen, ökologischen und der Erholung dienenden Funktionen erhalten wollen. Das sollte uns auch etwas wert sein und es hat seinen Preis, den wir bezahlen müssen. Wir behaupten, dass die Friedhofsgebühren bisher nicht kostendeckend waren. Aber die Stadt kann die Friedhofsgebühren nicht mehr subventionieren.

In der lokalen Presse wurde vergangene Woche von einem Finanztrick gesprochen. Gemeint war damit die Absenkung der Mittel aus dem städtischen Haushalt für allgemeine Grünpflege von ursprünglich 2,1 Millionen Euro um 1 Million Euro auf nunmehr 1,1 Millionen Euro im Rahmen der notwendigen Haushaltskonsolidierung.

Es handelt sich in der Tat um eine willkürliche Prozentzahl des Pflegekostenbeitrags für das öffentliche Grün. Aber auch vorher waren es willkürliche Prozentzahlen. Oder wie erklären sich die bisher veranschlagten 15 Prozent bzw. die früher erhobenen 20 Prozent oder 30 Prozent? In der Verwaltungsvorlage, die uns heute als Tischvorlage vorliegt, heißt es im letzten Absatz -ich zitiere wörtlich -:

Eine erste Überprüfung der Bestandsaufnahme des vorhandenen öffentlichen Grüns lässt erwarten, dass aufgrund der Fortschreibung eine nachvollziehbare Berechnung zu einem auf 15 Prozent reduzierten Grünanteil erstellt werden kann.

Daraus könnte man schließen: Wenn man das ein zweites Mal richtig überprüfen würde, ließe sich feststellen, dass es nicht 15 Prozent, sondern weniger Prozente sind, die letztlich aus den Gebühren herausgenommen werden.

(Beifall Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Wir bezweifeln, dass diese 20 Prozent der Friedhofsflächen dem allgemeinen Grün zugeschlagen werden müssen. Nach den Empfehlungen zu so genannten Grünwertberechnungen der Gartenamtsleiter beim Deutschen Städtetag sind nur wenige Anlagen nicht gebührenrelevant, Seen etwa gehören dazu.

Ich vermute, dass vieles in diese 20 Prozent eingerechnet wurde, was nicht einrechenbar ist und alles hereingenommen wurde, was nicht Grabfläche ist. Möglicherweise sind diese 7,8 Prozent, die in dem Hauptvorschlag genannt werden, näher am tatsächlich nicht gebührenrelevanten Flächenanteil als die bisher vermuteten 20 Prozent und sogar näher als die nun berechneten 15 Prozent.

Wer aufgrund der angeführten Rechtsunsicherheiten für den Alternativvorschlag plädiert, der soll bitte auch so ehrlich sein und uns öffentlich mitteilen, wo die bereits verplante Million, die dem Gebührengesamten nicht zugemutet werden soll, anderweitig eingespart werden kann. Es ist immer einfacher, Schulden zu machen und nachfolgende Generationen zu belasten, als Gebühren und Steuern zu erhöhen.

Wir schließen Jugendzentren, sparen unsere Schulen kaputt, die soziale Infrastruktur wird Ehrenamtlichen überlassen und wir lassen die Brunnen, die Plätze und die gesamte verkehrliche Infrastruktur vergammeln. Hier können Sie die Million nicht einsparen; denn in Köln müssen die Parks und die öffentlichen Grünflächen mehr und nicht noch weniger gepflegt werden. Darum bitte ich Sie, offen zu sagen, woher diese Million kommen soll. In finanziell besseren Zeiten haben wir die Friedhofsgebühren über den allgemeinen Haushalt subventioniert. Jetzt können wir uns das nicht mehr leisten.

Deshalb stimmen wir für den Hauptvorschlag der Verwaltung, weil wir die damit verbundenen Gebührenrechtlichen Risiken für überschaubar halten.

(Johannes-Werner Hamm [CDU]:  
Grün gegen Grün!)

Unabhängig davon empfehlen wir dringend, den zukünftigen Flächenbedarf für Kölner Friedhöfe neu zu berechnen. In Großstädten wie Berlin und Dresden werden dafür 2,5 Quadratmeter pro Einwohner angesetzt. Da auch in Köln immer weniger Erdbestattungen erfolgen, muss über den verringerten Flächenbedarf diskutiert werden,

(Johannes-Werner Hamm [CDU]:  
Grünflächen!)

wenn wir die Gebühren in Zukunft stabil halten wollen. Das muss nicht unbedingt zur Schließung von Friedhöfen führen. Es führt aber möglicherweise zu einer Verringerung oder Umwidmung der bisherigen Vorhalteflächen und damit zu einer Kostenreduzierung.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herzlichen Dank, Frau Dr. Müller. - Ich darf für die FDP Herrn Sterck bitten.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/  
Die Grünen]: Der Friedhofspolitische  
Sprecher der FDP!)

**Ralph Sterck (FDP):** Verehrte Frau Kollegin Moritz, ich bin nicht Friedhofspolitiker, Sprecher meiner Fraktion; aber es ist ja das reizvolle an der Kommunalpolitik, dass man sich von der Babyklappe bis zur Friedhofssatzung mit den Themen beschäftigen muss. Und die letzte Friedhofssatzung war eines der ersten Themen, mit denen ich mich nach der Kommunalwahl 1999 beschäftigt habe. Ich glaube, dass wir gemeinsam mit der Verwaltung damals gute Ansätze gebracht haben. Ich denke nur an die Einführung des pflegefreien Urnengrabes, das die Situation sicherlich verbessert hat.

Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich komme nun auf die Ausführungen meines Kollegen Bacher zu sprechen: Wenn Sie nicht das Ja an den Anfang Ihrer Rede gestellt hätten, dann hätte man denken können, das sei die Rede eines Oppositionspolitikers. Wörter wie „Gebührensphäre“ und „Leichtentourismus“ hätte man eher vonseiten der Grünen oder der FDP erwartet.

(Martin Börschel [SPD]: Wir übernehmen Ihre Aufgaben gleich mit, Herr Sterck!)

Das Positive, das sich im Zuge der Debatte herausgestellt hat, kann man durchaus anerkennen. Dazu gehört die Lösung für eine würdevolle Bestattung von Obdachlosen genauso wie die Tatsache, dass der Grünanteil bei 15 Prozent belassen wird. Und, Frau Müller, an

dieser Stelle wundere ich mich ein bisschen über die Argumentation der Grünen: Sie sagen, der Grünanteil, der bei der Friedhofsgebühr eingerechnet wird, sei eine Art Subvention. Entweder müssen wir uns über die Definition des Begriffes „Subvention“ unterhalten oder Sie haben das falsche Wort benutzt. Es kann doch nicht sein, dass die Grünen der Meinung sind, man müsse Melaten asphaltieren, nur damit man keinen Grünanteil mehr hat, den man in die Gebühren einrechnen muss. Es ist gut, dass unsere Friedhöfe grün sind. Wie man Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern entnehmen kann, nutzen viele das Grün für Spaziergänge. Zudem ist das Grün für das Stadtklima wichtig, gerade bei innerstädtischen Friedhöfen wie Melaten.

Meine Kolleginnen und Kollegen von CDU und SPD, Lösungen, um aus der „Gebührenspirale“, wie Kollege Bacher es dargestellt hat, herauszukommen, bringen Sie heute nicht. Wenn Sie wollen, dass wir einer solchen Vorlage zustimmen, dann erwarte ich von der Mehrheit im Rat Lösungen.

(Martin Börschel [SPD]: Herr Sterck, Sie haben das doch mit vermurkst, was fällt Ihnen denn ein?)

- Herr Börschel, Sie krakeelen dazwischen, aber denken Sie nur daran, dass Sie die Zuteilung für ein Urnengrab von vorher sechs Urnen auf jetzt zwei ändern. Damit verdreifachen Sie die Kosten per Friedhofsgebührensatzung, damit drehen Sie die Spirale noch weiter. Nächstes oder übernächstes Jahr wird der arme Herr Bacher hier wieder stehen und weitere Gebührenerhöhungen begründen müssen.

(Beifall Ulrich Breite [FDP])

Es kann nicht sein, dass wir einen Beschluss nach dem Motto „Augen zu und durch“ fassen und schauen, wie sich so etwas am Ende auswirkt.

(Martin Börschel [SPD]: Augen zu und dagegen!)

Wenn Herr Bacher schon davon spricht, dass es so etwas wie „Leichtentourismus“ gibt, dann scheint der Markt zu funktionieren, und hierauf muss die Stadt Köln reagieren. Diese Gebührensatzung und diese Friedhofssatzung sind die falsche Reaktion auf die Umstände, die wir in Köln feststellen. Deswegen werden wir vonseiten der FDP weder der Vorlage noch der Gebührensatzung zustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP - Martin Börschel [SPD]: Sie stellen sich aus der Verantwortung, Herr Sterck!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Sterck. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Kellner, bitte.

**Michael Kellner (PDS):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die PDS/Offene Liste wird der Neufassung der Satzung und der Gebührensatzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln nicht zustimmen.

Ich möchte nur zu einem Punkt der Satzung Stellung nehmen. Es geht um den § 17 Abs. 2. der Satzung: Auf der einen Seite begrüßen wir die Tatsache, dass die Verwaltung das Gespräch mit der Interessengemeinschaft „Bestattung Obdachloser Menschen“ gesucht und einen Kompromiss gefunden hat, damit die Obdachlosen ihre Angehörigen zunächst auch weiterhin würdig bestatten können.

Ich sage bewusst „zunächst“: Herr Bacher, Sie haben sogar von Vorteilen für die Interessengemeinschaft gesprochen. Auf der anderen Seite wissen alle Beteiligten genau, dass diese Einigung auf wackligen Füßen steht. Sie ist nicht in der Friedhofssatzung verankert und soweit mir bekannt ist, gibt es keinen schriftlichen Vertrag, erst recht nicht über einen längeren Zeitraum. Damit ist die Einigung abhängig von der Haushaltssituation der Stadt. Die Streichliste des Kämmers zeigt, wie schnell sich Positionen innerhalb eines Jahres verändern können.

Uns ist es unverständlich, warum eine christlich-soziale Koalition nicht in der Lage ist, einen Paragraphen in der Friedhofssatzung zu belassen, der den Obdachlosen nachhaltig und auch formal eine würdige Grabstätte sichert. Eine mündliche Einigung zwischen der Stadt und der Interessengemeinschaft ist für uns und sicher auch für die Obdachlosen keine gute Grundlage für einen tragfähigen Kompromiss.

Danke.

(Beifall Jörg Detjen [PDS])

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Kellner. - Darf ich fragen, ob es weitere Wortmeldungen gibt? - Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung.

Zunächst zur Vorlage 5.1.5: Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen von CDU, SPD, Grünen und meine Stimme. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von PDS, PK, FDP und Herrn Ludwig. Enthaltungen? - Enthaltungen gibt es beim Bürger-Bündnis. Somit ist es mit Mehrheit beschlossen.

Dann zur Vorlage 5.2.1, und zwar in der Beschlussalternative: Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen von CDU, SPD und mir. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen vom Rest.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: „Rest“ klingt so despektierlich!)

- Das sind immer noch sieben Namen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Übrigen!)

- Gegen die übrigen Mitglieder des Rates, ja, das ist gut.

Enthaltungen? - Es gibt Enthaltungen beim Bürger-Bündnis. Damit ist es mit Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe auf:

#### **5.1.6 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln Ds-Nr. 1408/004**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion vom 26. Januar 2005  
Ds-Nr. 0141/005**

Gibt es dazu Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall. Ich lasse über 5.1.6 abstimmen, vom 10. November d.h. über die Vorlage in der Fassung des Ratsbeschlusses vom 25.11. mit der Änderung gemäß der Empfehlung des Sozialausschusses und der Ergänzung gemäß dem Änderungsantrag von CDU und SPD. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen von CDU, SPD, Grünen, FDP, PDS und mir. Gegenstimmen? - Gegen PK. Enthaltungen? - Es enthalten sich das Bürger-Bündnis und Herr Ludwig. Es ist so beschlossen.

Ich rufe nun auf

#### **5.1.7 Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln Ds-Nr. 1310/004**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Es gibt eine Wortmeldung von Herrn Detjen und eine von Frau May.

(Regina Wilden [pro Köln]: Frau Wolter hat sich gemeldet, Fraktionen haben den Vorrang vor Gruppen, Herr Oberbürgermeister!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Entschuldigung. Das habe ich nicht gesehen. Herr Detjen können Sie sich noch einen Moment gedulden?

(Jörg Detjen [PDS]: Ungern! - Heiterkeit)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Man muss so manches mitmachen, nicht? Lassen Sie es uns der Ordnung halber so machen.

(Zuruf von der FDP, zu Jörg Detjen [PDS] gewandt: Sie können auch dort oben bei den Beigeordneten Platz nehmen! Auf dem Stuhl von Winkelhog, ausnahmsweise!)

Frau Wolter, ich habe Ihre Wortmeldung nicht gesehen, das war keine Absicht.

**Judith Wolter** (pro Köln): Sie hätten uns vielleicht doch besser in die erste Reihe setzen sollen.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Soweit wollen wir es nicht kommen lassen.

(Heiterkeit)

**Judith Wolter** (pro Köln): Ich meine nur: damit Sie uns nicht mehr übersehen!

Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion wird der Änderung der Geschäftsordnung nicht zustimmen. Die Änderung des § 1 ist sogar laut Stellungnahme der Verwaltung überflüssig. Es ist angeblich nicht

geplant, die Einberufungspraxis von einer Sitzung pro Monat zu ändern. Folglich bräuchte die entsprechende Vorschrift auch nicht geändert zu werden - es sei denn, es wäre doch eine Änderung der bisherigen Praxis geplant.

Dass es ist in einer Großstadt wie Köln nicht ausreicht, wenn der Rat nur alle zwei Monate tagt, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Eine dramatische Zunahme von Dringlichkeitsentscheidungen wäre die Folge, sodass eine sachgerechte Behandlung der Themen kaum mehr möglich wäre.

Die übrigen Änderungen verletzen den verfassungsrechtlich garantierten Minderheitenschutz. Jede Fraktion könnte nur noch zwei Anfragen anstatt wie bisher drei pro Ratssitzung stellen. Berücksichtigt man, dass der Rat in Zukunft möglicherweise nur noch halb so oft tagt wie bisher, so ergibt sich eine ganz erhebliche Beschneidung des Rechtes, Anfragen zu stellen. Bisher ergab sich die Möglichkeit - bei zwölf Sitzungen im Jahr mit je drei Anfragen - von 36 Anfragen pro Jahr und Fraktion. Bei sechs Ratssitzungen pro Jahr und zwei Anfragen ergibt sich nur noch ein Recht auf insgesamt zwölf Anfragen pro Jahr.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist für Sie auch noch zu viel!)

Entscheidend ist vor allem, dass über Ausnahmen von dieser Regelung des Rates die Mehrheit des Rates entscheidet. Die Mehrheitsfraktionen können sich selbst jederzeit mehr Anfragen genehmigen, während die kleinen Fraktionen diese Möglichkeit nicht haben.

Gleiches gilt für die Verkürzung der Redezeit: Dies hat mit demokratischen Grundprinzipien nicht mehr viel zu tun und hebelt den Schutz von Minderheitsmeinungen aus.

Es ist offensichtlich, dass diese Änderungen hauptsächlich zur Diskriminierung meiner Oppositionsfraktion geplant sind. Sie mögen ein gebrochenes Verhältnis zum Minderheitenschutz haben. Sie wollen lieber ungestört und unkontrolliert zulasten der Bürger klüngeln. Pro Köln wird jedoch nicht zulassen, dass Sie elementare parlamentarische Minderheitsschutzrechte außerkraftsetzen und damit den Rat und Teile des Rates entmündigen.

Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Detjen, jetzt sind Sie dran.

**Jörg Detjen (PDS):** Meine Damen und Herren! Ich wollte Sie auf eine Tautologie

(Zurufe von der FDP: Oh!)

in dem Punkt 4 - Anfragen - aufmerksam machen. Dort steht:

(3) Für jede Ratssitzung können pro Fraktion oder einzelem Ratsmitglied nicht mehr als zwei Anfragen mit jeweils höchstens fünf Unterfragen gestellt werden. Über Ausnahmen von dieser Regelung entscheidet der Rat.

Das Kölner Bürger-Bündnis und die PDS sind keine Fraktionen, also sind wir automatisch Einzelmandatsträger.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Gruppen!)

- Entschuldigung, Frau Moritz, wenn Sie uns als Gruppe titulieren wollen, dann müssen Sie diese Vorschrift ändern und den Begriff der „Gruppe“ einführen. Das wäre uns sehr recht. Aber in unserem Fall findet die Einzelmandatsregelung Anwendung. Und wenn wir zu dritt sind, können wir - drei mal zwei - sechs Anfragen pro Ratssitzung stellen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir freuen uns schon!)

Ich wollte das ansprechen, weil es in sich ungeschlüssig ist. Insofern ist mein Vorschlag für pro Köln: Lösen Sie sich als Fraktion auf und dann können Sie auch mehr Anfragen stellen. Das wäre für alle Beteiligten von Vorteil.

(Lachen und Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Detjen, ich muss Sie trotzdem ein bisschen korrigieren, denn es ist nicht tautologisch.

(Zuruf von der FDP: Das ist doch jetzt überhaupt nicht Thema!)

- Na, wenn er schon damit kommt.

Wenn Sie auf den Gruppenstatus bestehen, haben Sie in gewissen Dingen Vorteile und in anderen Nachteile. Es ist eine Frage der Ab-

wägung. Sie können sich nicht immer die Vorteile herausuchen, Sie müssen sich konsequent entweder so oder so entscheiden. Insofern handelt es sich nicht um eine Tautologie. Sicher bringt Ihr Status in gewisser Weise hier einen Vorteil - dies haben Sie erkannt -, aber auf der anderen Seite ist er, auch schon einmal nachteilig. Vielen Dank für den Beitrag.

Frau May hatte sich noch gemeldet.

**Petra May** (Kölner Bürger-Bündnis): Klassische Tautologie ist: Kräht der Hahn auf dem Mist, ändert sich das Wetter oder es bleibt, wie es ist. Also: Haben wir alle etwas gelernt!

(Jochen Ott [SPD]: Das ist ja fast wie auf der Arbeit hier! - Heiterkeit)

Da könnte man fragen: Arbeiten auch Lehrer? - Diese Frage wäre dann rhetorisch. Aber das mache ich besser nicht, weil es schlecht für mich wäre.

Über die Tautologie sind wir direkt bei der Geschäftsordnung. Damit es nicht zu einer solchen wird, möchte ich mich auf Folgendes beschränken:

Zunächst zur Einberufung des Rates: Herr Lemper wird mir sicherlich zustimmen,

(Martin Börschel [SPD]: Das würde Herr Lemper nie machen!)

wenn ich sage, dass ein Rat, der sich selbst in der Möglichkeit beschränkt, zu Sitzungen einzuberufen, Gefahr läuft, sich nicht nur heimlich, sondern öffentlich selbst zu entmachten. Das Recht des Parlaments zu tagen ist immanent. Wenn ich dieses Recht beschneide, dann beschneide ich das Recht des Parlaments an sich. Der Herr Oberbürgermeister wird mir zustimmen können, vor allem wenn man das Wort für Parlament aus dem Italienischen oder Lateinischen ableitet.

Wir vom Bürger-Bündnis möchten nicht, dass der Rat weniger häufig tagt, sondern sind für die bisherige Regelung. Die Einberufungspraxis alter Fassung vermeidet, dass es zu einer Inflation von Dringlichkeitsentscheidungen kommt, was große Gefahren in sich bergen würde.

Gleiches gilt für den § 4 - aus ihm wurde eben schon zitiert -, der sich auf die Zahl der Anfragen und der Beantwortung bezieht. Auch diesen Paragraphen halten wir für wichtig - ich

führe das jetzt nicht mehr aus - und wollen ihn beibehalten.

Ganz wichtig ist § 26 - er wurde noch nicht angesprochen -, das Abstimmungsverhalten bei bestimmten Anträgen betreffend. Die Anträge zum Musical Dome haben gezeigt, wie wichtig es ist, dass die Möglichkeit besteht, dass über einzelne Punkte in Anträgen abgestimmt werden kann.

(Zuruf: Das bleibt aber so!)

- Bleibt das so? Dazu habe ich keine neue Vorlage bekommen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Es ist Beschluss des Rates, dass über einzelne Punkte auch wieder getrennt abgestimmt werden kann.

**Petra May** (Kölner Bürger-Bündnis): Zunächst war ein Änderung vorgesehen. Wir haben keine weiteren Unterlagen bekommen, aus denen hervorgeht, dass das wieder vom Tisch ist.

Ich möchte mich noch auf § 39 beziehen - Herr Becker wird jetzt blättern -, aus dem sich ein Informationsrecht der Fraktionen ableitet. Das möchten wir aus Gründen der Gleichstellung ändern in „Information für Einzelmandatsträger, Gruppen und Fraktionen“.

Wir möchten, dass über §§ 1, 4 und 14 in alter Fassung sowie über § 39 in ergänzter Fassung abgestimmt wird. Damit der Oberbürgermeister dem folgen kann, habe ich unsere Vorschläge schriftlich zusammengestellt. Ich überreiche Ihnen das gleich; vorher habe ich es leider nicht geschafft.

Ich hoffe, dass die Herren und Damen aus den Koalitionsfraktionen mitbekommen haben, was ich gesagt habe; denn Demokratie besteht nicht nur im Reden, sondern auch im Zuhören. Erst dann weiß man, wo man zustimmen soll und wo nicht.

(Beifall Anita Cromme [Kölner Bürger-Bündnis] - Martin Börschel [SPD]: Jedes Wort haben wir aufgesogen!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau May. - Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag des KBB abstimmen,

der zum Ziel hat, einige der Paragraphen unverändert zu lassen - ich nenne sie noch einmal -: § 1 Abs. 1, Einberufung des Rates, § 4 Abs. 3, Anfragen, und § 14 Abs. 2, Beantwortung von Anfragen. Darüber hinaus soll der § 39 Abs. 1 Satz 1, Informationsrecht der Fraktionen, dahin gehend geändert werden, dass dort von „Einzelmandatsträgern, Gruppen und Fraktionen“ die Rede ist.

Über diesen Änderungsantrag des Kölner Bürger-Bündnisses stimmen wir jetzt also ab. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind das Kölner Bürger-Bündnis, die PDS, PK. Gegenstimmen? - Gegen CDU, SPD, Grüne, FDP und meine Stimme. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so abgelehnt.

Jetzt stimmen wir über die Änderung der Geschäftsordnung, Anlage 5, mit den Ergänzungen gemäß den Änderungsanträgen von CDU und SPD ab. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind CDU, SPD, Grüne, PDS, FDP und meine Stimme. Gegenstimmen? - Gegen PK und Kölner Bürger-Bündnis. - Enthaltungen? Gibt es keine. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe auf:

**5.1.8 Änderung der Zuständigkeitsordnung  
Ds-Nr. 1367/004  
Änderungsantrag der CDU-Fraktion  
und SPD-Fraktion vom 26. Januar  
2005  
Ds-Nr. 0143/005**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Frank, bitte.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Ich möchte nur darauf hinweisen, dass die heute Vormittag eingereichten Änderungsvorschläge der Verwaltung zur Zuständigkeitsordnung in Anlage 6 zur Ds. 1367/004 nicht Gegenstand der Abstimmungen sind, sondern nur der Text, der durch Ergänzungsantrag von SPD und CDU vorgelegt wurde. Dem schließen wir uns an.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ja, so hätten wir das auch formuliert; das ist exklusiv, darauf kommen wir zurück.

Es sieht so aus, als gebe es keine weiteren Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber ab-

stimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - CDU, SPD, Grüne, FDP, PDS, pro Köln, Kölner Bürger-Bündnis und meine Stimme. Gegenstimmen? - Gibt es keine. Enthaltungen? - Herr Breninek. Damit ist so beschlossen.

Dann kommen wir jetzt zu:

**5.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen  
5.3.1 Erlass einer Rechtsverordnung nach  
§ 14 Ladenschlussgesetz für die Genehmigung von Sonderöffnungszeiten für Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen anlässlich besonderer Veranstaltungen  
Ds-Nr. 0001/005**

Hierzu gibt es eine Wortmeldung.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Die Vorlage ist im Wirtschaftsausschuss behandelt worden - ohne Votum - und wurde dann in den AVR verwiesen. Die Fragen, die im Ausschuss gestellt wurden, sind zwar bis heute beantwortet worden, aber nicht vorhanden sind bis auf eine Ausnahme - die Ausnahme ist das Beschlussprotokoll der BV 3 - die Voten der einzelnen Bezirksvertretungen. Deren Vorstellungen liegen hier nicht vor. Diese müsste man aber kennen, wenn man sich damit befassen muss. Nach meiner Kenntnis fehlen Rodenkirchen, Nippes, Chorweiler, Porz und Kalk. Sofern die Bezirksvertretungen getagt haben, müsste die Verwaltung sagen können, wie der Stand der Dinge ist. Darum würde ich bitten.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ich lese Ihnen einmal die Voten der Bezirksvertretungen vor, die Ihnen noch nicht vorlagen:

- Rodenkirchen: einstimmig
- Chorweiler: einstimmig, bei Enthaltung der PDS;
- Kalk: einstimmig;
- Porz: beschlossen gegen die Stimme der PDS, bei einer Enthaltung aus den Reihen der Grünen;
- Nippes: beschlossen gegen die Stimme der PDS.

Beschließen wollen wir hier über Anlage 3, also BV Lindenthal.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Was Sie jetzt mündlich vorgetragen  
haben, kommt ja zu Protokoll, oder?

- Sicher, das wird so im Protokoll erscheinen.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht  
der Fall. Dann können wir abstimmen. Gibt es  
Gegenstimmen? - Gegen PK. Enthaltungen? -  
Gibt es keine. Somit ist das mit deutlicher  
Mehrheit beschlossen.

Ich rufe auf:

**6. Unterrichtung des Rates gemäß § 82  
Abs. 1 und § 84 Abs. 1 GO NRW über  
die vom Kämmerer genehmigten Mehr-  
ausgaben und Verpflichtungsermächtig-  
ungen für das Haushaltsjahr 2004  
Ds-Nr. 0110/005**

Gibt es Wortmeldungen zu Punkt 6? - Das ist  
nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltun-  
gen? Das ist einstimmig zur Kenntnis genom-  
men.

Punkt 7 wurde zurückgezogen.

Damit kommen wir zu:

**8. Außerplanmäßige Ausgaben  
8.1 Ausgaben für Leistungen, Siche-  
rungsmaßnahmen und Beschaffungen  
in Verbindung mit den Rheinhochwas-  
sern in vergangenen Jahren  
Ds-Nr. 0109/005**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht  
der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? -  
Einstimmig beschlossen.

Wir kommen zu:

**9. Allgemeine Vorlagen  
9.1 Mitgliedschaft der Stadt Köln im Verein  
Kölner Sportgeschichte e. V.  
Ds-Nr. 1670/004**

Dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.  
Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig  
beschlossen.

**9.4. Übertragung der Trägerschaft für die  
Begegnungsstätte Engelshof an den  
Bürgerzentrum Engelshof e. V.  
Ds-Nr. 0017/005**

Hier ist vorgesehen: Beschluss wie im Sozial-  
ausschuss vom 13.1.2005.

(Walter Kluth [SPD]: Hierzu gibt es ei-  
ne Änderung der Bezirksvertretung  
Porz, die wir übernehmen wollten! -  
Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grü-  
nen]: Ja, stimmt! Wollen wir auch!)

- Ich habe ja aufgerufen: wie Sozialausschuss.

(Walter Kluth [SPD]: Nach meiner In-  
formation ist das danach gewesen!)

- Ist mir nicht bekannt. Das betrifft Anlage 3.  
Wenn das so beschlossen ist, nehmen wir das  
mit hinein. Also beschließen wir: wie Anlage 2  
und Anlage 3. Gibt es dazu Gegenstimmen? -  
Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

**9.6 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Ab-  
fallwirtschaftsbetriebe der Stadt Köln  
Wirtschaftsplan 2005  
Ds-Nr. 0022/005**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht  
der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei  
Enthaltung der PDS einstimmig so beschlos-  
sen.

**9.7. Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Ab-  
fallwirtschaftsbetriebe der Stadt Köln  
Feststellung des Jahresabschlusses  
2003  
Ds-Nr. 0023/005**

Hierzu liegt Ihnen noch eine Mitteilung der  
Verwaltung von heute vor, auf die ich hinwei-  
sen möchte. - Ansonsten gibt es keine Wort-  
meldungen dazu. Gibt es Gegenstimmen? -  
Enthaltungen? - Auch hier bei Enthaltung der  
PDS einstimmig so beschlossen.

**9.8. Europaprojekt ITISS  
Ds-Nr. 0024/005**

Hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der  
Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei  
Enthaltung von Herrn Ludwig einstimmig so  
beschlossen.

**9.10 Masterplan zur Sanierung/Neugestal-  
tung des Sportparks Müngersdorf  
Baubeschluss zum 1. - 3. Bauabschnitt  
Ds-Nr. 0040/005**

Dazu Wortmeldungen? - Herr Detjen.

**Jörg Detjen** (PDS): Herr Oberbürgermeister!  
Wir bitten darum, über die beiden Punkte ein-  
zeln abzustimmen; denn wir wollen hier einmal  
dafür und einmal dagegen stimmen.



(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Wo denn?)

- Wir wollen über die beiden Absätze getrennt abstimmen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Laut Geschäftsordnung ist es leider nur möglich, dass das eine Fraktion beantragt. Vielleicht gewinnen Sie eine, die Sie unterstützt. Tut mir Leid, anders ist das leider nicht möglich, also muss über die Vorlage komplett abgestimmt werden.

(Jörg Detjen [PDS]: Ich stimme nie wieder für die Änderung der Geschäftsordnung!)

- Herr Detjen, sagen Sie bitte nie „nie wieder“!

Ich darf um Ihre Stimmen bitten. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind CDU, SPD, Grüne, FDP, pro Köln, Herr Brennek und meine Stimme. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen der PDS und von Herrn Ludwig. - Enthaltungen gibt es keine.

**9.11 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln, Wirtschaftsjahr 2004/2005  
Ds-Nr. 1183/004**

Dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig beschlossen.

**9.14 Optischer Telegraph in Köln-Flittard  
Schließung der Außenstelle des Kölnischen Stadtmuseums  
Ds-Nr. 1776/004**

Hier lautet der Beschlussvorschlag: wie im Ausschuss Kunst und Kultur, Anlage 1. Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen die Stimme von Herrn Ludwig. - Enthaltungen? - Gibt es keine. Mit deutlicher Mehrheit so beschlossen.

**9.16. Eigenbetrieb Veranstaltungszentrum Köln  
Feststellung des Jahresabschlusses 2002  
Ds-Nr. 0082/005**

Dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der PDS einstimmig so beschlossen.

**9.17. Zusetzung von 20 Verkehrsüberwachungskräften und 10 Ermittler/innen**

**bei 324 - Ordnungs- und Verkehrsdienst  
Ds-Nr. 0083/005**

Hier lautet die Beschlussvorlage: wie AVR! Hier gibt es aber Wortmeldungen. Für die Grünen hat sich Frau Schmidt und für die FDP hat sich Herr Breite gemeldet. - Sie ziehen beide zurück? - Frau Wilden hat sich noch gemeldet.

**Regina Wilden** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir sind im Prinzip schon für die Einstellung von Ordnungskräften, aber die sollten an der richtigen Stelle eingesetzt werden. Zum Beispiel könnten die einmal zwischen 3 und 5 Uhr morgens an bestimmten Flächen vorbeifahren, die gerade weiß gestrichen wurden.

Außerdem fällt mir noch eine merkwürdige Unlogik auf: Diese Ordnungskräfte kümmern sich um die Geestemünder Straße. Dabei wundert mich Folgendes: Wenn eine Prostituierte sagt, sie sei drogensüchtig, dann bekommt sie Schutz der Stadt Köln. Eine Prostituierte aber, die nicht drogensüchtig ist, bekommt diesen Schutz nicht - mit der Konsequenz, dass manchmal fürchterliche Dinge passieren.

Man könnte doch sagen: Liebe drogensüchtige Prostituierte, wir wollen euch helfen, und zwar so, dass ihr nicht der Prostitution nachgehen müsst, dass ihr vielleicht Sozialhilfe bekommt, eine Therapie machen könnt oder eine andere Hilfe bekommt. - Aber auf eine solche Idee kommt unsere Stadt offensichtlich nicht.

Da ich nicht weiß, welchen Verkehr diese Ordnungskräfte in der Geestemünder Straße überwachen sollen - es ist von „ruhendem Verkehr“ die Rede; ich vermute eher, der dortige Verkehr ruht nicht so oft -, wird meine Fraktion dagegen stimmen.

Danke.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ich habe eine Nachfrage, weil ich nicht ganz verstanden hatte, was Sie mit „weiß anstreichen“ meinten. Haben Sie sich auf die Abteilung bezogen, die für die Zebrastreifen zuständig ist?

(Heiterkeit)

Ich habe mich jetzt aufklären lassen, dass es etwas anderes sein könnte, was Sie gemeint haben.

Ich lasse abstimmen. Der Beschlussvorschlag lautet: wie AVR, Anlage 3. Gibt es Gegenstimmen? - PK, FDP, Herr Ludwig und Herr Breninek. Enthaltungen? - Gibt es keine. Dann ist es mit Mehrheit so beschlossen.

**9.18 Kommunalstelle Frau & Wirtschaft im Amt für Wirtschaftsförderung Weiterförderung des Projektes bis zum 31. Dezember 2005 Ds-Nr. 1706/004**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

**9.19 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. August 2003 für die Bühnen der Stadt Köln Ds-Nr. 0032/005**

Hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig beschlossen.

**9.20 Kölner Konzept zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements Ds-Nr. 0099/005**

Hierzu Wortmeldungen? - Herr Dr. Schoser, bitte.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Das hat dieses Konzept nicht verdient!)

**Dr. Martin Schoser** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Frank, dieses Konzept hat sehr wohl eine Wortmeldung verdient. Die Verwaltung und die Projektgruppe haben den Ratsauftrag erfüllt und unter Beteiligung von Ratsmitgliedern dieses neue, das erste Kölner Konzept zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements fertig gestellt. Sie haben vielleicht in die Vorlage hineingeschaut; sie ist sehr umfangreich geworden.

Sie finden - das ist ein ganz wichtiger Punkt - 44 neue Handlungsempfehlungen, die zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagement in der Bürgerstadt Köln beitragen werden. Dazu zählen unter anderem die Einrichtung eines Internetportals, einer zentralen Telefonnummer oder die Anregung, interne Fortbildungsveran-

staltungen auch für Ehrenamtliche zu öffnen. Die Vorschläge richten sich aber nicht nur an die Stadt, sondern auch an andere Akteure in dieser Stadt, etwa in Richtung Medien. Beispielsweise ist der Vorschlag gekommen, dass „Markt + Wirtschaft“ der IHK einmal eine Serie zu diesem Thema macht. Die Bürgerbeteiligung soll sich also - das ist ein wichtiger Punkt in den Arbeitsgruppen gewesen - durch eine bunte Vielfalt auszeichnen.

Bedanken möchte ich mich an dieser Stelle ausdrücklich für die gute Beteiligung der Verwaltung. Das OB-Büro hat bei der Koordinierung mit der Kommunalstelle FABE ganz hervorragende Arbeit geleistet. Es war nicht einfach: Schon die Steuerungsgruppe umfasste zehn Leute; zudem hatten wir mehr als 70 Ehrenamtliche, die sich in dem anderthalbjährigen Prozess intensiv in verschiedenen Arbeitsgruppen eingebracht haben und ihre Erfahrungen und Ideen in dieses Konzept haben einfließen lassen. Sie finden in den Unterlagen die Auflistung derjenigen, die hier ehrenamtliche Arbeit erbracht haben. Dabei waren unter anderem der Katholikenausschuss, Sportvereine, die Freiwillige Feuerwehr, die Seniorenvertretung, der Paritätische Wohlfahrtsverband, die IG Braunsfelder Bürger. Die Verwaltung hat einmal durchgerechnet: Je Arbeitsgruppe sind etwa 500 Arbeitsstunden eingeflossen.

Umso mehr freue ich mich, dass das Ergebnis heute vorgestellt werden kann. Es lohnt sich, die Empfehlungen sukzessive umzusetzen. Um die Arbeit, die der Oberbürgermeister zu einem Schwerpunkt seiner Arbeit gemacht hat - erwähnt seien nur der Preis „KölnEngagiert“, der „Kölner Ehrenamtstag“, seine Initiativen im Bereich „Clean up“ -, zu flankieren und weiter zu unterstützen, bitte ich Sie, dieses Konzept in Ihr gesellschaftliches Umfeld einzubringen, in dem Sie sich bewegen. Ich bitte also um breite Zustimmung für dieses Konzept, das uns heute vorgelegt worden ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Dr. Schoser. Eine weitere Wortmeldung von Herrn Kluth für die SPD-Fraktion.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Muss das sein? - Jörg Frank

[Bündnis 90/Die Grünen]: Wir sind doch alle dafür!

**Walter Kluth** (SPD): Ich will Herrn Dr. Schoser nicht das Vergnügen lassen, als einziger hier zu sprechen und so zu tun, als handele es sich hierbei um eine Erfindung des Oberbürgermeisters oder der CDU.

(Josef Müller [CDU]: Ist aber so!)

Ich will einfach sagen: Auch die SPD hat diese Geschichte unterstützt und auch wir sind sehr glücklich darüber, dass diese erfolgreiche Initiative zu einem solchen Ergebnis geführt hat. Dafür herzlichen Dank auch von unserer Fraktion!

Ich will noch auf eines hinweisen - auch deswegen habe ich es gewagt, nach vorne zu kommen -: Mit der Vielzahl der Handlungsziele und der Einbindung dieser Masse an Organisationen und von einzelnen Menschen, die hier mitgearbeitet haben, verbindet sich eine große Erwartungshaltung. Dem wurde nicht allein dadurch Rechnung getragen, dass man 44 Handlungsziele aufgeschrieben hat. Vielmehr müssen diese jetzt auch tatsächlich umgesetzt werden. Dafür benötigen wir schlicht und einfach ein bisschen Geld - nicht allzu viel, aber immerhin ein bisschen. Wurden bisher für den Kölner Arbeitskreis noch 160 000 Euro eingesetzt, so stehen nach dem Vorschlag des Kämmerers in dem jetzigen Haushaltsplan 100 000 Euro weniger drin, also nur noch 60 000 Euro.

Ich kann nur daran appellieren, den Worten - auch Ihren, Herr Schoser - Taten folgen zu lassen. Wir sollten uns in den Haushaltsplanberatungen bemühen, auch die finanziellen Rahmenbedingungen vernünftig zu setzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Kluth. Herr Helling, bitte.

**Ossi Helling** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich will jetzt nicht sagen „Wir waren auch dafür!“, sondern mich bei den Mitarbeitern der Stadtverwaltung bedanken, insbesondere bei den Mitarbeitern von FABE, die mit großem Einfühlungsvermögen den schwierigen Diskurs der

vielen, vielen beteiligten Akteure unterstützt und in Bahnen gewiesen haben.

Dank sage ich auch - das ist gerade schon angeklungen - für das engagierte Mittun der Wohlfahrtsverbände und hier insbesondere der so genannten KABE-Organisation; das sind die sechs Freiwilligenorganisationen, die weit über das hinaus, was die Stadt bisher bei ihnen finanziert hat, Engagement gezeigt haben, um das Konzept zu erstellen und das Netzwerk halbwegs stabil zu halten. - Das war das Erste.

Zweitens. Die im jetzigen Haushaltsvorschlag vorgesehene Kürzung von 150 000 auf 60 000 Euro ist enorm. Das wird nicht nur dazu führen - das kann man jetzt schon sagen -, dass diese KABE-Organisationen in erhebliche Existenznöte kommen, sondern wird auch Rückwirkungen auf unser Konzept haben, das wir heute hoffentlich einmütig verabschieden werden. Im Grunde genommen wird es eines Teiles seines Rückrats beraubt. Das sollten in den Haushaltsberatungen alle noch einmal überlegen.

Eine dritte Bemerkung: Insgesamt ist es um den qualitativen Sprung bei der Fortentwicklung bürgerschaftlichen Engagements etwas still geworden. Ich habe mit Erstaunen festgestellt, dass der Koalitionsvertrag der beiden Mehrheitsparteien zu diesem Thema sehr wenige dezidierte Ausführungen enthält, ganz im Gegensatz zu dem vorhergehenden Koalitionsvertrag. Einzig der Oberbürgermeister - das muss ich deutlich sagen - hält die Fahne des ehrenamtlichen Engagements in dieser Stadt hoch. Das ist ihm hoch anzurechnen. Hoffentlich hat das Ausstrahlung auf die beiden großen Fraktionen. Zumindest im Koalitionsvertrag haben sie diesem Bereich nämlich keine herausgehobene Rolle beigemessen.

(Zuruf von der SPD: Lesen!)

- Ich habe den Koalitionsvertrag gelesen.

Vierte Bemerkung: Unter den vielen, vielen Vorschlägen, die gemacht worden sind, ist eine Arbeitsgruppe vielleicht besonders zu beachten, nämlich die Arbeitsgruppe Bürgerbeteiligungen. Wir halten es für strategisch enorm wichtig, dass wir in Köln bei der Problematik der Bürgerbeteiligung in kommunalen Angelegenheiten weiterkommen; denn wir glauben, dass nur mit einem selbstbewussten Stadtbürgertum die Bürgerkommune Köln - das war eines der Leitziele im alten Koalitionsvertrag - auf solide Beine kommen kann.

Ich hoffe, dass die Appelle an die Mehrheitsfraktionen auch gehört werden. Vielleicht schaffen wir es dann, mit dem heute zu verabschiedenden Konzept dem bürgerschaftlichen Engagement auch weiterhin eine herausgehobene Bedeutung zukommen zu lassen.

Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Vielen Dank, Herr Helling. - Frau May hat sich noch gemeldet.

**Petra May** (Kölner Bürger-Bündnis): Gestatten Sie mir ein paar Worte zu dieser Vorlage, gerade deswegen, weil wir als neue politische Kraft uns das bürgerschaftliche Engagement auf die Fahnen geschrieben haben: Bürger für Bürger. Ich habe diese Vorlage gelesen und mit Interesse die Begriffe vernommen: „aktive Bürgergesellschaft“, „zivilgesellschaftliche Produktivität“, „corporated citizenship“. Dort ist davon die Rede, dass Engagement Würdigung braucht und dass Ermutigung und Belobigung als Ergänzung der repräsentativen Demokratie fungieren können.

Aber: Inhalte und politische Partizipation leben von konkreten Beispielen. Deshalb möchte ich einige kritische Anmerkungen mit auf den Weg geben. Schauen wir uns den Bereich Schule an - wir versuchen gerade, einen Beitrag zum Erhalt der Schulbibliotheken zu leisten -: In diesem Bereich gibt es zwar noch viel bürgerschaftliches Engagement, aber das erlahmt, wenn man sich zum Beispiel in der Elternpflegschaft für Schulbauten einsetzt, aber nach fünf Jahren nichts passiert, genauso wie nach zehn Jahren, und auch nach 15 Jahren immer noch ein Container statt des Neubaus dasteht. An diesen Stellen hat bürgerschaftliches Engagement schon oft Grenzen gefunden.

Die Bürgerbeteiligung soll gestärkt werden. Aber was ist mit der Pferderennbahn? Kann man nicht auch einmal annehmen, dass die Bürger vor Ort etwas nicht wollen? Oder müssen wir tatsächlich bis April warten, Herr Streitberger, wo es dann zu einem planrechtlichen Verfahren kommt? Ich bezweifle, dass es im April zu einer Bürgerversammlung kommt; das wird die Verwaltung nicht schaffen.

Was ist mit dem Bürgerbegehren? In der Vorlage steht etwas von Belobigung. Wir erinnern

uns an das Bürgerbegehren, das größte in der Republik, mit 54 000 Unterschriften und zahlreichen Akteuren. Sind diese Akteure einmal belobigt worden, zum Beispiel in der Neven-Dumont-Presse? Haben diese Akteure in all den Jahren überhaupt einmal ihre Würdigung gefunden? Nein, sie mussten vor den Europäischen Gerichtshof ziehen. Dort haben sie Recht erhalten und das stand dann in der Presse. Aber von der Presse - und ich beziehe mich besonders auf die Neven-Dumont-Presse, weil sie in der Vorlage ausdrücklich zitiert wird - haben die Beteiligten nie ein Lob erhalten.

(Beifall bei Anita Cromme [Kölner Bürger-Bündnis])

Oder schauen wir uns die Qualitätsstandards an: „ergebnisoffen“, „frühzeitig“, „faire Einflusschancen“, „Engagement braucht Anerkennung“, „Engagement braucht Wertschätzung“. Das alles finde ich sehr schön. Aber ich erlebe immer wieder, dass dieses Engagement Grenzen hat. An diesen Grenzen müssen wir arbeiten, damit das Engagement auch fruchtbar wird.

Wenn ich mir die Passagen ab Seite 10 der Vorlage vor Augen halte, dann weiß ich, wo die Grenzen der Partizipation liegen. Dort steht unter anderem folgenreicher Halbsatz:

konsultativer Charakter der Partizipationsergebnisse: kein „Nebenparlament“

Aber hier im Parlament - das kommt von italienisch „parlare“, miteinander reden: nicht nur miteinander, sondern auch mit den Bürgern - müssen wir etwas ändern. Wir müssen Strukturen aufbrechen, für Transparenz sorgen, das Gespräch vertiefen. Sonst bleibt diese Vorlage - davor warne ich - reine Makulatur.

Ich befürchte, dass wir die nächsten Jahre hier einen Händchen-heb-hoch-Marathon erleben werden. Ihr Koalitionsvertrag, liebe Koalitionäre, verhindert nämlich gerade die Ergebnisoffenheit. Hat alles nur „konsultativen Charakter“, wie es hier steht, so liegt darin, gerade bei einer großen Koalition, die Grenze des bürgerschaftlichen Engagements.

Eine letzte Anmerkung. Mit „Bürgerhaushalt“ kennzeichnet man die Form, mit der die Bürger beteiligt werden sollen. Sie sollen wissen, wie viel Geld da ist, welche Möglichkeiten bestehen. Einige Projektstädte haben das erfolg-

reich durchgeführt. Aber wie weit ist diese Stadt damit? Sie ist weit entfernt. Wir beschränken uns darauf, zu erklären, dass wir das irgendwann einmal angehen wollen.

Wenn wir das Konzept des bürgerschaftlichen Engagements wirklich ernst nehmen wollen - das hat das Bürger-Bündnis in seinem Programm stehen -, sollten wir unser Herz in die Hand nehmen und zusammen einen Bürgerhaushalt in die Wege leiten, damit in zwei Jahren ein solches Experiment gewagt werden kann. Das wäre zum Wohl der ganzen Stadt.

Danke schön.

(Beifall bei Anita Cromme [Kölner Bürger-Bündnis])

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke, Frau May. - Ich sehe im Moment keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir über die Vorlage 9.20 abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Enthaltungen bei der PK und bei Herrn Ludwig. Damit ist das einstimmig so beschlossen.

**9.2 Koelnmesse GmbH  
Neufassung des Gesellschaftsvertrages  
Ds-Nr. 0104/005**

Dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

**9.22 Sparkasse KölnBonn  
Weisung an die in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn durch den Rat der Stadt Köln entsandten Vertreter für Abstimmungen in der Zweckverbandversammlung  
Ds-Nr. 0107/005**

Hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von PK. Enthaltungen? - Keine. Mit deutlicher Mehrheit so beschlossen.

**9.23 Freigabe von Kassenmitteln für neue Einzelmaßnahmen des Vermögenshaushaltes  
Friedhof Deutz - Bewässerung  
Ds-Nr. 0119/005**

Dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig beschlossen.

**9.24 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB)  
Betriebskostenzuschuss 2005  
Ds-Nr. 0123/005**

Dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen der FDP. Enthaltungen? - Gibt es keine. So mehrheitlich beschlossen.

Wir kommen zu

**11. Bauleitpläne - Anregungen/Satzung  
11.1 Satzungsbeschluss betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 66489/07  
Arbeitstitel: Nippeser Tälchen in Köln-Nippes  
Ds-Nr. 1750/004**

Dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? Einstimmig beschlossen.

**11.2 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan (Vorhaben- und Erschließungsplan) Nr. 64537/02  
Arbeitstitel: Nördlich Oranjehofstraße in Köln-Seeberg  
Ds-Nr. 1751/004**

Keine Wortmeldungen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Einstimmig so beschlossen.

**11.4 Beschluss über Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (Vorhaben- und Erschließungsplan) Nr. 71466/02  
Arbeitstitel: Kopernikusstraße in Köln-Buchforst  
Ds-Nr. 0050/005**

Keine Wortmeldungen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Auch hier gibt es einen einstimmigen Beschluss.

**11.5 Satzungsbeschluss betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 77359/03 (Vorhaben- und Erschließungsplan)  
Arbeitstitel: Am Linder Kreuz in Köln-Porz-Lind, 1. Änderung  
Ds-Nr. 0058/005**

Keine Wortmeldungen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Einstimmig beschlossen.

**11.6. Beschluss über Anregungen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 75340/03**

**Arbeitstitel: Alte Burgstraße in Köln-Porz-Libur**

**Ds-Nr. 0060/005**

Es gibt eine Wortmeldung, bitte schön

**Dr. Helge Schlieben** (CDU): Hier warte ich noch auf eine Richtigstellung von Herrn Streitberger; denn in der Vorlage ist ein Fehler enthalten.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Streitberger, ist das so?

**Beigeordneter Bernd Streitberger:** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat gibt es auch in Vorlagen schon mal Fehler. Wir haben zwischenzeitlich den Umfang der Planung etwas reduziert. Sie wissen, dass es Probleme gibt, weil der Abstand zwischen einem landwirtschaftlichen Betrieb und unserem Planungsgebiet zu gering ist. Damit geht eine Reduktion der Zahl der geplanten Einfamilienhäuser einher.

Es handelt sich allerdings nur um einen Hinweis in der Begründung, der betroffen ist. Die Begründung ist ja nicht Bestandteil der Satzung. Dennoch gebe ich gerne zur Kenntnis, dass es sich jetzt noch um 50 bis 55 Einfamilienhäuser handelt, die dort realisiert werden können.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Also: keine Änderung im Beschlusstext, sondern lediglich eine Information für die Begründung!

Damit können wir zum Beschluss kommen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist es einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

**12. Bauleitpläne - Aufhebung von Bauungs-/Durchführungs-/Fluchtlinienplänen**

**12.1 Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 6743/02**

**Satzungsbeschluss**

**Arbeitstitel: Teutoburger Straße in Köln-Neustadt/Süd**

**Ds-Nr. 0059/005**

Hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? Auch nicht. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

**13. Erlass von Veränderungssperren**

**13.1 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Müngersdorf**

**Arbeitstitel: Malerviertel in Köln-Müngersdorf**

**Ds-Nr. 1342/004**

Dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

**15. KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen**

**15.1 Neufassung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen**

**Ds-Nr. 1674/004**

Hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Damit kommen wir zu:

**16. Wahlen**

**16.1 Wahl sachkundiger Einwohner**

Entsprechend den Bestimmungen der Gemeindeordnungen werde ich an diesen Wahlen nicht teilnehmen.

**16.1.1 Benennung eines sachkundigen Einwohners im Ausschuss für Bauen, Wohnen und Vergabe**

**Antrag der FDP-Fraktion vom 14. Januar 2005**

**Ds-Nr. 0073/005**

Die FDP-Fraktion beantragt eine Nachwahl eines sachkundigen Einwohners für den Ausschuss Bauen und Wohnen. Für den von der FDP-Fraktion vorgeschlagenen und vom Rat gewählten Jan Sion, der sein Mandat niedergelegt hat, schlägt die FDP nun Herrn Benedikt Vennemann als Nachfolger vor. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das bei Enthaltung von Herrn Ludwig einstimmig so beschlossen.

**16.1.2 Berufung eines Vertreters der Bezirksschülerversammlung als ständiges Mitglied mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung in der Eigenschaft eines sachkundigen Einwohners  
Ds-Nr. 0002/005**

Die Bezirksschülerversammlung hat Herrn Cedric Bergmann als ständigen Vertreter sowie Frau und Linda Zohren als dessen Stellvertreter benannt. Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen. Herr Bergmann und Frau Zohren sind gewählt.

**16.1.3 Benennung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen für die Ausschüsse Umwelt, Gesundheit und Grün, Verkehrsausschuss und Sportausschuss  
Ds-Nr. 0117/005**

Für den Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün hat die Stadtarbeitsgemeinschaft Altenpolitik Herrn Wolfram Kelzenberg als sachkundigen Einwohner und Frau Uta Grimbach-Schmalfuß als Vertreterin vorgeschlagen. Für den Verkehrsausschuss ist Erich Weindel als sachkundiger Einwohner und Herr Hans-Günter Danz als Vertreter benannt worden. Für den Sportausschuss ist ein Stellvertreter für den bereits als sachkundigen Einwohner gewählten Herrn Paul Guntermann zu wählen. Als sein Vertreter wird Herr Gerd Klehn vorgeschlagen. Gibt es hierzu Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit sind die Genannten einstimmig gewählt.

**16.1.4 Wahl sachkundiger Einwohner für den Ausschuss Schule und Weiterbildung, Sportausschuss und Ausschuss Soziales und Senioren  
Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vom 28. Januar 2005  
Ds-Nr. 0145/005**

Die SPD-Fraktion hat hier im Rahmen eines Dringlichkeitsantrages vorgeschlagen, Frau Hanne Kirchhoff für den Ausschuss Schule und Weiterbildung, Frau Antoinette Scheicht für den Sportausschuss und Herrn Dr. Walter Schulz für den Ausschuss Soziales und Senioren als sachkundige Einwohner zu wählen. Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann sind die Genannten so gewählt.

**16.1.5 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP auf Erweiterung der Zahl der sachkundigen Einwohner für den Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün  
Ds-Nr. 0161/005**

Gibt es dazu Wortmeldungen? Ich sehe keine, dann kann ich abstimmen lassen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag vom Rat so beschlossen.

Ich rufe auf

**16.2 GEW Stiftung Köln  
Entsendung von Mitgliedern des Stiftungsrates  
Ds-Nr. 0009/005**

Der Rat der Stadt Köln entsendet fünf Personen in den Stiftungsrat der GEW Köln. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der GEW Köln AG, Herr Martin Börschel, ist gemäß § 8 der Satzung der GEW-Stiftung Mitglied des Stiftungsrates. Folglich sind noch vier weitere Ratsmitglieder zu benennen. Es wurden vorgeschlagen: Herr Helling, Frau Heuer, Herr Gey und Frau Grah. Gibt es noch weitere Vorschläge? - Da es keine weiteren Vorschläge und auch keine Wortmeldungen gibt, können wir en bloc wählen. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. - Enthaltungen? - Bei Enthaltung von PK und Herrn Ludwig einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu:

**16.3. Entsendung von Fraktionsvertretern in die Ausschüsse nach § 58 I Satz 7 der Gemeindeordnung NW  
Ausschuss Kunst und Kultur / Museumsneubauten  
Antrag der Fraktion pro Köln vom 10. Januar 2005  
Ds-Nr. 0041/005**

Nach einem Antrag der Fraktion pro Köln soll Frau Charlotte Piachnow anstelle von Herrn Rouhs als sachkundige Einwohnerin im Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten mit beratender Stimme vertreten sein. Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Zum nächsten Punkt:

#### 16.4 Benennung von Mitgliedern des Kuratoriums für die Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises der Stadt Köln Ds-Nr. 0081/005

Mitglieder des Kuratoriums sind neben dem Oberbürgermeister kraft Amtes ein Sponsorenvertreter, ein Vorstandsvertreter der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf und Mitglieder des Rates. Als Vorstandsvertreter der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf wurde Staatssekretär a. D. Erhard Jauck vorgeschlagen. Der Sponsorenvertreter soll heute noch nicht, sondern in einer der nachfolgenden Sitzungen gewählt werden. Diesen Platz können wir erst einmal unbesetzt lassen. Ich bitte jetzt um Vorschläge der Kuratoriumsmitglieder aus dem Kreise der Ratsmitglieder. Nach der Satzung kann je Fraktion ein Mitglied gewählt werden.

Mir liegen schon vor: als Vorschlag für die CDU-Fraktion Herr Dr. Schoser, als Vorschlag für die SPD Frau dos Santos Herrmann, als Vorschlag für die Grünen Frau Bürgermeister Spizig und als Vorschlag für die FDP Herr Wolf. - Es gibt eine Wortmeldung von Frau Wilden.

**Regina Wilden** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wenn man sich diesen Tagesordnungspunkt genau anschaut, sieht man klar die Absicht, die dem zugrunde liegt: Bis in die kleinsten Gremien hinein soll meine Fraktion aus der Teilnahme an der Politik in dieser Stadt vertrieben werden - abgesehen davon, dass wir hier im Saal sitzen und sprechen dürfen.

Konrad Adenauer war ein großer Deutscher - -

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Darf ich Sie darauf hinweisen, dass Sie offenbar weder die Satzung gelesen noch zugehört haben. Ich habe eben gesagt: Ich bitte um Vorschläge. Nach der Satzung kann je Fraktion ein Mitglied gewählt werden. Wo ist Ihr Vorschlag?

**Regina Wilden** (pro Köln): Es steht dort: je ein Mitglied der im Ausschuss stimmberechtigten Fraktionen. Das haben wir doch gesehen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das ist falsch. Ich habe Sie eben aufgerufen, jemanden zu benennen.

**Regina Wilden** (pro Köln): Dann ziehe ich meine Wortmeldung zurück.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Möchten Sie vielleicht jemanden benennen?

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Die Fraktion pro Köln benennt Frau Wilden.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das ist doch schön. Das nehmen wir gerne mit auf. Ich habe ja darauf gewartet, dass Sie jemanden vorschlagen.

Dann können wir jetzt über das gesamte Paket der fünf Genannten abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der PDS und von Herrn Ludwig ist das einstimmig so beschlossen. Sehen Sie, die ganze Aufregung ist gar nicht notwendig.

#### 16.8 Neubau Freizeitbad „Am Pistorhof“ Benennung von Mitgliedern für die Auswahljury Ds-Nr. 0103/005

Die Vorlage sieht vor, dass für jede stimmberechtigte Fraktion im Sportausschuss ein Ratsmitglied benannt werden soll. Dazu gibt es folgende Vorschläge: Herr Köhler, Vertreter van Benthem; Herr Kron, Vertreter Herr Bosbach; Frau Tull, Vertreterin Frau Moritz; Herr Wolf, Vertreter Herr Breite. - Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung von PK sind die Vorschläge einstimmig so angenommen.

#### 16.9 Nachwahl von zwei Mitgliedern für den Aufsichtsrat der Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung, KGAB Ds.-Nr. 168/005

Zwei auf Vorschlag der SPD-Fraktion gewählte Aufsichtsratsmitglieder haben ihr Mandat im Aufsichtsrat niedergelegt. Es handelt sich hierbei um Frau Schmerbach und Herrn Kluth. Die vorschlagsberechtigte SPD-Fraktion hat mit heutigem Schreiben die Nachwahl von Herrn



Ralph Scherbaum und Herrn Dr. Ralf Heinen beantragt. Darüber haben wir abzustimmen. Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt auf:

**17. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NW**

**17.1 Änderung der Hundesteuersatzung vom 19. Dezember 2003  
Ds-Nr. 1739/004**

Hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von Grünen, PDS und Herrn Ludwig. Enthaltungen? - Enthaltungen haben wir keine. Mit Mehrheit so beschlossen.

**17.2 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Sportstätten und Schulbädern der Stadt Köln sowie der städtischen Nutzungszeiten in den Bädern der KölnBäder GmbH (Sportstättengebührensatzung)  
Ds-Nr. 1746/004**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen der Grünen und von Herrn Ludwig. Enthaltungen? - Enthaltung beim Kölner Bürger-Bündnis und bei der FDP. Mit Mehrheit ist so beschlossen.

**17.3. Verlagerung der Sportanlage Salzburger Weg in die Nähe des Wiener Weges in Köln-Junkersdorf  
Ds-Nr. 1752/004**

Hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen der Grünen und der PDS. Enthaltungen? - Bei PK und bei Herrn Breninek. Mit Mehrheit so beschlossen.

**17.4. Preisermäßigungen für Schülermittagessen  
Ds-Nr. 0054/005**

Dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

**17.5. Einsatz einer Findungskommission zur Wiederbesetzung der Stelle Kulturdezernent bzw. Kulturdezernentin in Köln**

**Ds-Nr. 0092/005**

Hierzu Wortmeldungen? - Frau Cromme, bitte.

**Anita Cromme** (Kölner Bürger-Bündnis): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich bitte zunächst um Entschuldigung für meine Stimme. Ich bin ein bisschen erkältet, aber ich denke, man versteht mich trotzdem.

Die Geschichte dieser so genannten Dringlichkeitsentscheidung verdient es, dargestellt zu werden, weil sie nicht die Regel ist. Allerdings wird es möglicherweise zur Regel, wenn dieses Vorgehen Schule macht: dass Dinge, die nicht dringlich sind, per Dringlichkeitsentscheidung beschlossen werden.

Ursprünglich hatten zwei Fraktionen, und zwar die CDU und die SPD, beschlossen - das entnehme ich jedenfalls der Homepage der SPD -, in dieser Sache eine Findungskommission einzurichten, die den beiden großen Fraktionen Bericht erstatten und beim Kulturamt angesiedelt werden sollte.

Dass das nicht geht, ist dann ziemlich bald den beiden großen Fraktionen aufgefallen. Sie haben daraufhin beschlossen, dass eine Findungskommission per Dringlichkeitsentscheidung eingesetzt werden soll. Diese Dringlichkeitsentscheidung ist den Ratsmitgliedern am Abend des 17.1. zugegangen. Obwohl am 18.1. Kulturausschusssitzung war, hat es niemand für erforderlich gehalten, diesen Punkt auch nur auf die Tagesordnung zu setzen. Auf meine Nachfrage stellte sich heraus, dass im Kulturausschuss bis auf den FDP-Vertreter keiner über diese Dringlichkeitsentscheidung reden wollte. Wir haben dann erfahren, dass ursprünglich alle im Kulturausschuss vertretenen Fraktionen ein Mitglied in eine solche Findungskommission entsenden sollten. Diejenigen, die da übergangen worden sind, haben es wiederum nicht für erforderlich gehalten - bis auf die FDP -, sich gegen das Verfahren dort zu verwahren.

Schließlich ist festzuhalten, dass es eine Dringlichkeit gar nicht gegeben hat. Die gesetzlichen Voraussetzungen der Dringlichkeitsentscheidungen liegen nach meiner Einschätzung nicht vor. Wenn man monatelang nichts tut, um sich dann, wie CDU und SPD, mühsam zu einer Koalition zusammenzurufen, ist es nicht verwunderlich, dass die Frage der Besetzung des Kulturdezernates allmählich dringender wird. Das allein reicht aber nicht

aus, um das Vorliegen der Voraussetzungen für die Dringlichkeitsentscheidung zu bejahen. Die gesetzliche Regelung besagt nämlich, dass eine Sache plötzlich und unerwartet einer dringenden Behandlung bedarf. Das ist nicht der Fall. Wir wussten seit Monaten, dass das Dezernat verwaist ist und neu besetzt werden muss.

Der Herr Oberbürgermeister hätte als Untere Kommunalaufsichtsbehörde diesen von ihm selbst unterschriebenen Dringlichkeitsbeschluss eigentlich beanstanden müssen. Das hat er natürlich nicht getan. Wir werden uns damit noch zu beschäftigen haben und gegebenenfalls die Kommunalaufsicht einschalten, obgleich uns allen bewusst ist, dass sich an dieser Dringlichkeitsentscheidung nichts ändern wird. Der Rat sollte sich aber überlegen, was passiert, wenn mit solchen Dringlichkeitsentscheidungen weiter in dieser ausufernden Weise gearbeitet wird. Ich meine, auch diejenigen, die nicht Mitglied der Koalition sind, sollten darauf ein Auge haben, ihre eigenen Interessen wahren und sich ihre Rechte als Ratsmitglieder, sei es in einer Fraktion oder einer Gruppe, nicht beschneiden lassen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Petra May [Kölner Bürger-Bündnis])

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön. - Nur zur Erklärung, Frau Cromme: Sie werden Verständnis dafür haben, dass ich - wie Sie alle - sehr interessiert daran bin, durch eine meines Erachtens hervorragende besetzte Findungskommission recht bald zu einer Entscheidung zu kommen.

(Beifall bei der CDU)

Das muss im Interesse der gesamten Stadt liegen und deutlich gesagt werden. Ich glaube, dass Sie dem nicht unbedingt widersprechen, und hoffe, dass wir Ihnen recht zügig - die Ausschreibung haben wir gemacht -, Mitte dieses Monats, entsprechende Vorschläge werden präsentieren können. Nach wie vor bleibt es das volle Recht des Rates, am Ende darüber zu entscheiden, wer gewählt wird. Dieses Recht wird Ihnen nicht genommen und Sie werden sich in der entsprechenden Sache sicher einbringen.

Ich glaube, es liegt im Interesse der Sache, dass ich gehandelt habe und dass wir nun-

mehr versuchen, mithilfe dieser Findungskommission zu einem guten Ergebnis zu kommen. Denn wie Sie selbst gesagt haben, ist das Dezernat mittlerweile schon lange verwaist. Wir wollen schnell zu einer guten persönlichen Entscheidung kommen. Dafür bitte ich um Ihr Verständnis.

Gibt es weitere Wortmeldungen in diesem Zusammenhang? - Herr Repgen, bitte.

**Dietmar Repgen (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich kann mich den Erläuterungen meiner Vorrednerin zunächst voll und ganz anschließen, möchte aber noch ein paar ergänzende Bemerkungen machen.

Die Begründung für die Dringlichkeit hätte ich mir schon im Juli letzten Jahres gewünscht. Ich glaube, da war der richtige Zeitpunkt, eine solche Entscheidung zu treffen. Seinerzeit haben SPD und FDP im Hauptausschuss darauf gedrängt; Sie erinnern sich, Herr Oberbürgermeister. Sie haben damals die Einsetzung einer solchen Findungskommission eindringlich abgelehnt. Man kann schlauer werden, werden Sie jetzt sagen. Das ist insoweit auch richtig; man kann Sie dazu inhaltlich nur beglückwünschen. Trotzdem: Das Verfahren ist auch uns kräftig aufgestoßen. Frau Cromme hat erwähnt, dass unser kulturpolitischer Sprecher, Dr. Wackerhagen, im Ausschuss dazu Entsprechendes gesagt hat.

Das Ganze hat eine Vorgeschichte: Ursprünglich sollten auch FDP und Grüne ein Vorschlagsrecht für die Benennung eines Mitglieds in der Findungskommission bekommen. Dann aber sind diese beiden Fraktionen schlichtweg ausgebootet worden. SPD und CDU haben sich dafür gegenseitig die Schuld in die Schuhe geschoben. Dieses Spielchen, wonach beide Parteien sagen, der jeweils andere habe nicht gewollt, ist uns aus früheren Zeiten bekannt.

Damit haben Sie den Kulturausschuss umgangen: Tag der Schlusszeichnung war der 17.1.; am 18.1. ist es dann unterzeichnet worden. An eben diesem Tag tagte auch der Kulturausschuss. Es ist eine Ohrfeige für die gewählten Vertreter im Kulturausschuss, dass sie darüber nicht haben befinden können.

Ein Letztes: Ich glaube, dass der Rat sogar heute noch eine Entscheidung hätte treffen können, ohne dass das letztendlich zu einem

Zeitverzug geführt hätte. Man hat vermeintlichen Verzug suggeriert, um die Dringlichkeit zu begründen. Da aber die Bewerbungsfrist, wie hier steht, bis zum 18.2. läuft, hätte es heute noch in der Macht des Rates gestanden, zu entscheiden, diese Findungskommission einzusetzen und seine Arbeit aufnehmen zu lassen. Insofern handelt es nicht nur um eine Umgehung des Kulturausschusses, sondern auch um eine Umgehung des Rates. Das ist umso schlimmer - zumal, wenn man sich überlegt, dass wir eigentlich in dieser Frage bei allen Fraktionen Einigkeit erzielen wollten.

(Beifall bei der FDP und dem Kölner Bürger-Bündnis)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Wir haben mit einer solchen Kommission bei der Besetzung des Intendantenpostens für die Philharmonie hervorragende Erfahrungen gemacht und in einem anderen Verfahren - das brauche ich hier nicht noch einmal aufzuwärmen - letztes Jahr schlechte Erfahrungen gemacht. Ich denke, Sie stimmen mit mir darin überein, dass es sich bei den Mitgliedern um eine qualifizierte Jury handelt. Ich halte dieses Fünfer-Gremium für eine exzellente Besetzung - und gehe davon aus, dass wir ein gutes Ergebnis bekommen.

Im Übrigen: Ihr kulturpolitischer Sprecher hat meine Handynummer

(Bernhard Ensmann [CDU]: Die habe ich ja noch nicht einmal!)

- die bekommt auch nicht jeder, Bernd! - und hat mich vorher des Öfteren angesprochen. Dies habe ich jetzt ein bisschen vermisst. Das heißt, an mich ist auch kein anderer Vorschlag herangetragen worden, den man in der Gruppe noch einmal hätte erörtern können. Das ist nicht passiert. Insofern muss ich sagen, dass es ein bisschen auch an der Kommunikation von eurer Seite lag.

Ich hoffe, dass wir mit der jetzt angedachten Lösung zu einem guten Ergebnis kommen. Die ausgewählten Personen sind über jeden Zweifel erhaben. Ich kann mir auch vorstellen, dass sich Herr Dr. Wackerhagen mit diesem Gremium einverstanden erklärt. Sie haben ohnehin noch das Recht, über die Vorschläge letztlich zu entscheiden oder selbst Vorschläge zu machen.

Wenn jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen - ich will die Diskussion nicht abwürgen -, kann ich jetzt abstimmen lassen. Offensichtlich können wir so verfahren. Wer mit dieser Kommission so einverstanden ist, den bitte um das Handzeichen. - Das ist die CDU, das ist die SPD und das ist meine Stimme. Gibt es Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von PK. Gibt es Enthaltungen? - Die übrigen Mitglieder des Rates enthalten sich. Danke schön. Wir werden diese Kommission also so einsetzen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der öffentlichen Sitzung. Die Damen und Herren der Presse sowie die Besucher auf der Tribüne darf ich an dieser Stelle verabschieden. Herzlichen Dank für die Teilnahme an dieser Sitzung. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend!

(Schluss: 19.25 Uhr)